

Kooperieren - aber wie?

Nachhaltigkeit in Kirchen,
Religionsgemeinschaften und Kommunen



AutorInnen

Hans Diefenbacher (Redaktion)

Beiträge von **Rainald Basfeld | Klaus Breyer**

Dominic Egger | Oliver Foltin

Leonie Guerrero Lara | Dennis Lumme

Claudia Mahneke | Hanna Meier

Jürgen Micksch | Gülcan Nitsch

Rike Schweizer

Impressum

©

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.
– **Institut für interdisziplinäre Forschung** –

Schmeilweg 5

D-69118 Heidelberg

+49-(0)6221-9122-0

www.fest-heidelberg.de

hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de

2



Gestaltung: design_idee, büro_für_gestaltung, Erfurt

Druck: digital business and printing gmbh, Berlin

Stand: Oktober 2015

Auflage: 1.500 Exemplare

Bildnachweise:

S. 01: Hans Diefenbacher (Liebfrauenkirche und Yavuz Sultan Selim Moschee Mannheim)
S. 04: Flominator, GNU-Lizenz unter commons.wikimedia.org (Kirche und Rathaus Lenzkirch)
S. 07: alphaspirt, Fotolia 91134807
S. 08: Johan Rockström / Bundesministerium für Bildung und Forschung
S. 09: United Nations
S. 13: Flitschi82, Flickr
S. 14: Landry (Klima-Aktionstag Speyer 2011)
S. 15: Archiv der Langen Nacht der Religionen, Berlin (Gendarmenmarkt 2014)
S. 16: Heinrich Mühlenmeier, Lippische Landeskirche
S. 17: Haci Bayram, Berlin
S. 18: Anja Ochsenberg, pixabay CC0 Public Domain
S. 19: House of One Berlin / Kuehn Malvezzi
S. 20: Heinrich Mühlenmeier, Lippische Kirche
S. 21: Oliver Foltin, Heidelberg
S. 22: Klima-Kollekte, Berlin
S. 23: Teresa Cotrim, pixabay CC0 Public Domain
S. 24: Georg Klar, Mainaschaff

S. 25: TransFair e.V., Miriam Ersch
S. 26: Diakonie Württemberg
S. 27: Kai Rost, pixelio 737338
S. 28: Friedrich Karl Hermann, Flickr 7220287976 Creative Commons
S. 29: Kirchliches Umweltnetzwerk, Stuttgart
S. 30: Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e.V.
S. 31: Bernhard Bleyer
S. 32: Jobst Kraus, Bad Boll (Hospitalhof Stuttgart)
S. 33: Fair Planet, Münster
S. 34: Martina Berg, fotolia 15643405
S. 35: Bundesverband Carsharing e.V.
S. 36: Bundesverband Carsharing e.V.
S. 37: Auto Fasten, Trier
S. 38: Gudrun Kordecki, Schwerte
S. 39: Elisabeth-Juliane Herrmann, Haselau (St. Johannis Kirche, Seester)
S. 40: Hanna Laura Meier, Mannheim
S. 41: Rike Schweizer, Heidelberg
S. 42: Hans Günther Siewerin, pixabay CC0 Public Domain

S. 43: Karl Josef Kruse, flickr 8009153335 Creative Commons
S. 44: Picture-Factory, Fotolia 47155505
S. 45: Deutscher Caritas-Verband, Köln
S. 46: Daniela Hartmann, Flickr 3034659459 Creative Commons
S. 47: Gerhard Kemme, Flickr 2872644967 Creative Commons
S. 48: Thies Ibold, Hamburger Spendenparlament
S. 49: Bundesverband Deutsche Tafel e.V.
S. 50: Michael Bruns, Flickr 6234820835 Creative Commons
S. 51: VRD, Fotolia 30964908
S. 52: Weerapat1003, Fotolia 62893031
S. 53: KJG-Haus
S. 54: Beatrice van Saan-Klein, Fulda
S. 56: Rosemarie Doll, pixelio 738657
S. 57: Bernd Kaspar, pixelio 732480
S. 60: Lydia Geissler, Fotolia 90752123

Danke

Diese Publikation wurde im Rahmen des vom Umweltbundesamt geförderten Forschungsvorhabens „Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Gestaltungsmöglichkeiten in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik im gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess durch Nutzung der Kooperationspotenziale zwischen Kommunen und Kirchen/Religionsgemeinschaften“ (FKZ 3714 16 100 0) erstellt.

Die AutorInnen möchten sich bei allen bedanken, die dieses Projekt durch Gespräche und Interviews unterstützt oder an dem Vorbereitungsworkshop in Heidelberg teilgenommen haben.

Für viele Diskussionen und kompetente Ratschläge während der Arbeit möchten wir uns insbesondere bei Martina Eick, Umweltbundesamt, bedanken.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Die Verantwortung für den Inhalt dieser
Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen

Inhalt

EINFÜHRUNG	Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen kooperieren für Nachhaltigkeit	5
	UNCED und Lokale Agenda: Wie alles begann	6
	Lokale Agenda 21, Nachhaltigkeit, (große) Transformation	8
	Die Sustainable Development Goals	9
	Kirchen, Religionsgemeinschaften und Nachhaltigkeit	10
	Themenfelder	11
QUERSCHNITT, GESAMTKOOPERATIONEN	LAG 21 in Nordrhein-Westfalen und Kirche	12
	Konziliarer Prozess und Lokale Agenda 21 gemeinsam: Treptow-Köpenick	13
	Kooperationsvereinbarungen zwischen Kirchen und Kommunen: Beispiel Speyer	14
	Lange Nacht der Religionen – Lange Nacht der Nachhaltigkeit	15
KIRCHEN RELIGIONS- GEMEINSCHAFTEN, INSTITUTIONEN	Institutionen der Nachhaltigkeit in Kirchen und Religionsgemeinschaften	16
	Nachhaltigkeit in Moscheen	17
	Jews go green	18
	The House of One Berlin	19
KLIMA	Klimaschutzkonzepte für Kirchen	20
	Klimafreundliche Veranstaltungen / Kirchentage	21
	Klima-Kollekte	22
	Klimapartnerschaften: SKEW und Kirchen	23
	Internationale Partnerschaften: Das Beispiel Aschaffenburg – Villavicencio	24
FAIR TRADE BESCHAFFUNG	Fair Trade Towns	25
	Faire Gemeinden	26
	Zukunft Einkaufen	27
UMWELTMANAGEMENT	Verpachtung von Flächen in kirchlichem Besitz	28
	Netzwerk Kirchliches Umweltmanagement	29
	Umweltmanagement im Konvoi	30
	Fortbildung zum/r Kirchlichen Umweltberater/in oder Umweltauditor/in	31
ENERGIE	Ökumenische Energiegenossenschaft	32
	Fair Planet – Internationale Genossenschaft für Klima, Energie und Entwicklung	33
	Solarenergie auf Kirchendächern	34
MOBILITÄT	Elektromobilität auf dem Land – das Projekt „E-WALD“	35
	Carsharing	36
	Autofasten	37
	Stadtradeln und die Vielfalt der Fahrradprojekte	38
BIODIVERSITÄT	Religionen für biologische Vielfalt	39
	Interkulturelle Gärten	40
	Biodiversität und Grüner Hahn auf Friedhöfen	41
	Gärten und Ernährung in Kindergärten	42
	Jugend und Naturschutz	43
SOZIALE NACHHALTIGKEIT	Kirchen gegen Armut	44
	Stromsparcheck für arme Haushalte	45
	Schuldnerberatung	46
	Obdachlosenzeitung	47
	Spendenparlament	48
	Tafeln und Vesperkirche	49
	Integration und Inklusion	50
GELDANLAGE, INVESTMENT	Kirchliche Nachhaltigkeitsfonds	51
	Richtlinien ethische Geldanlage	52
BILDUNG FÜR NACH- HALTIGE ENTWICKLUNG	Bildung für nachhaltige Entwicklung und Kirchen/Religionsgemeinschaften	53
	Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wanderausstellungen	54
SCHLUSS	Lessons (to be) Learnt	55
	Ansprechpartnerinnen und -partner und „zum Weiterlesen“	56



*Preisen die Erde
und ihre unaufhörlichen Wunder*

*Sonne Mond Gestirne
und was dahinter dichtet*

*Die Menschenbrüder
aufnehmen*

*im Herzgefäß
unsere winzige Ewigkeit*

(Rose Ausländer)

Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen kooperieren für Nachhaltigkeit*

Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit – sicher nicht alle in gleichem Maße, weder die Gemeinden noch die Kirchenleitungen, aber von ihnen sind in den letzten drei Jahrzehnten immer wieder exemplarische Projekte entwickelt und begonnen worden, die fast als Blaupause auf andere übertragen werden konnten. Darin liegt eine Chance: das Rad nicht immer wieder neu zu erfinden, sondern von anderen zu lernen, mit ihnen zu kooperieren.

Fast das Gleiche kann man von den Kommunen sagen. Auch hier gibt es unablässig aktive Vorreiter und andere, die das Thema Nachhaltigkeit erst gerade für sich entdecken. Auch hier gibt es das Bemühen, über eigens ins Leben gerufene Netzwerkstrukturen Wissen und Erfahrungen weiterzugeben und zu vermitteln, dass sich der Einsatz für Nachhaltigkeit auf vielfältige Weise lohnen kann.

Die vorliegende Veröffentlichung soll nun zeigen, wo konkrete Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln kommunaler Nachhaltigkeitsakteure mit kirchlichen beziehungsweise religionsgemeinschaftlichen Akteuren liegen können. Beide – Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Kommunen – sind an der Basis gut organisiert und „vor Ort“ im lokalen Raum tätig; insofern bietet sich an, Schnittmengen und Nahtstellen der jeweiligen Strategien und der Schwerpunkte des Engagements herauszuarbeiten. Dabei werden die Potenziale für gemeinschaftliches Handeln gezeigt, in der Hoffnung, dass sie als Anregungen für weitere Projekte an anderen Orten gebraucht werden können.

Kooperationsmöglichkeiten von Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen sind lokal in vielen Bereichen gegeben. Häufig ist es möglich, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften an bisherige regionale und lokale Nachhaltigkeitskonzepte anknüpfen können. Auf der anderen Seite können so manche Aktivitäten von Kirchen und Religionsgemeinschaften ihrerseits für Kommunen zur Übertragung interessant sein. Immer wieder zeigt sich auch, dass von der lokalen und der regionalen Ebene wichtige Impulse für die nationale Nachhaltigkeitspolitik ausgehen. An welchen Punkten Kommunen und Kirchen sowie Religionsgemeinschaften gemeinsam Gestaltungsmöglichkeiten der Umweltpolitik im gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess wahrnehmen und befördern können, soll in der vorliegenden Broschüre ebenfalls angesprochen werden.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass es – wieder einmal – keine Einigkeit über die Wahl eines Begriffs gibt, der die Aktivitäten verbinden und – nach außen erkennbar – als übergeordnetes Ganzes und als gemeinsamer Bezugspunkt dienen könnte. „Zur Auswahl“ stehen derzeit sowohl der Begriff der Lokalen Agenda 21 wie auch der Begriff der Nachhaltigkeit oder der Begriff der (großen) Transformation. Einige

Bundesländer – so etwa Baden-Württemberg – haben sich von dem Agenda-Begriff weitgehend verabschiedet, andere – etwa Nordrhein-Westfalen – bündeln gemeinsame Aktivitäten nach wie vor unter dieser Erkennungsmarke. Die Debatte, welcher dieser Begriffe sich nun am besten eignet, um eine gemeinsame politische Initiative für eine zukunftsfähige Entwicklung innerhalb der planetaren ökologischen Grenzen zu erreichen, soll hier nicht fortgeführt und schon gar nicht entschieden werden; maßgeblich hängt dies davon ab, wie die jeweiligen Begriffe dann tatsächlich definiert und mit Leben gefüllt werden.

Im Jahr 2005, also vor zehn Jahren, hat die FEST für die damalige Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg eine „good-practice“-Studie zur Rolle von Kirchen und Kirchengemeinden in der Lokalen Agenda 21 vorgelegt. Alle Projekte, die in der damaligen Studie enthalten waren, die sich ausschließlich mit christlichen Kirchen befasste, wurden erneut recherchiert und teilweise befragt. Dabei wurde bereits erkennbar, wie stark bestimmte Aktivitäten sich von damals noch wenigen Pilotprojekten weiter verbreitet hatten. Außerdem wurde eine breite Literatur- und Internetanalyse sowie zahlreiche vertiefende Interviews zur Ermittlung des heutigen Sachstands durchgeführt, die sich auch auf andere Religionsgemeinschaften erstreckten. In einem Workshop in Heidelberg im Mai 2015, an dem Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Kirchen und Religionsgemeinschaften teilnahmen, wurden zudem die hier vorgestellten Themenfelder diskutiert und teilweise ergänzt.

Das Bild, das die vorliegende Broschüre zeigt, ist in keiner Weise vollständig. Niemand sollte sich zurückgesetzt fühlen, wenn „sein“ oder „ihr“ Projekt in dieser Broschüre nicht erwähnt wird – in vielen der hier angesprochenen Bereichen gibt es einfach überwältigend viele und gelungene Aktivitäten. Was hier vorgestellt wird, ist vielleicht noch nicht einmal repräsentativ; wir hoffen, dass es uns dennoch gelungen ist, die wichtigsten Handlungsfelder anzusprechen und hier jeweils wertvolle Hinweise zu geben, die neue Initiativen anregen könnten, denn das ist das eigentliche Ziel der vorliegenden Veröffentlichung: Anregungen zu geben, bestimmte Projektideen aufzugreifen, sich zu informieren und sie an die jeweils eigenen Verhältnisse anzupassen, dabei mit Phantasie neue Kooperationsformen auszuprobieren.

* Die folgende Broschüre hat Kirchen und Religionsgemeinschaften im Blick. Als Kirchen werden im deutschen Sprachgebrauch überwiegend nur die christlichen Kirchen bezeichnet. Aber auf den folgenden Seiten ist es sehr mühselig – beim Schreiben und Lesen – immer wieder die Formel „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ zu wiederholen. Das wird häufig so getan, aber zuweilen, wenn die Wiederholung zu ermüdend erscheint, steht dann nur der Begriff „Kirche“. In dieser Broschüre sollen aber immer Kirchen und Religionsgemeinschaften angesprochen werden.

UNCED und Lokale Agenda: Wie alles begann

Die Vorgeschichte der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED), die im Jahre 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hat, begann im Grunde zwanzig Jahre zuvor mit der Weltumweltkonferenz in Stockholm im Jahre 1972. Damals fingen vor allem die Länder des Nordens an, sich für das Umweltthema zu interessieren; sie erkannten, dass Umweltprobleme in nationalem Rahmen allein nicht gelöst werden können. Das wichtigste Ergebnis dieser Konferenz war die Gründung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP)¹ mit Sitz in Nairobi.

Die zweite Station auf diesem Weg war die Konferenz von Nairobi im Jahre 1982. Auch die Entwicklungsländer erkannten nun offiziell das Umweltproblem als eine der drängendsten Fragen an, nachdem sich die Umweltsituation auch in vielen Ländern des Südens zum Teil dramatisch verschlechtert hatte. Als wichtigstes Ergebnis der Nairobi-Konferenz wurde beschlossen, eine „Weltkommission zum Schutz der Umwelt“ einzurichten. Zur Vorsitzenden wurde die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland berufen. Nach starkem Widerspruch der Entwicklungsländer wurde die Kommission in „World Commission on Environment and Development“ umbenannt. Damit sollte signalisiert werden, dass Umwelt und Entwicklung von allen Beteiligten als zusammenhängende Problemfelder gesehen wurden.

Wohl die bedeutsamste Definition der Nachhaltigkeit aus dem Bereich der Politik stammt von eben dieser Brundtland-Kommission, die nachhaltige Entwicklung in ihrem Abschlussbericht als eine Entwicklung beschreibt,

„... die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

Zahllose auch wissenschaftliche Arbeiten, die den Begriff der Nachhaltigkeit verwenden, nehmen diese Definition zu ihrem Ausgangspunkt. Als Ergebnis der Diskussionen über den Abschlussbericht dieser Kommission wurde in der UNO-Vollversammlung im Dezember 1989 beschlossen, im Jahre 1992 die UNCED auszurichten.

Die bei der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete Agenda 21 enthält ein Kapitel, in dem ein genauer Plan formuliert ist, nach dem Kommunen weltweit Initiativen zur Unterstützung der Agenda 21 ergreifen sollen, indem sie „Lokale Agenden“ aufstellen sollen. Als Zielsetzung waren 1992 folgende Schritte vorgesehen:

- „(a) Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen haben und einen Konsens hinsichtlich einer 'kommunalen Agenda 21' für die Gemeinschaft erzielt haben;
- (b) bis 1993 soll die internationale Staatengemeinschaft einen Konsultationsprozess eingeleitet haben, dessen Ziel eine zunehmend engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist;

- (c) bis 1994 sollen Vertreter von Verbänden der Städte und anderer Kommunen den Umfang der Zusammenarbeit und Koordinierung intensiviert haben ...;

- (d) alle Kommunen in jedem einzelnen Land sollen dazu angehalten werden, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist.“

Die Lokale Agenda 21 ist im Konzept der Agenda 21 vor allem als partizipativer Prozess gedacht, als ein Versuch, Bürgerinnen und Bürger an „ihrer“ Politik zu beteiligen, sie zu sensibilisieren, Stärken und Schwächen ihres Gemeinwesens wahrzunehmen und sie zu motivieren, Gestaltungs- und Handlungsspielräume wiederzuentdecken und zu nutzen. Zum einen soll „vor Ort“ getan werden, was möglich ist, wodurch die jeweilige nationale Politik entlastet, jedoch nicht aus ihren Verpflichtungen entlassen werden soll. Gleichzeitig soll auch ein Prozess der Bewusstseinsbildung für die von der Lokalen Agenda angesprochenen Problembereiche in Gang gesetzt werden. Diese Erwartung wird in der Agenda 21 dezidiert ausgedrückt:

„Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen ... Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft.“

Die Lokale Agenda 21 ist nicht so schnell vorangekommen wie geplant. Bis heute ist sie längst nicht in allen Kommunen verwirklicht worden. Auf der anderen Seite ist in vielen Orten, an denen Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen und Kommunalverwaltungen sich um eine Lokale Agenda bemüht haben, ein vielfältiger Reichtum an Aktivitäten und Projekten entstanden, die aus der Entwicklung dieser Kommunen nicht mehr wegzudenken sind.

Durch die Rio+20-Konferenz im Jahre 2012 ist bestätigt worden, dass die lokale Ebene unverzichtbar ist, wenn eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht werden soll. So wichtig eine „Bilanzkonferenz“ 20 Jahre nach UNCED auch war – das Abschlussdokument von Rio+20 blieb in vielen Punkten eher unbestimmt und unpräzise. Das bedeutete aber, dass schon bei der Konferenz und vor allem in vielen Analysen danach die Bedeutung der regionalen und lokalen Ebene enorm aufgewertet wurde, weil nun zunehmend erkannt wurde, dass Veränderungsprozesse gerade dort wirksam verankert werden müssen, wenn Nachhaltigkeit im globalen Maßstab vorangebracht werden soll.

Rio+20 enthielt aber einen entscheidenden Beschluss, nämlich bis zum Jahre 2014 global gültige Nachhaltigkeitsziele auszuarbeiten – eben die im September 2015 verabschiedeten „Sustainable Development Goals“. Auch sie lassen sich ohne umfassendes Engagement vor Ort nicht denken – davon handelt diese Broschüre.



Lokale Agenda 21, Nachhaltigkeit, (große) Transformation

Die Definition der Nachhaltigkeit der Brundtland-Kommission (siehe Seite 6) ist nicht die einzige geblieben. Im Laufe der Jahre hat sich eine recht problematische Definition der Nachhaltigkeit, die so genannte „Säulen-Definition“, weit verbreitet: Nachhaltigkeit habe eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Dimension, und keiner dieser Bereiche dürfe auf Kosten der anderen optimiert werden. Zuweilen werden hier noch eine vierte oder sogar fünfte Dimension hinzugenommen – Kultur und Partizipation beziehungsweise (politische) Institutionen. Dies hat aber zunehmend Widerspruch von ökologischer Seite hervorgerufen, von der ein Begriff der „starken“ Nachhaltigkeit vertreten wird: Jede Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist demnach nur dann zukunftsfähig, wenn sie innerhalb der ökologischen Grenzen dieses Planeten stattfindet. Eine Gruppe von Wissenschaftlern um Johan Rockström, des diesjährigen Trägers des Deutschen Umweltpreises und Direktors des Stockholm Resilience Centre, hat solche planetaren Grenzen beschrieben und gezeigt, dass ein Teil davon bereits überschritten ist.

8

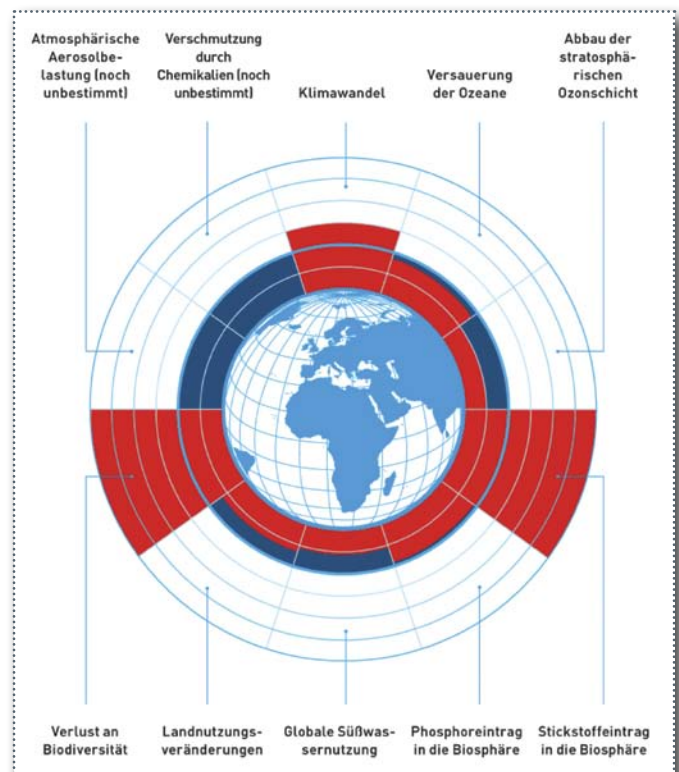
Dem Begriff der Nachhaltigkeit hat in den letzten Jahren der Begriff der „großen Transformation“ zunehmend Konkurrenz gemacht. Geprägt wurde der Begriff von Karl Polanyi bereits in den 1940er Jahren; Polanyi verwendet ihn, um den Übergang vom mittelalterlichen Feudalsystem zum Kapitalismus zu beschreiben – aber er beschreibt auch die Bedingungen für die „nächste“ Transformation, nämlich die Herausnahme von Arbeit, Boden und Geld aus dem Marktsystem. In die heutige Zeit übersetzt, würde das bedeuten,

- den Mindestlohn außerhalb des Marktes festzusetzen,
- Boden dürfte kein Spekulationsobjekt sein und die Preisfestsetzung für Grundnahrungsmittel dürfte nicht über dem Markt erfolgen und
- die Kontrolle über das Geld müsste aus dem Markt herausgenommen werden.

Heute hat sich die Verwendung des Begriffs der „großen Transformation“ von Polanyi weit entfernt. Wer ihn heute benutzt, geht davon aus, dass wir in einer Zeit der vielfachen, miteinander verbundenen Krisen leben – ökologische Krise, Finanzkrise, Agrar- und Ernährungskrise, Migration und andere mehr. Die Komplexität und das Beziehungsgeflecht zwischen diesen Krisen führen dazu, dass sich Menschen oft überfordert sehen, hier angemessen zu reagieren, den Zusammenhang zwischen den Krisen zu erkennen und sinnvolle Problemlösungen zu entwickeln, die gerade die globale mit der lokalen Ebene verknüpfen.

Die Themenpalette der Agenda 21 war ein erster Versuch, diesen Ansatz in globale Politik zu übersetzen. Wie schon gezeigt, war die lokale Ebene in dieser Herangehensweise völlig unverzichtbar. Die Weiterentwicklung war nun die Verabschiedung der Sustainable Development Goals bei der 70. Jahreskonferenz der Vereinten Nationen im September 2015. Auch diese Ziele werden sich ohne Programme und vielfältige Aktivitäten „von unten“ auf der lokalen Ebene nicht realisieren lassen.

Unser Planet hat Grenzen



Quelle: Rockström et al. (2009)

Die Sustainable Development Goals



Auf Initiative des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan wurde beim Millenniumsgipfel der UN 2000 die sogenannten Millennium Development Goals (MDG) verabschiedet: acht konkrete Entwicklungsziele für das Jahr 2000, die sich vor allem an die ärmsten Entwicklungsländer richteten und bis Ende 2015 erreicht sein sollten. Das ist nur zum Teil gelungen. Schon seit einigen Jahren wurde aber vor allem auch aus Ländern des Südens die Forderung aufgestellt, dass eine Fortschreibung von Nachhaltigkeitszielen auch die entwickelten Länder mit einbeziehen sollte, um auf diese Weise das Spannungsfeld zwischen „zu wenig“ und „zu viel“ thematisieren und vor allem auch die Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern ansprechen zu können.

Die 17 Sustainable Development Goals (SDG) sind in 169 Unterziele differenziert. Verabschiedet wurden sie nun bei der UN-Vollversammlung im September 2015; ihr Zeithorizont ist das Jahr 2030. Erarbeitet wurden sie von einer „Offenen Arbeitsgruppe“ der UN, in der sich die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Ebene ebenfalls stark eingebracht haben. Noch in der Diskussion ist ein Monitoring-System – ein Katalog von Indikatoren, mit dem die Ziele überprüfbar gemacht werden sollen.

1. Armut in jeder Form und überall beenden

2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern

5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern

8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern

11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen

12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (in Anerkennung der Tatsache, dass die UNFCCC das zentrale internationale, zwischenstaatliche Forum zur Verhandlung der globalen Reaktion auf den Klimawandel ist)

14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen

16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

Kirchen, Religionsgemeinschaften und Nachhaltigkeit

Die Kirchen waren wohl mit die ersten der großen internationalen Institutionen, die den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zur Beschreibung ihrer Aufgaben verwendet und in ihre Programmatik aufgenommen haben. Auf der Weltkonferenz des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) im Jahre 1974 in Budapest zum Thema „Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung“ wurde das Studienprogramm „Justice, Participatory and Sustainable Society“ (JPSS) entworfen. Die 5. ÖRK-Weltversammlung in Nairobi verabschiedete 1975 JPSS als „Arbeitsschwerpunkt der Weltkirchengemeinschaft für das darauf folgende Jahrzehnt“. Maßgeblichen Einfluss bei dieser Versammlung hatte eine bewegende Rede des australischen Biologen Charles Birch, die bis heute häufig zitiert wird.

10

Aus dem Studienprogramm des ÖRK entwickelte sich der internationale „konziliare Prozess“ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, förmlich ins Leben gerufen bei der 6. Vollversammlung des ÖRK im Jahre 1983 in Vancouver. Der Begriff „Integrity of Creation“ – Integrität oder Bewahrung der Schöpfung – wurde bei dieser Konferenz anstelle des Begriffs der Nachhaltigkeit vorrangig aus ökologischen Gründen gewählt, da man befürchtete, dass das Ziel der dauerhaft umweltgerechten Entwicklung im Begriff der Nachhaltigkeit zu sehr verwässert werden könnte. Diese frühe Schwerpunktsetzung der Kirchen aus Nord und Süd hat gerade auch den internationalen politischen Diskurs über Nachhaltigkeit in dessen Anfangsjahren stark mitgeprägt. Vor allem haben die Kirchen in den ersten Jahren dieser internationalen Debatte deutlich gemacht, dass

- die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit als „harte Grenze“ aufzufassen ist, dass sich – in der Sprache der Ökonomie ausgedrückt – Naturvermögen nicht beliebig durch von Menschen erzeugtes Kapital ersetzen lässt;
- der Begriff der Nachhaltigkeit als gesellschaftspolitisches Leitbild nur in der Verbindung zwischen ökologischen Rahmensetzungen und sozialer Gerechtigkeit tauglich ist; zu einem bestimmten, beliebigen Zeitpunkt kann dieses Leitbild als Sicherstellung einer Grundversorgung für alle Menschen und Teilhabe aller an den Gütern der Erde verstanden werden, jedoch,
- drittens, nur unter Beachtung einer Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die wiederum mit der Begriffsdefinition der Brundtland-Kommission gut beschrieben ist (siehe Seite 6). Die Brundtland-Definition schließt die Überzeugung mit ein, dass jede Generation frei ist, ihre Bedürfnisse für sich selbst zu definieren.

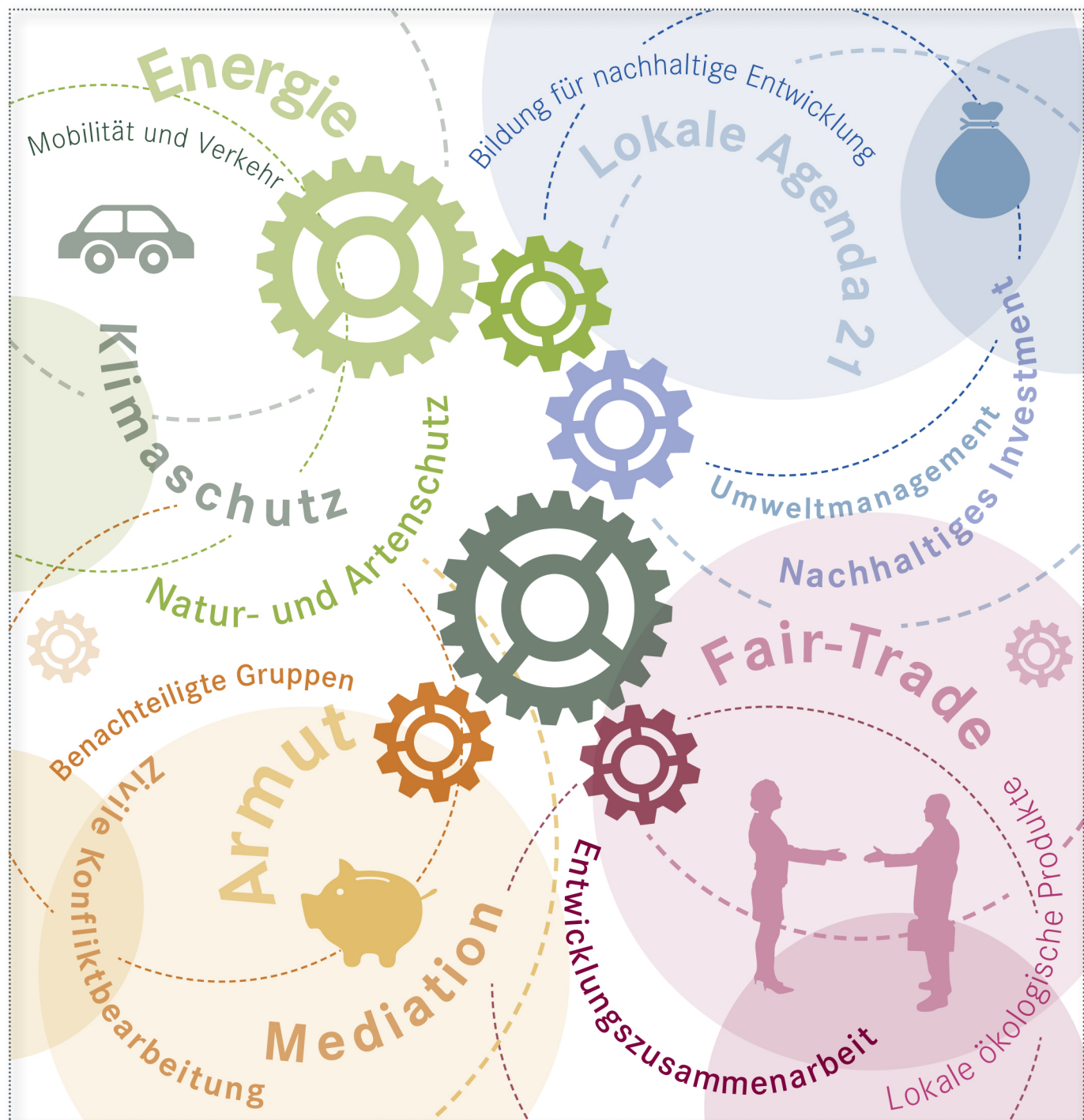
Hoch aktuell und politisch sehr wirksam ist die neue Enzyklika des Papstes „Laudato si“, die auch ein Angebot zum Dialog und gemeinsamen Handeln zur Nachhaltigkeit enthält. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland hat in diesem Jahr eine Schrift zur Debatte über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung vorgelegt.

Aber nicht nur die christlichen Religionen stellen Bezüge zwischen ihren Grundüberzeugungen und Traditionen auf der einen Seite und dem Begriff der Nachhaltigkeit auf der anderen Seite her. Auch im Islam werden die Fragen des ökologischen Gleichgewichts und die sozialen Fragen stark in den Kontext der Religion gestellt. So fand gerade im August 2015 in Istanbul ein internationales islamisches Klimaschutzsymposium statt, in dem eine Erklärung verabschiedet wurde, in der auf dem Hintergrund islamischer Glaubensgrundsätze unter anderem eine völlige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2050 gefordert wurde. Handeln nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit erscheint auch vielen jüdischen Gruppen als zeitgemäße Anwendung ihrer Traditionen. Und die „Grundlagen der Achtsamkeit“ im Buddhismus lassen sich sehr direkt auf Nachhaltigkeit beziehen. Wie tief die Gemeinsamkeiten sind, die sich hier auch in konkretes Handeln umsetzen lassen, zeigt auch der gemeinsame Appell der Kirchen und Religionsgemeinschaften für den Erhalt der Biodiversität aus diesem Jahr (siehe Seite 39).

Mit einiger Vorsicht lassen sich die folgenden gemeinsamen Grundüberzeugungen formulieren:

- Eine „vorrangige Option für die Armen“ wird als das gemeinsame Fundament des Handelns gesehen.
- In aller Regel wird ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Handeln und Lebensstilen in Industrieländern und den Ländern des Südens hergestellt.
- Forderungen nach internationaler Gerechtigkeit führen damit zur Infragestellung des wirtschaftlichen Handelns in den reichen Ländern des Nordens. Die Kritik wird allerdings in sehr unterschiedlicher Weise vorgetragen. In ihrer radikalsten Variante findet sie ihren Ausdruck in einer grundsätzlichen Ablehnung der globalisierten Marktwirtschaft, moderatere Varianten sehen einen Auftrag zur Gestaltung der Globalisierung; gemeinsam ist auch eine ethische Kritik an bestimmten Formen der Zinswirtschaft.
- Internationale Gerechtigkeit wird in der konkreten Gestaltung des Produzierens und des Konsumierens gesehen.
- Schließlich besteht durchgängig die Überzeugung, dass der Einzelne und die Gemeinden vor Ort durch ihre Initiativen etwas tun können, um das Ziel einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

Auf den vorhergehenden Seiten wurde deutlich, dass es viele Themenfelder gibt, auf denen eine Transformation stattfinden muss, um diesem Ziel näherzukommen. Die folgenden Seiten enthalten Anregungen zu vielen Bereichen – die Auswahl ist keineswegs vollständig. Aber sie sollen Anregungen bieten, erste oder nächste Schritte zu gehen.



LAG 21 in Nordrhein-Westfalen und Kirche

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) wurde 2001 von Kommunen und Landkreisen, Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden als Kompetenznetzwerk für lokale Agendaprozesse gegründet. Die Evangelische Kirche von Westfalen ist Gründungsmitglied. Sie ist durch Mitwirkung im Vorstand und viele Kooperationsprojekte eng mit der Arbeit der LAG 21 NRW verbunden. Die LAG 21 NRW ist ein zentraler Ansprechpartner für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Sie hat folgende Arbeitsschwerpunkte:

- Vernetzung und Wissenstransfer im Bereich nachhaltiger Entwicklung und ihre horizontale sowie vertikale Integration,
- sektorale und integrierte Nachhaltigkeitsmanagementsysteme,
- kommunaler Klimaschutz sowie internationale kommunale Klimapartnerschaften sowie
- Bildung für nachhaltige Entwicklung

12

Die Idee der Agenda von Rio, etwas Großes, über die eigene Generation hinausgehend Wertvolles zu beginnen, die Gräben zwischen ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zu verkleinern und in beispielhaften Projekten all dies lokal zu erproben, motivierte viele Menschen und motiviert auch heute noch. Viele, die eher distanziert der verfassten Politik gegenüberstanden, wurden von der Lokalen Agenda 21 angesprochen. Dies führte nicht nur zur Wiederentdeckung der Stadt als Gemeinwesen, sondern auch zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Auch in der Kirche wurden diese Potenziale früh erkannt, auch die Chancen und Synergien für gesellschaftspolitische und gemeinwesenorientierte Arbeit etwa in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Verhinderung von Ausgrenzung. Für die Kirchen war es deshalb konsequent, die Arbeit der LAG 21 NRW zu unterstützen und einen Beitrag zu ihrer Weiterentwicklung zu leisten.

Die LAG 21 NRW entstand aus einem losen Verbund von Agendakommunen, Agendabeauftragten und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Gründungskonferenz fand in der Evangelischen Akademie in Schwerte-Villigst statt. Ein bundesweit einzigartiges Netzwerk entstand, das die politische Entwicklung in NRW aus Agendaperspektive kritisch begleitete und gute Beispiele „aus der Praxis für die Praxis“ teilte. Schnell wurden dabei auch die Grenzen der Agendaarbeit erkennbar. Agendaprozesse entwickelten sich in der Praxis vielfach überkomplex, manchmal intransparent oder wurden wenig zielführend organisiert, sodass sie schon in der Leitbildentwicklung stecken blieben. Andere waren frustriert, weil sie von politischen Brennpunkthemen ferngehalten wurden. Eine konstruktive Verbindung zum Rat oder zur Verwaltung kam in diesen Fällen nicht zustande. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung sah die LAG 21 dann die Hauptaufgabe in der Qualifizierung und Professionalisierung der Agendaarbeit.

Deswegen wurden Agendaakteure im Bereich der Prozesssteuerung geschult, Agendaprozesse selbst moderiert oder die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort unterstützt. Ein Handbuch für erfolgreiche Agendaarbeit wurde entwickelt, in dem Agendaarbeit erstmalig als Managementsystem – das heißt als partizipativer, kontinuierlicher Verbesserungsprozess – dargestellt wurde. Diese „Professionalisierung“ wurde zu einem wichtigen Erfolgsfaktor für Agendaprozesse, weil sie zu größerer Akzeptanz bei Entscheidungsträgern führte. In Kooperation mit Kommunen und Kirche führte die LAG 21 NRW erfolgreiche Projekte wie „partizipatives Flächenmanagement als Teil einer gemeinwesenorientierten Stadtentwicklung“, „kommunales Nachhaltigkeitsmanagement“ und „kommunale Klimapartnerschaften in Nord und Süd“ durch. Gemeinsam engagieren sich Kirche und LAG 21 bei der Entwicklung des Klimaschutzplans NRW, der Nachhaltigkeitsstrategie NRW sowie im Projekt „Klima-Diskurs NRW“, einer Initiative zur Verringerung von Interessensblockaden bei der Umsetzung der Energiewende.

Die Zusammenarbeit zwischen Kirche und LAG 21 NRW ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Das liegt auch daran, dass gemeinwesenorientierte, quartiersbezogene Entwicklungsansätze allgemein, aber auch speziell in Kirche und Diakonie an Bedeutung gewinnen. Benachteiligte Quartiere befinden sich oft in einer Abwärtsspirale und sind zunehmend Segregationstendenzen ausgesetzt. Gleichzeitig ist erkennbar, dass viele Probleme vor Ort nicht „top-down“ gelöst werden können. Entwicklungsprozesse sind umso erfolgreicher, wenn sie – unter Nutzung und Stärkung vorhandener Potenziale – aus dem Quartier heraus entwickelt werden. Neue Formen der Partizipation und Integration, auch der Agendaarbeit, sind hier notwendig und zu erproben, was auch bereits geschieht.

In wachsender Zahl tun sich Bürgerinnen und Bürger, Umweltverbände und Kulturvereine, Mieter und Hausbesitzer, engagierte Kommunalpolitiker, Verwaltungen, aber auch Kirchengemeinden und diakonische sowie caritative Einrichtungen zusammen, die die Abwärtsentwicklung in ihrer Kommunen beziehungsweise in ihrem Quartier stoppen und umkehren wollen. Für Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen ergeben sich hier große Chancen und viele Mitwirkungsmöglichkeiten. Gemeinwesenarbeit ist eine wichtige Form tätiger Nächstenliebe und aktiver Anwaltschaft für Arme und Schwache, in anderen Worten: der „Kommunikation des Evangeliums im Alltag“. Die Kirche ist „nah dran“ an den Lebenswelten und Lebenslagen der Menschen. Sie ist mit ehren- und hauptamtlich Engagierten, mit Kirchenräumen, Gemeindezentren, Kindertagesstätten, mit diakonischen Einrichtungen, Beratungsstellen, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und ihrer Flüchtlings- und Migrationsarbeit in fast allen Stadtquartieren präsent. All dies macht sie zu einer wichtigen Akteurin in der Kommune.

Im Quartier können diakonische Gemeinde und gemeinwesenorientierte Diakonie auf sehr gute Weise zusammenwirken. Im Gemeinwesen, das heißt gerade auch in der Agendaarbeit, wird Kirche zur „Kirche für andere“ (Dietrich Bonhoeffer) mit anderen. In Kooperation mit der LAG 21 NRW wird das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche in Westfalen in naher Zukunft das Projekt „Nachhaltigkeit nimmt Quartier“ durchführen. Es wird in benachteiligten Stadtteilen von Bochum, Herne und Gelsenkirchen Aspekte der Stadtentwicklung und ökologischer Umfeldverbesserung mit Armutsbekämpfung und der

Stärkung sozialer Teilhabe verbinden. Die besondere Herausforderung besteht darin, bildungsferne und benachteiligte Zielgruppen zu befähigen, Projekte der Quartierentwicklung mit zu entwickeln und mit umzusetzen. Auch die Zuwanderungs- und Flüchtlingsthematik wird eine wichtige Rolle spielen. Ein weiteres wichtiges Themenfeld wird die Umsetzung der von der UN beschlossenen global gültigen Nachhaltigkeitsziele – der Sustainable Development Goals – auf kommunaler Ebene sein.

Konziliarer Prozess und Agenda 21 gemeinsam: Treptow-Köpenick



Rathaus Köpenick

Im Berliner Bezirk Köpenick begann 1993 eine kleine ökumenische Initiativgruppe aus Frauen und Männern verschiedener freikirchlicher, katholischer und evangelischer Gemeinden, die Aussagen der ökumenischen Versammlungen und der Konferenz von Rio in einer Konzeption für ihre Kommune zu verknüpfen: „Umwelt und Entwicklung – Anstöße zum nachhaltigen Handeln im Bezirk Köpenick“. Damit zeigte sie einen Weg zur Erarbeitung einer „Lokalen Agenda 21“ (LA21) auf.

So entstand zunächst im Bezirk Köpenick – später Treptow-Köpenick – auf Initiative der Kirchen eine enge Zusammenarbeit mit einer neuen gemeinsamen Struktur, einem 3-Säulen-Modell zwischen Verwaltung (Säule I), Zivilgesellschaft (Säule II) und Kirchen (Säule III). Die Säule III wird dabei durch die Kommunale Ökumene mit dem Ökumenischen Büro vertreten. Die Kommunale Ökumene besteht aus den im Bezirk ansässigen Kirchengemeinden, losgelöst von kirchlichen Verwaltungs-

strukturen. Insgesamt sind das 24 Gemeinden: drei katholische, sechs freikirchliche und fünfzehn evangelische. Im Ergebnis wurde 2004 die LA21 Treptow-Köpenick als Handlungsprogramm für die Kommune vom Bezirksamt beschlossen; der Beschluss wurde von der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen. Dabei sind die drei Säulen gleichberechtigte Partner. Unter anderem zeigt sich dies darin, dass es gelang, im Leitbild 1 den LA21-Prozess mit dem ökumenischen Konziliaren Prozess zu verbinden. Darin heißt es:

„Eine nachhaltige Entwicklung erfordert Demokratie, Gewaltfreiheit und Frieden, genauso wie den Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit (global und lokal) und ökonomische Vernunft. Dieser ganzheitliche Denkansatz verpflichtet, den Agenda-21-Prozess mit dem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu verbinden.“

Die LA 21 Treptow-Köpenick wurde 2004 durch den Bürgermeister der Bevölkerung zur Umsetzung übergeben.

In der Säule III gibt es wiederum drei Organisationseinheiten der kirchlichen Arbeit:

- die Ökumenische Initiativgruppe Eine Welt (OEIGEW) Treptow-Köpenick zur inhaltlichen Gestaltung des Prozesses,
- das Ökumenische Büro Treptow-Köpenick zur Koordinierung und Organisation der Aufgaben und
- das Ökumenische Forum als gemeinsame Diskussionsplattform.

OEIGEW und Ökumenisches Büro bieten damit eine Plattform für alle Kirchengemeinden aus dem Bezirk, die dem ökumenischen Rat angehören. Die Öffnung dieser Plattform für interreligiöse Zusammenarbeit ist angestrebt und wurde auch bereits begonnen. Das Ziel ist, den Agenda-21-Gedanken in die Gemeinden hineinzutragen und die Erfahrungen der Gemeinden mit ihren vielfältigen (Eine-Welt-)Projekten in das kommunale Handeln zu integrieren. Dabei geht es darum, den Gemeinden bewusst zu machen, dass viele ihrer Aktivitäten und Projekte den Zielen der LA21 entsprechen.

Über die LA21-Struktur ist es möglich, unkompliziert und unbürokratisch eine Zusammenarbeit zwischen Bezirk, Kommunalen Ökumene und der Zivilgesellschaft herzustellen und innerbezirkliche Projekte effektiv zu unterstützen, zum Beispiel

- indem bei der Einen-Welt-Arbeit die vielfältigen Eine-Welt-Projekte im Bezirk erst einmal erfasst werden,
- indem durch den ersten Interkulturellen Garten Berlins (Wuhlegarten) in Treptow-Köpenick interkulturelle Zusammenarbeit praktiziert wird,
- dass Unterstützung zur Entwicklung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge geleistet wird sowie
- indem öko-faire Beschaffung in den Kirchengemeinden organisiert wird.

Aus kirchlicher Sicht geht es hierbei um folgende Ziele:

- Es wird daran erinnert, dass Gottes Auftrag an uns ist, die Gerechtigkeit, den Frieden und die Schöpfung zu bewahren und sich

deshalb sozial oder politisch zu engagieren.

- Es wird Mut gemacht, gewohnte Lebens- und Verhaltensmuster sowohl im Privaten als auch im Gemeindebereich zu hinterfragen und durch neue zu ersetzen, die die Schöpfung bewahren.
- Die Zusammenarbeit zwischen den Kirchengemeinden wird lebendiger und ergebnisorientierter gestaltet werden und über den Rahmen der LA21 in den Bezirk ausstrahlen.
- Es wird dafür sensibilisiert, dass der Auftrag im Aufruf zum Konzi-liaren Prozess von Vancouver und in der Agenda 21 von Rio aufgenommen wurde und dadurch in Treptow-Köpenick Gedankengut der LA21 geworden ist.

Auch die neuen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) sollen in Treptow-Köpenick mit operationalisiert und konkretisiert werden. Die Herausforderungen zur Gestaltung einer friedlichen und gerechten Welt sind seit Vancouver geblieben.

Kooperationsvereinbarungen zwischen Kirchen und Kommunen: Beispiel Speyer

Wenn Kommunen und Kirchen oder Religionsgemeinschaften längerfristig und auf einer gemeinsamen Basis miteinander kooperieren wollen, besteht immer die Möglichkeit, auch eine formelle Kooperationsvereinbarung quasi vertraglich miteinander zu schließen. Eine solche Vereinbarung kann den Weg hin zu einer dauerhaften Zusammenarbeit deutlich erleichtern, weil sie einen gemeinsamen Rahmen schafft, der dann mit Leben gefüllt werden kann.

Einen solchen Weg haben zum Beispiel die Stadt Speyer und die Evangelische Kirche der Pfalz beschritten. Im März 2012 wurde zwischen den beiden Partnern, vertreten vom Oberbürgermeister auf der einen und der zuständigen Oberkirchenrätin auf der anderen Seite, eine „Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz“ geschlossen, die auf eine Dauer von neun Jahren, also bis Ende 2020, angelegt ist. In der Vereinbarung werden zunächst die Klimaschutzziele sowohl der Stadt als auch der Landeskirche dargelegt: Bis 2030 möchte die Stadt im Strombereich und bis 2040 im Wärmebereich die Nutzung von 100 % erneuerbarer Energien erreichen. Das Hauptziel der „Klimaoffensive“ der Landeskirche bestand in einer Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2015 um 25 %, gemessen am Basisjahr 2005. Damit hatte die Landeskirche das Ziel übernommen, das die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland 2008 den Kirchen empfohlen hatte.

Die Kooperationsvereinbarung enthält dann Selbstverpflichtungen der beiden Partner, die diese jeweils im Blick auf ihr Gegenüber eingehen: Die Evangelische Kirche der Pfalz verpflichtet sich, durch entsprechen-



Speyer, Gedächtniskirche

de Maßnahmen auch aktiv an der Umsetzung der Klimaschutzziele der Stadt mitzuwirken; die Stadt wird die Klimaschutzbemühungen der Kirche auch bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Kooperation ist hier in den letzten Jahren zu einer zunehmend selbstverständlich gelebten Praxis geworden. Stadt und Stadtwerke Speyer haben „KISS“, die Klimaschutz-Initiative der Stadt Speyer, ins Leben gerufen, die sich direkt an Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen wendet; die Landeskirche hat ein integriertes Klima-

schutzkonzept für ihr gesamtes Gebiet erstellt. Das Projekt „Klimawandel Speyer folgen“ wurde 2012 begonnen und möchte Anpassungsstrategien an den Klimawandel entwickeln, die auch auf andere Kommunen in Rheinland-Pfalz übertragen werden können. Zuletzt gab es Ende September 2015 eine ökumenische Fachtagung „Kirchen leben Klimaschutz“, in der die Energie-Agentur Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit kirchlichen Trägern, etwa dem Projektbüro Klimaschutz der EKD in Heidelberg, direkt Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen angesprochen hat.

Lange Nacht der Religionen – Lange Nacht der Nachhaltigkeit

Ob Museen, Galerien oder kleine Handwerksläden – die Idee der „langen Nächte“, an denen die jeweiligen Einrichtungen nicht nur geöffnet sind, sondern auch noch die ein oder andere Attraktivität bieten, ist in den letzten Jahren zunehmend beliebt geworden. Warum sollte das nicht für Kirchen und Religionsgemeinschaften funktionieren – oder auch für die Verbreitung der Idee der Nachhaltigkeit?

„Lange Nächte“ der Religionen gab es schon an einigen Orten in Deutschland. In Berlin haben 97 Kirchen, Religionsgemeinschaften und interreligiöse Vereinigungen im Jahr 2015 schon zum vierten Mal eingeladen, ein Zeichen für religiöse Vielfalt zu setzen, in der „langen Nacht“ die Türen für Besucherinnen und Besucher zu öffnen, um miteinander ins Gespräch gekommen. Führungen durch Kirchen, Moscheen und Synagogen wurden angeboten, dazu Lesungen, Vorträge und Gesprächskreise. Die Nacht der Religionen wird in Berlin von einem interreligiös besetzten Initiativkreis vorbereitet, der ehrenamtlich arbeitet und im Schnitt einmal im Monat zusammenkommt. Der Initiativkreis ist im Rahmen des Berliner Dialoges der Religionen entstanden, der wiederum vom Berliner Senat angestoßen wurde.

Weitere „Nächte der Religionen“ gibt es unter anderem in Fürth und Hamburg, hier in Kooperation mit der Universität und der Stiftung Forum Humanum. In Mannheim gibt es ein etwas abgeändertes Konzept der „Meile der Religionen“, international finden sich Projekte dieser Art in Bern und Montreal.

Und die „Nächte der Nachhaltigkeit“? Auch hier gibt es mehrere gelungene Initiativen, etwa in Tübingen, Trier oder Mainz. Hier waren auch



Lange Nacht der Religionen, Berlin

kirchliche und religiöse Projekte und Gruppen vertreten, in Tübingen unter anderem die Eberhardskirche und die Stiftskirchengemeinde oder das Weltethos-Institut. In Trier fand die Nacht der Nachhaltigkeit rund um den Dom statt und wurde unter anderem auch von der Diözesanstelle Weltkirche des Bistums Trier mitgetragen.

Es würde sich anbieten, beide „Nächte“ in Projekten aufeinander zu beziehen: Kirchen und Religionsgemeinschaften können sich an einer „Nacht der Nachhaltigkeit“ beteiligen und ihre Projekte und ihre Überzeugungen zur Bewahrung der Schöpfung vermitteln. Und sie könnten das Thema der Nachhaltigkeit einmal zum Schwerpunkt einer „Nacht der Religionen“ machen.

Institutionen der Nachhaltigkeit in Kirchen und Religionsgemeinschaften

Für die folgende Aufstellung gilt in besonderem Maße, was für diese Broschüre insgesamt gesagt wurde: Sie enthält Beispiele und erste Hinweise, kann aber nicht vollständig sein.

Die evangelischen Landeskirchen und die katholischen Diözesen haben – wie auch einige der christlichen Freikirchen – in der Regel eine Struktur von Beauftragten, bei denen das Thema der Nachhaltigkeit im Schwerpunkt von den Umweltbeauftragten wahrgenommen wird. In den beiden großen christlichen Kirchen arbeiten die Umweltbeauftragten in Arbeitsgemeinschaften zusammen, die sich regelmäßig treffen und in denen der innerkirchliche Austausch über die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte stattfindet. Viele der Themenfelder, die auch in der vorliegenden Broschüre eine Rolle spielen, werden auch auf den Internetseiten der Arbeitsgemeinschaften dokumentiert, mit vielen Hinweisen auf Veröffentlichungen und laufende Projekte. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft hat sich auch an den Deutschen Aktionstagen Nachhaltigkeit beteiligt. Sehr ökumenisch aufgestellt ist die kirchliche Umweltberatung mit ebenfalls zwei konfessionellen Zusammenschlüssen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat ebenfalls einen Umweltbeauftragten, außerdem hat die EKD eine Kammer für Nachhaltige Entwicklung, die in den letzten Jahren einige Stellungnahmen veröffentlicht hat. Derzeit führt die EKD ein Projekt „Diskurs Nachhaltigkeit“ durch, das im Frühsommer 2016 zum Abschluss kommen wird.

Auch einige muslimische Organisationen haben sich vorgenommen, Moscheen umweltfreundlicher zu gestalten und eine „grüne Bewegung“ unter Muslimen zu fördern. Unter anderem hat sich dazu im Jahre 2010

HIMA e. V. gegründet; hier werden Moscheen direkt angesprochen und Projekte durchgeführt (siehe Seite 17). HIMA hat auch die europaweite Kampagne „Green Up My Community“ koordiniert.

Ein weiteres frühes muslimisches Projekt war Ökocan. Hier wurde schon vor einigen Jahren im Rahmen der alevitischen Gemeinde in Deutschland begonnen, insbesondere durch Entwicklung von Informationsfilmen das Umweltbewusstsein und das Engagement für Nachhaltigkeit der Gemeinden und der Gemeindemitglieder zu stärken.

Vor knapp zehn Jahren hat sich Yeşil Çember (gesprochen Jeschil Tschember, Türkisch für Grüner Kreis) unter dem Dach des BUND Berlin e. V. gegründet – inzwischen ist Yeşil Çember eine gemeinnützige GmbH. Yeşil Çember schafft durch kulturspezifische und niedrigschwellige Aufklärungs- und Lernangebote im Umweltschutz neue Beteiligungsformen für türkischsprachige Menschen in Deutschland; seit 2007 wurden an sieben Orten, z. B. in Berlin und Mannheim, insgesamt 16 türkische oder türkisch-deutsche Umwelttage in enger Kooperation mit den Kommunen veranstaltet. Hier ergeben sich viele Verbindungen zwischen Moscheen und Kommunen.

„Jews go green“ ist schließlich eine Organisation, die sich bemüht, das Thema Umwelt und Nachhaltigkeit an die jüdischen Gemeinden heranzutragen. Dafür wurde eine Internetplattform mit Informationen zu jüdischen Quellen und Tipps zum umweltbewussten Leben geschaffen (siehe Seite 29). Jews go Green steht zudem in Kooperation mit HIMA. Sie haben gemeinsam bereits interreligiöse und „biologische“ Frühstücke organisieren können.



Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der evangelischen Landeskirchen

Nachhaltigkeit in Moscheen



Hacı Bayram Moschee, Umweltaktionen

Auch in zahlreichen Moscheen sind konkrete Projekte im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit zur alltäglichen Praxis geworden. Als Beispiel für viele sollen hier drei Berliner Moscheen vorgestellt werden.

Die Hacı Bayram Moschee im Berliner Wedding war im Sommer 2015 dabei, nach einer Initiative von Ehrenamtlichen von Yeşil Çember ein dreiteiliges Umweltprojekt durchzuführen. Jeweils am Wochenende sollten mit den Kindern der Koranschule unterschiedliche Aktionen und Bildungseinheiten zum Umweltschutz durchgeführt werden. Die erste Aktion hatte bereits im Juni 2015 im Rahmen der Aktionstage Nachhaltigkeit stattgefunden. Dabei konnten die Kinder ökologisch abbaubare Luftballons mit Blumensamen und Helium befüllen. Diese haben sie dann als „Stadtgrünungsaktion“ steigen gelassen. Anschließend wurden im Hof der Moschee Bäume gepflanzt, um den Kindern den Zusammenhang von Samen und Pflanzen näherzubringen.

Die nächsten beiden Aktionen finden im Herbst 2015 statt. Diesmal soll im Zusammenhang mit den Aktionstagen Schönes Berlin eine bessere Mülltrennung auf dem Hof der Moschee eingeführt werden. Dafür sind sowohl eine interaktive Unterrichtsstunde mit einem Lernkoffer der FU-Schüleruni als auch eine tatsächliche Mülltrennaktion und eine richtige Beschriftung der Mülltonnen geplant.

Der letzte Teil des Projekts wird sich mit dem Thema gesunde Ernährung und biologische Lebensmittel auseinandersetzen. Sie wird mit einem gemeinsamen Essen in der Moschee enden, bei dem auch die Familien, Freunde sowie Nachbarn und Kiezbewohner anderer Nationalitäten eingeladen sind.



Die Şehitlik Moschee in Berlin Neukölln hat sich bereits in vielerlei Hinsicht mit dem Thema Umweltschutz auseinandergesetzt. So wurde hier bereits eine Mülltrennaktion durchgeführt, die auch längerfristig eingehalten wird. Außerdem haben Mitglieder der Moschee an Umweltschulungen von Yeşil Çember teilgenommen. Dabei wurden sie zu Umweltbotschaftern ausgebildet. Ein weiteres Thema, mit dem sich die Moschee befasst hat, war Bioplastik und alternative Kunststoffe. Dies sollte das Bewusstsein der Moscheemitglieder hinsichtlich des Verbrauchs von Plastikverpackungen und Einmalgegenständen schärfen. Aufgrund ihrer intensiven Beschäftigung mit der Umwelt und dem Schutz der Umwelt haben sie Mitgliedern der Moschee dann am Tag der Offenen Tür 2013 ihre Projekte und Verbesserungsvorschläge vorgestellt.

In der Merkez Moschee in Berlin Kreuzberg wurden von Hima e. V. Frühstücke mit biologischen und fair gehandelten Lebensmitteln organisiert. Bei den Frühstücke sollten die Teilnehmer auf verschiedenen Wegen für Umweltthemen sensibilisiert werden. So wurden sie zum Beispiel schon vorher dazu aufgefordert, ihr eigenes Geschirr mitzubringen. Während der Frühstücke wurde dann der Zusammenhang von Islam und Natur beziehungsweise Naturschutz besprochen.

Wie an den Beispielen deutlich wird, finden viele Aktionen in Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen statt, die sich speziell mit Fragen der Nachhaltigkeit und der Ökologie widmen, um hier Angebote für Moscheen zu machen. Auf der anderen Seite fanden Projekte aus Anlass kommunaler oder sogar nationaler Nachhaltigkeitsaktionen statt – Aktionstage Nachhaltigkeit und Aktionstage Schönes Berlin – und haben sich in diesen Zusammenhang bewusst eingefügt. Es lohnt sich, diesen Weg einer engen Kooperation weiterzubeschreiten und das bereits vorhandene Engagement weiterzuentwickeln.

Jews go green

„Jews go Green“ ist der Name eines Ökologie-Projektes des Zentralrates der Juden in Deutschland. Unter dem Namen „Jews go Green“ gibt es eine informative Website; außerdem werden Seminare zum Thema Nachhaltigkeit, Ökologie und Judentum veranstaltet.

„Jews go Green“ ist eine Initiative, die zum einen zeigen möchte, dass es vielfältige jüdische Quellen gibt, in denen das Verhältnis von Menschen zur Natur behandelt wird, aber auch die Gestaltung alltäglicher Verhaltensweisen von Menschen, die Auswirkungen auf die Umwelt haben. Es gibt zahlreiche Verbindungen zwischen den ökologischen Themen und dem Judentum, die auch praktisch wirksam werden können. „Jews go green“ möchte Hinweise für die Vereinbarkeit von Judentum und Umweltbewusstsein im Alltag geben, bei zahlreichen Gelegenheiten im Alltag, während der jüdischen Feiertage, in der Schule, zu Hause und in den Gemeinden. Der jüdische Kalender ist reich an Feiertagen. Durchschnittlich gibt es einmal im Monat einen wichtigen Anlass zum Feiern. „Jews go green“ zeigt mit vielen praktischen Tipps, wie diese Feiertage auch in ökologischer Hinsicht gut gestaltet werden können.

Noch ist Ökologie, so „Jews go green“ auf ihrer Website, in den jüdischen Gemeinden hierzulande selten ein Thema. „Jews go green“ verfolgt aber den Ansatz zu zeigen, dass das Engagement für Nachhaltigkeit nicht allein Sache von Umweltschutzorganisationen sein sollte, sondern dass die Gemeinde als Ort, an dem Judentum praktiziert wird, auch ökologische und nachhaltige Gesichtspunkte berücksichtigen sollte. Eine jüdische Herleitung von umweltbewusstem Handeln zeige

eine außerordentlich zeitgemäße Anwendung der Traditionen; gleichzeitig werde damit ein verantwortungsvoller Umgang mit der Zukunft sichtbar gemacht.

Die jüdische Umweltbewegung beruft sich gerne auf „Tikkun Olam“, das oft als ihr erster Motivationsgrund gilt und zur „Reparatur“ der Welt aufruft. Tikkun bedeutet „Reparatur“ oder „Verbesserung“, Olam bedeutet auf Hebräisch „die Welt“. Demnach heißt Tikkun Olam, die Welt zu verbessern. Dieser Ausdruck ist inzwischen zu einem Motto geworden, das zu praktischem Handeln aufruft.

Viele Juden verstehen den Kern der Weltverbesserung vor allem in der Einhaltung aller 613 Gebote und Verbote – die Welt wird nicht direkt und unmittelbar verbessert, sondern indirekt und langfristig durch Gebete und ein frommes Leben. Diejenigen aber, die den Begriff wörtlich verstehen, wollen Tikkun Olam als eine direkte Reparatur der Welt interpretieren und implementieren. Ein nachhaltiger Lebensstil bedeutet im Grunde nichts anderes, als die negativen Folgen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu reparieren beziehungsweise schon vorab zu vermeiden, wo dies immer möglich ist. Es gibt auch viele Projekte, die den Namen Tikkun Olam führen; darunter sammeln sich Vorhaben, die sowohl durch einen gesunden Lebensstil wie auch eine ökologische Interpretation des Judentums ihren Beitrag für eine bessere und saubere Welt leisten wollen.

„Jews go green“ ist offen für den interreligiösen Dialog und für gemeinsamen Projekte, so auch mit HIMA e.V. (siehe Seite 16).



Synagoge Berlin

The House of One Berlin



Pfarrer Gregor Hohberg, Rabbiner Tovia Ben Chorin, Imam Kadir Sanci

Drei Religionen in einem Haus vereinen – das ist die Grundidee des „House of One“. Im Berliner Stadtteil Mitte fasziniert die Idee und Planung eines gemeinsamen Gotteshauses nicht nur die Nachbarn, sondern auch international. Das „House of One Berlin“ soll den monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam in Zukunft als Raum für Begegnung und Austausch dienen, ohne ihre eigenen Identitäten zu verschmelzen.

Der Petriplatz, Berlins historisches Zentrum, sowie die darauf befindliche Petrikirche wurden gegen Ende des zweiten Weltkriegs stark beschädigt und mussten anschließend abgetragen werden. In den 1960er Jahren begann die Neubebauung des Viertels durch den Ostberliner Magistrat, der Petriplatz blieb jedoch Brachland und wurde jahrelang als Parkplatz genutzt. Im Zuge des „Planwerks Innenstadt“ nach der Wiedervereinigung beschloss der Berliner Senat 2006 die Wiederherstellung des Petriplatzes als städtischen Erlebnisbereich. Es folgten Bodenuntersuchungen und archäologische Ausgrabungen vor Ort, wo man die gut erhaltenen kreuzförmigen Grundmauern des neugotischen Baus, Gemäuer von vier weiteren Kirchen und Gräber des angrenzenden Friedhofs, der bis 1717 genutzt wurde, freilegen konnte. Im Jahr 2012 gewann das Berliner Architekturbüro „Kuehn Malvezzi“ den ersten Preis im Wettbewerb um die Wiederbebauung eines Teils des Petriplatzes. Auf den Fundamenten der alten Petrikirche soll in Zusammenarbeit mit der evangelischen Gemeinde St. Petri – St. Marien ein interreligiöses Bet- und Lehrhaus errichtet werden. Die Geschichte des Ortes soll unter Zusammenspiel einer heutigen multikulturellen



House of One, Entwurf

und multireligiösen Stadt in zukunftsweisender Form fortgeschrieben werden.

Es soll ein frei zugängliches Gotteshaus entstehen, das die drei Religionen Judentum, Christentum und Islam vereint, gemeinsam konzipiert und betrieben wird und den Besuchern den Diskurs und Dialog untereinander ermöglicht. Das „House of One Berlin“ bringt die interdisziplinäre Lehre der verschiedenen Religionen zur Sprache und thematisiert ihre jeweilige Rolle in der Gesellschaft, insbesondere in Berlin und Deutschland. Jedoch sollen im „House of One“ theologische Unterschiede oder Weltanschauungen nicht überspielt oder vermischt werden, sondern auch in räumlicher Hinsicht abgegrenzt werden. Jede der drei Religionen soll einen eigenen, separaten Gottesdienstraum nutzen können (Bethaus), der sich zum gemeinsamen Aufenthaltsraum öffnet (Lehrhaus); so können die Gläubigen im jeweiligen Bethaus ihre Gottesdienste halten und zugleich im Zentralbereich des Lehrhauses in den Dialog kommen.

Das Projekt „House of One Berlin“ wird über Crowdfunding finanziert, um nicht den einzelnen religiösen Vereinigungen zur Last zu fallen. Da der Bau des Begegnungszentrums aus Backsteinen erfolgen soll, kann symbolisch für einen oder mehrere Backsteine zur Errichtung gespendet werden. Über den Trägerverein „Bet- und Lehrhaus Petriplatz Berlin e.V.“, der zusammen mit einem jüdischen, christlichen und muslimischen Vorstandsmitglied geleitet wird, soll das Projekt Synagoge, Kirche und Moschee unter einem Dach in den nächsten Jahren realisiert werden.

Klimaschutzkonzepte für Kirchen

Die Kirchen in Deutschland können zu den Zielen der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen in Deutschland in den kommenden Jahren massiv zu senken, einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie zum einen ihre eigenen Treibhausgasemissionen reduzieren und zum anderen als Vorbild in und für die Gesellschaft wirken. Dazu ist eine Vielzahl unterschiedlichster Maßnahmen notwendig, die dazu beitragen, insbesondere den kirchlichen Gebäudebestand flächendeckend energetisch zu sanieren. Zahlreiche Landeskirchen und Bistümer nutzen in den vergangenen Jahren das Programm „Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Neben kommunalen Antragstellern sind hier die Kirchen in Deutschland ebenfalls antragsberechtigt.

20

Die Fördermaßnahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative legen unter anderem einen Schwerpunkt auf die Erstellung von sogenannten integrierten Klimaschutzkonzepten. Diese beziehen sich auf die Gesamtheit einer Landeskirche oder eines Bistums und berücksichtigen alle relevanten Bereiche, die einen maßgeblichen Beitrag zu den CO₂-Emissionen leisten. Hierzu zählen etwa die Liegenschaften einer Landeskirche oder eines Bistums, das Mobilitätsverhalten von Ehrenamtlichen und Mitarbeitenden sowie der Einkauf und die Beschaffung von Dienstleistungen und Produkten. Landeskirchen und Bistümer, die das Programm nutzen wollen, können bei der Antragstellung und der Durchführung Beratungsleistungen durch das seit 2008 an der FEST angesiedelte „Projektbüro Klimaschutz“ der EKD in Anspruch nehmen.

Die Klimaschutzkonzepte dienen zum einen dazu, die CO₂-Emissionen für die genannten Bereiche Liegenschaften, Mobilität und Beschaffung zu bestimmen. Dies bildet die Grundlage, um festlegen zu können, wie viel CO₂-Emissionen reduziert werden müssen, damit angestrebte CO₂-Reduktionsziele realisiert werden können. Zweitens wird im Rahmen der Klimaschutzkonzepte ein Maßnahmenbündel vorgelegt, mit dessen Umsetzung die Reduktion der CO₂-Emissionen dann auch erreicht werden kann. Die Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Umstellung auf Ökostrom über die stufenweise Sanierung des Gebäudebestandes und Carsharing von Dienstfahrten bis hin zur Einführung von Job-Tickets und der Erarbeitung von ökologischen, sozial gerechten und fairen Richtlinien für die Beschaffung.

Für neun Landeskirchen und vier Bistümer liegen mittlerweile integrierte Klimaschutzkonzepte vor. In zwei Landeskirchen wird aktuell ein solches Konzept erstellt; eine Landeskirche und ein Bistum wollen voraussichtlich damit bis Ende des Jahres 2015 beginnen. Die Umsetzung der Klimaschutzkonzepte wird durch eine dreijährige anteilige Fi-



Ev. Kirche Bad Salzuflen-Sylbach

nanzierung der Stelle eines sogenannten Klimaschutzmanagers oder -managerin durch das Bundesumweltministerium gefördert. In sieben Landeskirchen und drei Bistümern sind diese geförderten Stellen aktuell eingerichtet.

Durch die Konzepte bieten sich auf zahlreichen Ebenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Kommunen. So ist der regelmäßige Erfahrungsaustausch kirchlicher und kommunaler Klimaschutzmanager/innen – etwa in gemeinsamen Netzwerktreffen – ein idealer Ansatz, um bei dem Thema einen gemeinsamen Einstieg zu finden und die kommunalen Klimaschutzmanager/innen auf Kirchengemeinden aufmerksam zu machen, die im Klimaschutz bereits aktiv sind und damit potenzielle Kooperationspartner vor Ort sind. Auf Gemeindeebene können Kirchengemeinden – wenn sie idealerweise selbst ein Energie- oder Umweltmanagement betreiben – bei den inzwischen oftmals etablierten kommunalen runden Tischen zum Thema Energie und Klimaschutz ihre Erfahrungen und Expertise einbringen. Allerdings ist dies nicht immer leicht zu realisieren, da die Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden zeitlich mit ihren bisherigen Aufgaben meist entsprechend ausgelastet sind. Ein weiteres wichtiges Berührungsfeld liegt in dem Bereich Kindergärten und Kindertagesstätten. Hier bietet sich ein vertiefter Erfahrungsaustausch – etwa zur energieeffizienten Gebäudenutzung und Umweltpädagogik – an. Auch könnte man zukünftig gut gemeinsame Schulungen für Hausmeister durchführen.

Klimafreundliche Veranstaltungen / Kirchentage

Kirchen und Religionsgemeinschaften organisieren immer wieder Veranstaltungen – vom kleinen Gemeindefest bis zu den Kirchentagen der evangelischen und katholischen Kirche, die zehntausende von Teilnehmerinnen und Teilnehmern für mehrere Tage an einem Ort versammeln. Mit dem Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) – einem von der Europäischen Union entwickelten Umweltmanagementsystem – können die Umweltleistungen von Organisationen kontinuierlich verbessert und sichergestellt werden, dass Umweltaspekte systematisch Berücksichtigung finden. EMAS versteht sich dabei als umfassende Umweltprüfung mit dem Ziel, den Verbrauch von Stoffen, Materialien und Ressourcen zu verringern und die Umweltleistungen kontinuierlich zu verbessern (siehe Seite 29).

Aber auch Meetings, Kongresse und Festivals haben aufgrund der großen Zahl an Menschen, die hier zusammenkommen, immer auch Auswirkungen auf die Umwelt. Mit Hilfe von EMAS können bei (Groß-) Veranstaltungen Emissionen eingespart, der anfallende Abfall reduziert, Einweggeschirr vom Gelände verbannt, die Gäste mit fair gehandeltem Kaffee sowie ökologischen und regionalen Gerichten verköstigt und über Dauerkarten eine kostenlose Anreise mit dem Nahverkehr ermöglicht werden. Im Einzelnen werden im Rahmen von EMAS der Energieverbrauch, die CO₂-Emissionen, der Wasserverbrauch, die Abfallsituation, die Beschaffung, das Catering, die Reinigung der Gebäude, die Verkehrsanbindung und Mobilität der Mitarbeiter/innen und Teilnehmer/innen von Veranstaltungen, die Lärmbelästigung sowie die Information der Öffentlichkeit untersucht und durch einen externen Gutachter überprüft.

Das Beispiel des Deutschen Evangelischen Kirchentages zeigt, dass EMAS nicht nur bei Organisationen, sondern auch bei Veranstaltungen erfolgreich eingeführt werden kann. Bei der Planung und der Durchführung derartiger Großveranstaltungen kann EMAS somit auf sinnvolle Weise modifiziert und angewendet werden. Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat im Jahr 2002 mit der Einführung eines Umweltcontrolling-Systems begonnen und dieses seitdem kontinuierlich ausgebaut. Im Jahr 2007 konnte so der Kirchentag in Köln erstmals nach EMAS validiert werden; ihm folgten die Kirchentage 2009 in Bremen, 2011 in Dresden, 2013 in Hamburg und 2015 in Stuttgart.

Nicht nur bei Großveranstaltungen, sondern auch bei Veranstaltungen und Festen in Kirchengemeinden und Kirchenkreisen ist es wichtig und sinnvoll, sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung auf den Umwelt- und Klimaschutz zu achten. Ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem ist hier nicht zwingend notwendig. Damit eine Veranstaltung klima- und umweltfreundlich durchgeführt wird, sollte auf einige wichtige Aspekte geachtet werden. Die Handlungsfelder reichen auch hier von der Einladung über die An- und Abreise der Teilnehmer bis hin zu Verpflegung und zum Management der Gebäude beziehungsweise der Freiflächen, in beziehungsweise auf denen die Veranstaltung stattfindet. Was beim Kirchentag im großen Maßstab funktioniert – eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Handel vor Ort – kann im Kleinen durchaus ebenfalls erfolgreich sein: Kirchengemeinden sollten bei ihren Veranstaltungen immer auch auf die regionalen Angebote vor Ort zurückgreifen. Die Möglichkeiten und das Angebot sind hierbei vielfältig und reichen von der Nutzung umweltfreundlicher Geschirrmobile der Kommunen, dem Einkauf von fair gehandeltem Kaffee und Tee im örtlichen Weltladen bis hin zum Bezug regionaler Biolebensmittel.



Klima-Kollekte

Es bleiben stets Treibhausgasemissionen, die unvermeidbar sind – auch nach Umsetzung umfangreicher Maßnahmen aus Klimaschutzkonzepten und auch bei durchdachten klimafreundlichen Projekten, wie dem auf den vorausgehenden Seiten beschriebenen Evangelischen Kirchentag und dem Katholikentag, die als Paradebeispiele für umweltbewusste kirchliche Großveranstaltungen gelten können. Dass sich die christlichen Kirchen auf eine starke Reduktion der CO₂-Emissionen geeinigt haben, ist ein wesentlicher Schritt. Dennoch braucht es mehr, um die dramatischen Auswirkungen des Klimawandels für uns und insbesondere nachfolgende Generationen und arme Völker in Regionen des globalen Südens, die stärker vom Klimawandel betroffen sind und weniger Möglichkeiten zu Adaption haben, abzuschwächen.

Aus diesem Anlass hat sich im Jahr 2011 die ökumenische gemeinnützige GmbH „Klima-Kollekte“ gegründet. Dies ist ein kirchlicher Kompensationsfonds, der den Ausgleich nicht vermeidbarer Emissionen über Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern anbietet.

Energieeffiziente Kochherde, kleine Biogasanlagen oder Solarmodule ermöglichen, die Situation der Bevölkerung in den Projektdörfern zu verbessern und gleichzeitig über Emissionseinsparung CO₂-Zertifikate zu generieren, da nun im Vergleich zur vorher angewendeten Technik energieeffizienter gekocht oder erneuerbare Energie erzeugt wird. Diese Zertifikate dienen dem Ausgleich von Emissionen, die hier nicht vermieden wurden oder werden konnten: zum Beispiel der Wärmeenergie eines (Tagungs-)Hauses oder eines Büros, den mobilitätsbedingten Emissionen eines Landeskirchenamtes oder der kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den Emissionen, die durch den Papierverbrauch oder Druck einer Broschüre entstehen.



Energieeffizienter Kochherd



„CO₂-Waage“, Klima-Kollekte

Die Projekte, die alle über erneuerbare Energien oder Energieeffizienz Treibhausgase einsparen, haben ausnahmslos weitere soziale und ökologische Vorteile. Nutzerinnen und Nutzer der kleinen Biogasanlagen oder der neuen Kochherde in Indien und Nicaragua müssen weniger Holz schlagen oder sammeln, bei der Nutzung der Herde entsteht weniger gesundheitsschädlicher Rauch und die Menschen in Indien erhalten mit ihren eigenen Solarpaneelen Zugang zur Stromversorgung, müssen keine Kerosinlampen mehr nutzen und haben abends mit den LED-Lampen Beleuchtung.

Am Kompensationsangebot der Klima-Kollekte beteiligen sich momentan zum Beispiel größere kirchliche Einrichtungen, Kirchengemeinden, Eine-Welt-Netzwerke, kleinere Betriebe oder Bürogemeinschaften und Privatpersonen. Die Möglichkeit für Kommunen, ihre unvermeidbaren Emissionen über die Klimaschutzprojekte der Klima-Kollekte zu kompensieren, ist ebenso möglich. Auch hier bietet die Klima-Kollekte Beratung und Unterstützung bei der Berechnung der Emissionen an.

Darüber hinaus lässt sich das Engagement für das Klima über öffentlichkeitswirksame Maßnahmen kommunizieren. Die Klima-Kollekte bietet Informationsmaterialien zu ihrer Arbeit, zu den Projekten, zum Kompensationsmechanismus sowie zur Vermeidung und der Reduktion von Treibhausgasen. Eine interaktive Ausstellung und eine anschauliche „CO₂-Waage“ lassen sich kostenfrei über die Geschäftsstelle ausleihen; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Klima-Kollekte kommen auch mit Vorträgen oder Workshops in Kommunen, in Schulen, in Entscheidungsgremien oder zu anderen Anlässen vor Ort.

Die Klima-Kollekte ist kein Allheilmittel für die Klimaerwärmung insgesamt. Aber sie fördert das Bewusstsein der Menschen für ihre Verstrickung in dieses globale Problem und sie macht sichtbar, dass auch mit vielen kleinen Beträgen sehr sinnvolle Projekte zum Klimaschutz geleistet werden können.

Klimapartnerschaften der SKEW und Kirchen

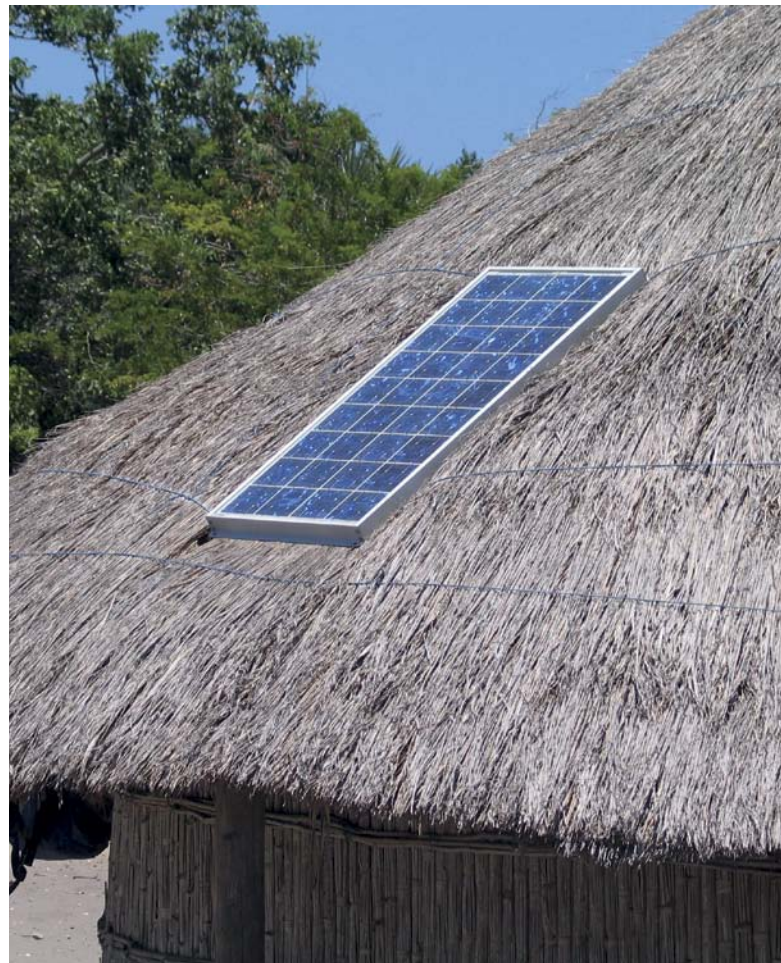
Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) versteht sich als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Die SKEW steht seit 2001 den Kommunen als Service- und Beratungseinrichtung zur Verfügung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert.

Mit dem Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ sollen Kommunen durch gemeinsame Handlungsprogramme im Bereich Klimaschutz miteinander vernetzt werden. Im Mittelpunkt steht die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden an der jeweiligen Partnerschaft beteiligten Kommunen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung. Im Herbst 2015 bestand das Projekt aus 43 kommunalen Klimapartnerschaften. Schon in einer Vorstudie zum Projekt wurde nach einer Analyse der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit und bestehender Partnerschaften von Kirchen in Deutschland mit Partnern in Ländern des Südens festgestellt, dass das „Potenzial in der Zusammenarbeit mit Kirchen als Akteur für den Aufbau von Klimapartnerschaften Nord-Süd/Ost enorm“ sei. Ob sich dieses Potenzial im Laufe des Gesamtprojekts gut nutzen ließ, kann abschließend noch nicht beurteilt werden.

In Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zeigen Kirchen und kirchliche Einrichtungen jedoch immer wieder, dass Kooperationen auch im Bereich des Zusammenspiels zwischen lokalem und globalem Klimaschutz möglich sind. Wiederum als ein Beispiel unter vielen soll die Partnerschaft zwischen Ladenburg im Rhein-Neckar-Kreis und Garango in Burkina Faso genannt werden, die seit 1983 besteht und nach wie vor mit zahlreichen Projekten auch mit Beteiligung kirchlicher Gruppen sehr aktiv ist. Über die lokalen Grenzen hinaus bekannt geworden war schon um das Jahr 2000 das Projekt „Sonnenlicht für Garango“, bei dem Solarlampen in Bausätzen von Deutschland aus eingeführt und vor Ort zusammengebaut wurden; von der Partnerorganisation vor Ort – Association pour la Promotion de l'Exploitation de l'Énergie Solaire (APEES) – wurden dafür junge Leute ausgebildet; das System selbst lief auf Miet- beziehungsweise Ratenbasis und schloss Service und eine Rücknahmegarantie mit ein.

Im Jahr 2015 unterstützt die Partnerschaft schwerpunktmäßig Projekte in Garango, die sich auf die Verbesserung der Schulbildung und der Wasserversorgung konzentrieren, und auf die Förderung von Fraueninitiativen im Gartenbau. Finanziert werden die Projekte zum Teil durch eine ökumenische Initiative in Böhl-Iggelheim, einem Ort in der Nähe von Ladenburg. Die Partnerschaft Ladenburg – Garango stützt sich zum Teil auch auf lokale Partnervereine, wie etwa „Christen für Afrika e.V.“ in Birkenau. So können Netzwerke entstehen, die solche kommunalen Partnerschaften auch über Jahrzehnte tragfähig machen.

Einen interessanten Weg gehen auch die Bistümer Trier und Hildesheim, die ein Netz „Klimapartnerschaft“ mit den katholischen Diözesen in Bolivien aufgebaut haben. Hier werden Initiativen für die Bewahrung der Schöpfung mit der Zusammenarbeit in der Partnerschaft mit Bolivien verbunden. Umwelt- und Schöpfungsinitiativen in den deutschen und bolivianischen Bistümern sind eingeladen, konkrete Projekte zum Klimaschutz zu starten, sich gegenseitig über ihre Vorhaben zu informieren und so ein Netz der Kooperation zu bilden. Bislang haben sich 19 bolivianische und 10 deutsche kirchliche Projekte im Netz „Klimapartnerschaft“ gemeldet.



Internationale Partnerschaften: Das Beispiel Aschaffenburg – Villavicencio

Zwischen Aschaffenburg und der kolumbianischen Stadt Villavicencio besteht eine Partnerschaft unter dem Namen „Städtesolidarität“, die vom Nord-Süd-Forum der Stadt Aschaffenburg initiiert wurde. Maßgeblichen Anteil am Aufbau der Städtesolidarität hatte auch der inzwischen verstorbene Pfarrer Josef Otter aus Mainaschaff.

Die Zusammenarbeit wurde im Jahr 1991 begründet; sie kann als „Städtesolidarität Aschaffenburg – Villavicencio“ auf eine reiches Programm zurückblicken. Das bei den Aschaffenburgern bekannteste Ergebnis dieser Beziehung ist der 1994 entstandene und weit über die Stadtgrenzen Aschaffenburgs hinaus bekannte Partner-Kaffee und der Partner-Espresso. Ein Solidaritätsbeitrag von mehr als einem Euro pro Kilogramm geht zur Unterstützung von Projekten für Straßenkinder nach Villavicencio. Der Absatz des Partnerkaffees ist seitdem kontinuierlich gestiegen. Bei einer Umfrage im Jahre 2002 kannten fast 40 Prozent der Befragten in Aschaffenburg die Städtesolidarität Villavicencio.

Pfarrer Otter hat zur Förderung der Städtesolidarität eine Stiftung gegründet, die unter dem Namen „Camino de la Esperanza – Weg der Hoffnung“ weiter besteht und sich als konkrete Praxis des Engagements von Christinnen und Christen versteht, „miteinander unterwegs in unserer Einen Welt, zur Bildung und Entwicklung der Ärmsten und Hilflosen“. Die Stiftung fördert gezielt über eine kolumbianische Part-

nerstiftung die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Armutsvierteln von Villavicencio.

Das Engagement der Stadt Aschaffenburg, die die Städtesolidarität jedes Jahr finanziell unterstützt, des Nord-Süd-Forums sowie der Kirche mit ihren Stiftungen ermöglicht einen regen Austausch zwischen beiden Städten, außerdem Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung in Aschaffenburg für die Probleme der Länder des Südens. So wurde 2011 eine neue Aschaffenburg Ausstellung zur Menschenrechtssituation in Villavicencio eröffnet und über einen Stand des Partnerkaffees am Weihnachtsmarkt auch über die dortigen Verhältnisse informiert. Die Stiftung gibt regelmäßig Rundbriefe heraus, in denen sie über ihre Projektarbeit informiert. Sie organisiert auch Projekte, durch die für die Stiftungsarbeit Geld gesammelt werden kann, so etwa im September 2015 einen „Hoffnungsmarsch“ in Mainaschaff, bei dem die gelaufenen Kilometer in finanzielle Beiträge für ein Projekt für behinderte Kinder in Villavicencio „umgesetzt“ werden.

Die Städtesolidarität Aschaffenburg – Villavicencio ist ein Beispiel – wiederum unter vielen –, bei dem eine mittlerweile jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen der Kommune, der Kirche und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen dauerhaft fruchtbar geworden ist.



Fair Trade Towns



Ende September 2015 gab es 362 Fair Trade Towns in Deutschland – von Aachen bis Zirndorf, von Saarbrücken – der Stadt, die am 24.2.2009 als erste ausgezeichnet wurde – bis Markt Wiesentheid, das am 27. September 2015 in den Kreis der Städte hinzugenommen wurde. In Fair Trade Towns wird der faire Handel auf kommunaler Ebene gezielt gefördert, wofür sich unterschiedliche Akteure aus der Kommunalverwaltung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft vernetzen. Fair Trade, unter dieser Bezeichnung soll ein Miteinander von gerechten Produktionsbedingungen sowie sozialen und umweltschonenden Herstellungs- und Handelsstrukturen verstanden werden. Die Produzentinnen und Produzenten der global gehandelten und in der Regel in Ländern des Südens erzeugten Produkte sollen so entlohnt werden, dass sie und die von ihnen ökonomisch abhängigen Personen ein menschenwürdiges Leben führen können. Die Herstellung beziehungsweise der Anbau von Produkten sollen weder die Umwelt noch die sozialen Beziehungen schädigen. Damit dies möglich ist, müssen die Produkte in den Importländern im Norden Preise erzielen, die häufig über dem Konkurrenzpreis auf den Weltmärkten liegen – die zu bezahlen Verbraucherinnen und Verbraucher bereit sein müssen.

Um Fair Trade Town zu werden, müssen fünf Kriterien erfüllt werden. (1) Die Kommune muss einen Ratsbeschluss zur Unterstützung des fairen Handels verabschieden. Bei allen öffentlichen Sitzungen sowie im Büro des Ober-/Bürgermeisters soll fair gehandelter Kaffee ausgeschenkt und auf ein weiteres Fair-Trade-Produkt umgestellt werden. (2) Eine lokale Steuerungsgruppe muss gebildet werden, die die Vernetzung der Akteure vor Ort gewährleistet. Die Kommunalverwaltung soll mitwirken und der Handel oder die Gas-

tronomie sowie Vertreter oder Vertreterinnen eines Eine-Welt-Ladens; ausdrücklich erwünscht ist die Mitarbeit von Schulen, Vereinen oder Kirchen. (3) Der Einzelhandel, Gastronomie und andere Akteure müssen Fair-Trade-Produkte in ihr Angebot aufnehmen. Wie viele Betriebe das sein müssen, hängt von der Einwohnerzahl ab. Bei 100.000 Einwohnern sind das zum Beispiel 20 Geschäfte des Einzelhandels, zehn Gastronomiebetriebe und fünf weitere Einrichtungen – in dieser Kategorie sind wiederum Kirchen explizit angesprochen. (4) Jeweils eine Schule, ein Verein und eine Kirchengemeinde müssen sich an Fair Trade beteiligen; bei über 200.000 Einwohnern verdoppelt sich die Zahl. Und schließlich (5) sollen die Medien kontinuierlich über Fair Trade berichten.

Die Kriterien – dies ist auch immer wieder eine Kritik an der Vergabe der Fair-Trade-Town-Auszeichnung – sind in der Regel nicht allzu problematisch zu erfüllen. Aber die Erfahrung zeigt, dass ein solch „niederschwelliger“ Einstieg in vielen Fällen dann zu einer kontinuierlichen Steigerung der Verbreitung von Fair Trade in der entsprechenden Kommune führt.

Kirchen waren mit Eine-Welt-Verkaufsstellen in den letzten 25 Jahren häufig Vorreiter in Fair-Trade-Bewegungen (siehe nächste Seite). Darauf ist zurückzuführen, dass Kirchen hier explizit als Kooperationspartner erwähnt werden und ihre Beteiligung eingefordert wird, eine Vernetzung zwischen Kirchen und Kommunen hier sozusagen zur Vergabebedingung der Auszeichnung gemacht wird. 362 Fair-Trade-Kommunen: Das ist ein beachtlicher Erfolg. Aber in Deutschland gibt es über 14.000 selbständige Kommunen.

Faire Gemeinden

Der Gedanke der „Fairness“ hat sich auch in einem Programm niedergeschlagen, das sich Kirchengemeinden zu eigen machen können. Hier wäre es ohne Weiteres möglich, Kooperationen mit anderen Religionsgemeinschaften einzugehen und dieses Konzept gemeinsam in praktisches Handeln zu überführen.

Gemeinden, die sich erfolgreich um die Auszeichnung „faire Gemeinde“ bemühen, werden mit einer Plakette ausgezeichnet, die sie an der Kirche oder im Gemeindehaus anbringen können und die zwei Jahre gültig ist. Will die Kirchengemeinde dann die Plakette erneut haben, muss sie weitere Kriterien aus der Liste erfüllen.

In der Regel geht der Weg zur Verleihung der Auszeichnung in evangelischen Kirchen über folgende Stufen: Zuerst sollte sich der Kirchengemeinderat über die Initiative „faire Gemeinde“ informieren, danach muss eine Beschlussfassung im Kirchengemeinderat erfolgen, dass sich die Gemeinde an der Initiative beteiligt. Um ausgezeichnet zu werden, muss die Gemeinde auch bei Veranstaltungen auf Fair-Trade-Kaffee umgestellt haben und mindestens noch ein weiteres Produkt aus fairem Handel anbieten. Außerdem muss sie drei weitere Kriterien des folgenden Kataloges erfüllen:

- Bei Anlässen wie Geburtstagen, Verabschiedungen, Dank an Referenten werden Produkte aus fairem Handel, Geschenke aus regionaler Produktion oder aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder seelischer Beeinträchtigung überreicht.
- Die Kirchengemeinde richtet eine Verkaufsstelle für Fair-Trade-Produkte ein.
- Als Blumenschmuck werden Blumen regionaler Herkunft oder aus fairem Handel verwendet.
- Für den kircheneigenen Kindergarten oder andere Angebote für Kinder wird Spielzeug aus deutscher Produktion mit dem



„spiel gut-Zeichen“, Spielzeug aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder seelischer Beeinträchtigung oder Spielzeug aus fairem Handel angeschafft.

- Bei Veranstaltungen und Festen wird ausschließlich Mehrweggeschirr und keine Einwegflaschen oder Dosen verwendet.
- Die Kirchengemeinde verwendet ausschließlich Recyclingpapier und
- bezieht Ökostrom, der zu 100 % aus regenerativen Energien erzeugt wird.
- Die Kirchengemeinde führt ein Energiemanagement oder den Grünen Hahn/Grünen Gockel ein (siehe Seite 29).

Zwischen dem Beschluss des Kirchengemeinderats und der Umsetzung können mehrere Monate liegen; es sollte aber nicht länger als zwei Jahre dauern, bis diese Kriterien erfüllt sind. Die Auszeichnung erfolgt – nach Dokumentation der Erfüllung der ausgewählten Kriterien



– durch Gremien der jeweiligen Kirchenleitung.

Auch in den katholischen Diözesen gibt es dieses Projekt – hier werden die genannten Kriterien durch so genannte Verbesserungsprojekte ersetzt, von denen zwei aus den folgenden Wahlbereichen – Lebensmittel, Materialbeschaffung, Energie und Mobilität, Finanzen – realisiert

werden müssen. Diese Verbesserungsprojekte werden auf der Homepage des Projekts erläutert.

Ausgezeichnet wurden bereits zum Beispiel der Pastoralverbund Wenden, die Abtei Königsmünster in Meschede sowie die Evangelischen Kirchengemeinden in Mössingen und Bad Mergentheim.

Zukunft einkaufen

100 % recyceltes Papier, sparsame Beleuchtungssysteme, Heizen mit nachwachsenden Rohstoffen, umwelt- und gesundheitsschonende Reinigungsmittel, Säfte aus regionalem und ökologischem Anbau, Schokolade, Kaffee und Tee aus dem fairen Handel: Im konkreten Alltag kann durch viele kleine Entscheidungen eine weitreichende Umstellung der ökonomischen Praxis bewirkt werden. Das ökumenische Projekt „Zukunft einkaufen“ hat sich seit seinem Beginn im Jahre 2008 als Initiative des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen zu einem etablierten Standard im Bereich der ökofairen Beschaffung der Kirchen entwickelt. Das Projekt wurde bis Mitte 2013 von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Als Beratungs- und Netzwerkstelle unterstützt „Zukunft einkaufen“ bundesweit alle kirchlichen Organisationen und Einrichtungen von Diakonie und Caritas, ihren Einkauf auf nachhaltige Produkte und Dienstleistungen umzustellen.

In Beratungen, Fachtagungen, Workshops und Netzwerkarbeit hat „Zukunft einkaufen“ in den letzten Jahren mit Verantwortlichen und Mitarbeitenden an beschaffungsrelevanten Fragestellungen gearbeitet. Dazu gehören unter anderem die Bereiche Büroverbrauchsmaterialien, umweltschonende Reinigung, Grüne IT, Großküchen und Verpflegung, Hygiene- und Pflegeprodukte, Holzprodukte, Natursteine, Mobilität, Energie, Beleuchtung und Kerzen sowie generell Verbrauchsreduzierung und Recycling sowie Fair Trade.

Die übergeordnete Zielsetzung von „Zukunft einkaufen“ besteht darin, die Marktmacht der Kirchen in Deutschland bewusst zu machen und für Veränderungen zu nutzen. Kirchen und kirchliche Einrichtungen sind zusammen der zweitgrößte Beschaffer, nach der öffentlichen Hand. Hier liegt ein enormes Potenzial, um die Entwicklung nachhaltiger Produkte einzufordern und ökofaire Beschaffungsverfahren in Kirchen zu standardisieren.

Die Grundlage von „Zukunft einkaufen“ ist daher der Versuch, ein systematisches Beschaffungsmanagement zu etablieren, welches die Umsetzung des Programms in den gemeindlichen oder betrieblichen Alltag begleitet. Checklisten und Leitfäden stehen zur Verfügung, um die Einführung eines nachhaltigen Beschaffungsmanagements zu erleichtern. Die Systematik wurde aus dem Zertifizierungsverfahren des Umweltmanagements EMAS – siehe Seite 29 – entwickelt und für kirchliche



Anwender nutzbar gemacht. Dieses Beschaffungsmanagement enthält fünf Stufen, die von der Bestandsaufnahme über die Beschaffungsordnung und Maßnahmenplanung bis hin zur Zertifizierung alle klassischen Schritte eines Managementsystems enthalten. „Zukunft einkaufen“ bietet als einzige Stelle in Deutschland dieses Zertifizierungsverfahren für ökologische und faire Beschaffung an. Gemeinden, Kirchenkreise und kirchliche Einrichtungen erhalten das Siegel nach Prüfung der Unterlagen.

Seit einigen Jahren sind kirchliche und öffentliche Beschaffung zu einem dynamischen Feld geworden. Zunehmend vernetzen sich die Akteure, und in vielen Landeskirchen werden Maßnahmen zur ökofairen Beschaffung in die Klimaschutzkonzepte aufgenommen und entsprechende Personalstellen eingerichtet. Für „Zukunft einkaufen“ ist diese Vernetzung zu einer wichtigen Aufgabenstellung geworden: Derzeit wird gemeinsam an ökofairen Einkaufsgesellschaften gearbeitet oder auch eine bundesweite Datenbank für kirchliche Beschaffungsaktivitäten eingerichtet.

Verbindungen könnten hier zum so genannten „Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk“ gezogen werden, das als Informationsnetzwerk der öffentlichen Verwaltung konzipiert ist. Hier sind derzeit über 13.000 Nutzerinnen und Nutzer aus 6.000 öffentlichen Stellen registriert. Eine intensivere Vernetzung mit Kirchen und Religionsgemeinschaften könnte hier weitere Synergieeffekte erzeugen.

Verpachtung von Flächen in kirchlichem Besitz

Die großen christlichen Kirchen besitzen in Deutschland – regional in sehr unterschiedlichem Ausmaß – landwirtschaftliche Flächen und Wald. Es bieten sich viele Möglichkeiten einer nachhaltigen Gestaltung der Praxis und der Kooperation, denn Kirchengemeinden als Landbesitzer können hier einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten: Als Landbesitzer haben sie – wenn auch begrenzte – Möglichkeiten, die Art des Anbaus auf ihren Flächen zu steuern, und sie können hier in Kooperation mit anderen Landbesitzern und auch Pächtern treten, um ihren Vorstellungen zu einer höheren Verbreitung zu verhelfen:

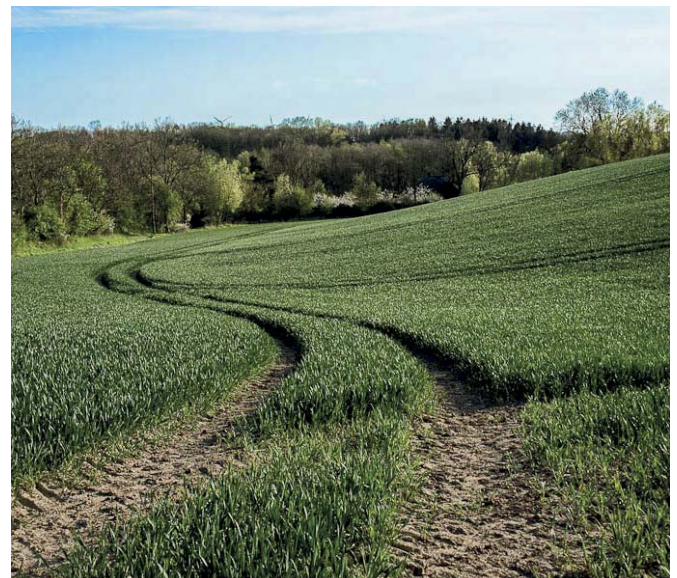
- In Bezug auf den Anbau von Mais zur Energiegewinnung als (Ko-) Substrat in Biogasanlagen ist besonders der Anbau in Monokulturen ein Problem. Hier können Kirchengemeinden mit einer Pacht- auflage, die eine mehrgliedrige, ortsübliche Fruchtfolge vorsieht, auf diese Situation reagieren.
- Lokal kann es in Regionen und Kommunen zu erheblichen Auseinandersetzungen um den Bau oder Betrieb einer Biogasanlage kommen. Kirchengemeinden können dann eine moderierende Rolle einnehmen oder Räume zur Verfügung stellen, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Konflikte austragen können.
- In vielen Gegenden ist starke Düngung durch Mineral- und Wirtschaftsdünger eine Gefahr für das Grundwasser, Oberflächengewässer, Wiesen und Wälder. Stickstoffüberschüsse werden über die Luft und über das Grundwasser in Biotope getragen, die durch die hohe Nährstoffzufuhr bedroht werden, Trinkwasser wird durch überhöhte Nitratbelastung gesundheitsschädlich. Die Umwandlung von Grünland in Ackerland ist eine weitere Gefahr für die Artenvielfalt. Auf Moorböden ist diese auch für den Klimaschutz kontraproduktiv. Kirchengemeinden können diese Probleme mit den Pächtern besprechen und Umbruch von Dauergrünland ausschließen.
- Unter Umständen kann eine Kirchengemeinde Pächter bevorzugen, die eine extensivere Landnutzung anstreben und Beiträge für die Biodiversität auf der Fläche leisten wollen. Hier ist allerdings ein möglicherweise niedrigerer Pachtpreis in Kauf zu nehmen.
- Gentechnisch veränderte Sorten sind eine Gefahr für die biologische Vielfalt. Kirchengemeinden sollten darum auch weiterhin ein Anbauverbot auf ihren Flächen ernst nehmen und die Pachtverträge entsprechend gestalten.

Auch als Waldbesitzer kommt den Kirchen eine große Verantwortung zu. Die Reduktion des Kirchenwaldes allein auf die wirtschaftliche Nutzung würde viel zu kurz greifen. Die Erhaltung und Entwicklung des Kirchenwaldes mit seinen vielfältigen sozialen und ökologischen Funktionen ist praktiziertes Bekenntnis der Kirchen zur Bewahrung der Schöpfung. Wälder sind durch geschichtliche, wirtschaftliche und ökologische Rahmenbedingungen geprägt. Eine an der Bewahrung der Schöpfung orientierte, naturnahe Bewirtschaftung muss deshalb auf

die jeweiligen Voraussetzungen abgestimmt sein, ohne allgemein gültige Kriterien zu vernachlässigen. Die biologische Vielfalt und Eigenart des Lebensraums Wald kann durch gezielte Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes bewahrt werden. Gerade wirtschaftlich weniger interessante, schwer bewirtschaftbare Standorte sind für die natürlichen Lebensgemeinschaften häufig sehr wertvoll. Schon mit einem Nutzungsverzicht auf fünf Prozent der Waldfläche wird ein wirkungsvoller Beitrag zur Bewahrung der Lebensgemeinschaften naturbelassener Wälder geleistet.

Kirchenwald lebt immer als Ausschnitt größerer Bestände. Damit entsteht eine über die Grenzen kirchlichen Waldbesitzes hinausgehende Verantwortung. Die unmittelbaren kirchlichen Eigentümer können diese Verantwortung aufgreifen und als Träger öffentlicher Belange aus kirchlicher Sicht Stellung zu möglichen ökologischen Folgen von Planungen und Maßnahmen nehmen. Sie können die Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung damit auch in Kooperationen mit anderen Waldbesitzern einbringen.

Kirchenmitglieder sind noch immer kaum über kirchlichen Waldbesitz informiert. Waldbesitz bietet für Kirchen die Chance, als Eigentümer über Nutzen und Probleme dieses wichtigen Lebensraumes zu informieren. Kirchenwald lädt zum Erleben der natürlichen Vielfalt ein. Durch Bildung und Information können Kirchen auch in ihrem Wald sichtbare Zeichen zur Bewahrung der Schöpfung setzen und diese weitervermitteln (siehe auch S. 53/54).



Netzwerk Kirchliches Umweltmanagement

Über 50 evangelische Landeskirchen, katholische Diözesen, Freikirchen sowie einzelne kirchliche Einrichtungen und Kirchengemeinden haben sich zum ökumenischen Netzwerk „Kirchliches Umweltmanagement“ (KirUm) zusammengeschlossen. Sind Landeskirchen oder Diözesen Mitglied, so sind alle ihre Kirchengemeinden automatisch in die Mitgliedschaft einbezogen. KirUm stellt seinen Mitgliedern aktuelle Informationen zum Umweltmanagement zur Verfügung und organisiert jährliche Netzwerktreffen, aber ermöglicht auch darüber hinaus den Austausch unter den Mitgliedern.

Deutlich über 700 Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen sind mittlerweile nach einem Umweltmanagementsystem validiert. Zahlenmäßig sind die Kirchen damit einer der größten Akteure in der Bundesrepublik Deutschland. Auch für die Kirchen ist dabei EMAS – das Europäische Eco Management and Audit Scheme – die eigentliche Grundlage. Auf dieser Basis wurde von kirchlichen Akteuren ein eigenes System entwickelt: Der so genannte „Grüne Hahn“ – oder in Süddeutschland der „Grüne Gockel“ – ist inhaltlich EMAS gleichgestellt, kommt aber mit weniger administrativem Aufwand aus. Außerdem können Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen nach einem detaillierten Leitfaden, dem „Grünen Buch“, vorgehen und werden bei der Einführung des Umweltmanagementsystems kontinuierlich von ehrenamtlichen kirchlichen Umweltauditoren und -auditorinnen beraten und begleitet. Die Validierung der Kirchengemeinden kann dann entweder durch staatlich geprüfte Gutachter oder durch kirchliche Umweltrevisoren und -revisorinnen erfolgen. Erfolgt die Validierung durch staatlich geprüfte Gutachter, kann in der Regel auch das EMAS-Zertifikat verliehen werden. Wird die Validierung durch kirchliche Umweltrevisoren durchgeführt, kommt die Einführung des Systems finanziell deutlich billiger.

Wer sich auf den Weg zur Einführung eines validierten Umweltmanagementsystems begibt, muss eine Reihe von Schritten bewältigen, die vor und dann auch nach der Validierung kontinuierlich durchgeführt werden müssen.

- Das Ganze beginnt mit einer Umweltprüfung, in der eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes erfolgt: unter anderem Gebäude, Energie- und Wasserverbrauch, Außenanlagen, Beschaffung, Mobilität und anderes mehr.
- Die Gemeinde oder kirchliche Einrichtung muss sich dann ein umweltbezogenes Leitbild geben, die so genannte Umweltpolitik, die übergeordnete Ziele und Handlungsgrundsätze zum Ausdruck bringt.
- Im Umweltprogramm werden dann mit Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konkrete Maßnahmen beschrieben, die in einem bestimmten Zeitraum zur Verbesserung der Umweltwirkung der Gemeinde oder kirchlichen Einrichtung durchgeführt werden sollen.



Baumpflanzaktion als Teil eines Umweltprogramms

- Das Umweltmanagementsystem selbst besteht in der Erarbeitung eines Handbuchs und der Festlegung konkreter Zuständigkeiten und von Mitwirkungsrechten. Festgelegt wird auch, auf welche Weise die Überprüfung der Ziele durchgeführt werden soll. Ein internes Audit überprüft das System.
- Schließlich wird eine Umwelterklärung erarbeitet, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Öffentlichkeit über die Umweltprüfung, die Zielsetzungen und das Programm informiert werden.
- Den Abschluss bildet die Validierung durch einen externen Gutachter. Ist sie erfolgreich, kann die Gemeinde für einen bestimmten Zeitraum das EMAS- oder Grüne-Hahn/Grüner-Gockel-Siegel führen; für eine Re-Validierung muss dieser Turnus wiederholt werden.

Die Einführung eines Umweltmanagementsystems bietet auch Gemeinden sehr viele Vorteile. Die umfassende Umweltprüfung zu Beginn liefert eine systematische Bestandsaufnahme von Stärken und Schwächen; in die Prüfung sind zum Beispiel die Sicherheitsstandards mit einbezogen. Das Umweltprogramm zeigt einen Gesamtplan auf, der Schritt für Schritt abgearbeitet werden kann; häufig werden dabei finanzielle Einsparpotenziale aufgezeigt. Das Umweltmanagementsystem schließlich liefert die strukturellen Voraussetzungen für Dauerhaftigkeit, da Verantwortlichkeiten verbindlich festgelegt und die Arbeitsschritte so dokumentiert werden, dass das System auch nach dem Ausscheiden von haupt- oder ehrenamtlichen Mitarbeitern weiterbestehen kann.

Einige Landeskirchen und Diözesen sind dabei, langfristig Programme zu verwirklichen, in deren Verlauf kontinuierlich immer mehr Gemeinden Umweltmanagementsysteme aufbauen.

Umweltmanagement im Konvoi

Bei der Einführung von Umweltmanagementsystemen bieten sich viele Möglichkeiten einer Kooperation über die Grenzen der eigenen Kirche oder Diözese hinaus: Warum sollte es nicht möglich sein, Netzwerke mit Gemeinden anderer Religionsgemeinschaften oder kommunaler Einrichtungen zu schaffen, um die Schritte zur Einführung eines Umweltmanagementsystems nicht parallel zu gehen und sich dabei auszutauschen?

Konvois dieser Art fördert explizit das Land Baden-Württemberg. Es unterstützt in Projektgruppen organisierte kleine und mittlere Unternehmen, Vereine, Kommunen, Schulen, Hochschulen, Universitäten, Kirchengemeinden, kirchliche Einrichtungen und sonstige Organisationen bei der Einführung von Umweltmanagementsystemen nach der EG Öko-Audit-Verordnung (EMAS) oder nach der international eingeführten DIN EN ISO 14.001. Kirchen und kirchliche Einrichtung werden auch für die Einführung und Validierung eines anerkannten kirchlichen Umweltmanagementsystems – eben dem Grünen Hahn/Grünen Gockel – gefördert.

Die an einem Konvoi Teilnehmenden werden von einem oder einer fachkundigen Berater oder Beraterin im Rahmen von Ortsbegehungen und Workshops bei der Erarbeitung der Grundlagen für ein qualifiziertes Umweltmanagement unterstützt und auf die Durchführung des externen Audits vorbereitet. Das Förderprogramm schließt an das Programm ECOfit an, das als Einstiegsprogramm die Grundlagen zur Organisation des Umweltschutzes und zur freiwilligen Verbesserung der Umweltleistungen in Unternehmen und Organisationen schafft.

Projektträger und damit antragsberechtigt beim Land Baden-Württemberg sind Organisationen der Wirtschaft wie Kammern, Verbände, Innungen sowie öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Kommunen, Kirchen oder Unternehmen und Vereine, deren Gesellschafter ausschließlich aus öffentlich-rechtlichen Körperschaften stammen. „Normale“ Unternehmen sind von der Projektträgerschaft ausgeschlossen.

Begünstigte der Förderung sind an einem Konvoi teilnehmende

- kleine und mittlere Unternehmen gemäß [KMU-Definition](#) der EU,
- Verbände, Vereine, Kammern, Innungen,
- Kommunen und deren kommunalen Einrichtungen, Eigen- und Wirtschaftsbetriebe,
- Schulen, Hochschulen und Universitäten, Bildungseinrichtungen, Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen und
- sonstige Organisationen
- mit Standort in Baden-Württemberg.

Die Förderung erfolgt ausschließlich im Rahmen sogenannter Konvois aus mindestens fünf bis maximal zehn Teilnehmern; diese müssen eine EMAS-Validierung, eine Zertifizierung nach DIN EN ISO 14.001 oder die Einführung eines anerkannten kirchlichen Umweltmanagementsystems erfolgreich abschließen. Die Förderung erfolgt in Form eines Zuschusses, der pro Projektteilnehmer maximal 80 Prozent der Beratungsleistungen beträgt, jedoch maximal je nach eingeführtem Umweltmanagementsystem

- EMAS: 5.000 EUR,
- DIN EN ISO 14.001: 3.000 EUR,
- kirchliches Umweltmanagement: 4.000 EUR.

Aber auch ohne die finanzielle Förderung als Anreiz ist die Bildung von Projektgemeinschaften sehr sinnvoll, denn der Austausch auf diesem Weg setzt neue Ideen und Möglichkeiten frei.



Übergabe von EMAS-Registrierungsurkunden durch Ministerpräsident Kretschmann

Fortbildung zum/r Kirchlichen Umweltberater/in oder Umweltauditor/in



Fortbildungsgruppe in der Diözese Eichstätt

Wenn kirchliche Umweltarbeit in der Breite der Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen verankert werden soll, hat es sich als notwendig erwiesen, spezielle Fort- und Weiterbildungsstrukturen aufzubauen, die auf die Bedürfnisse der Umweltberatung oder des Aufbaus von Umweltmanagementsystemen in diesem Umfeld zugeschnitten sind. Aber auch hier sind Kooperationen in den unterschiedlichsten Formen möglich, sei es, dass Lehrkräfte aus anderen als nur dem kirchlichen Bereich gewonnen werden oder dass jene, die die Ausbildungen erfolgreich durchlaufen haben, nicht nur in Kirchen, sondern auch in anderen Institutionen ihre Erkenntnisse umsetzen. Die kirchliche Umweltberatung stellt ihre Dienstleistungen zur Verfügung, ohne an Konfessionsgrenzen haltzumachen.

Die kirchlichen Umweltberaterinnen und -berater sind sowohl auf evangelischer als auch katholischer Seite in Zusammenschlüssen organisiert, die wiederum eng miteinander vernetzt sind. Sie haben eigene Fortbildungen angeboten, zum ersten Mal an der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen. Diese Ausbildung, so deren Begründer Hans-Heiner Heuser, „war als Weiterqualifizierung für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gedacht, die in Gemeinde oder Diakonie zum ökologischen Handeln aktiv werden wollten. Kirchliche Umweltberaterinnen und -berater sollten einen ökologischen Lernprozess in den Gemeinden und kirchlichen Institutionen auslösen, gemeinde- und nahweltbezogene Umweltanalysen begleiten und fachliche Beratung in alltagsökologischen Fragen leisten. Die Fortbildung zielte auf ein pädagogisches Konzept zum umweltgerechten Wirtschaften und Handeln in den Gemeinden und in der Diakonie“. Gezielt wurde

eine Zusammenarbeit zwischen qualifizierten, unabhängigen Fachkräften und ehrenamtlichen Mitarbeitern für eine Qualifizierungsmöglichkeit geschaffen. Die Konferenz kirchlicher Umweltberaterinnen und -berater setzt sich bis heute aus Neben-, Ehren- und Hauptamtlichen zusammen. Nach dem Altenkirchener Ausbildungsprogramm konnten die Absolventinnen und Absolventen beim Bundesverband für Umweltberatung die Anerkennung als Umweltberater/in beantragen.

In den letzten Jahren wurden überwiegend kürzere Weiterbildungsprogramme angeboten, an deren Ende die Qualifikation zum Auditor beziehungsweise zur Auditorin bei der Einföhrungen des kirchlichen Umweltmanagementsystems „Grüner Hahn/Grüner Gockel“ steht. Die Auditoren begleiten Gemeinden bei der Einföhrung des Grünen Hahns/Grünen Gockels von der ersten Umweltprüfung bis zur Validierung. Die Kurse sind praxisorientiert und vermitteln Fachwissen auf der Grundlage der EMAS-Norm. Sie geben Hilfestellungen zur laufenden Steuerung des Prozesses in Kirchengemeinden.

Ausbildungsangebote gibt es mittlerweile in vielen Landeskirchen und Diözesen; auch hier nur zwei Beispiele: Unter anderem bietet die Evangelische Kirche der Pfalz in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eine solche Fortbildung an, die aber auch für Interessierte aus anderen Bereichen offen ist. Auf katholischer Seite werden Ausbildungskurse zum Beispiel von der katholischen Erwachsenenbildung im Bistum Passau und dem Umweltbeauftragten der Diözese in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Nierderalteich organisiert.

Ökumenische Energiegenossenschaft



32

Solardach Hospitalhof Stuttgart

Allein in Baden-Württemberg gab es – Stand März 2015 – 104 (!) Energiegenossenschaften, dazu noch elf Genossenschaften, die Nahwärmenetze betreiben, und sechs Genossenschaften, die sich nur mit An- und Verkauf von Energie beschäftigen. Was vor einigen Jahren noch eine große Seltenheit darstellte, ist nun im Zuge der Energiewende fast zu einer Massenbewegung geworden, die entscheidend dazu beiträgt, dass Energieversorgung wieder ein „lokales Standbein“ bekommt. Auch auf diesem Feld bieten sich zahlreiche Möglichkeiten von Aktivitäten und Kooperationen von Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen. Als Beispiele für ein besonders intensives kirchliches Engagement sollen die ökumenischen Energiegenossenschaften Bad Boll und Horb vorgestellt werden.

Die ökumenische Energiegenossenschaft Bad Boll e.G. (ÖEG) wurde im November 2009 eben dort in der Evangelischen Akademie mit der Absicht gegründet, auf dem Neubau des dazugehörigen Gästehauses Photovoltaik-Anlagen aufzustellen. Seit Mitte Dezember 2009 werden dort jährlich etwa 30.000 kWh Solarstrom produziert, was umgerechnet eine Ersparnis von 21 Tonnen CO₂ pro Jahr sind. Im August 2015 zählte die ÖEG Bad Boll 281 Mitglieder und Spendenanteile im Wert von 600.000 €, die bisher in neun Photovoltaikanlagen, nicht nur in Bad Boll selbst, sondern beispielsweise auch in Esslingen, Karlsruhe, Waiblingen und Tübingen, investiert wurden. Der Entschluss, eine Energiegenossenschaft zu gründen, wurde vor allem aufgrund des Wunsches gefasst, viele Menschen an erneuerbarer Energie auf kirchlichen Liegenschaften teilhaben zu lassen. Zur Erfüllung dieses Wunsches ist die Rechtsform der Genossenschaft besonders sinnvoll, denn sie beinhaltet im Vergleich zum Betrieb der Photovoltaikanlage durch die Kirche

selbst weniger rechtliche Probleme und verkörpert das demokratische System; jedes Mitglied, unabhängig von der Höhe der finanziellen Beteiligung, erhält eine Stimme in der Generalversammlung. Zudem wird jährlich – zuletzt für das Jahr 2014 – eine Dividende von bisher meistens zwei Prozent ausgeschüttet, die den Mitgliedern wiederum zugute kommt.

Kirchen und Kirchengemeinden verfügen meist über mehrere Einrichtungen. Neben den Kirchen, Gemeinde- und Pfarrhäusern sind das Heime, Verwaltungsgebäude oder Tagungsstätten. Damit gibt es insgesamt ein großes Potenzial bisher ungenutzter Dachflächen. Als Betreiber der Photovoltaikanlagen will die ÖEG Bad Boll auch weitere Kirchengemeinden anregen, sich intensiv mit erneuerbaren Energien zu beschäftigen, sich aktiv mit Fragen der Schöpfungsverantwortung auseinanderzusetzen und eigene Wege für eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung zu beschreiten. Die ÖEG Bad Boll unterstützte zuletzt ehrenamtlich den Aufbau von Photovoltaikanlagen auf Kreta sowie die erst dritte Gründung einer Energiegenossenschaft in Griechenland, um die dortige Stromversorgung, die bisher zu 80 Prozent durch Verbrennung von Dieselöl erfolgt, dezentraler und nachhaltiger zu machen. Geplant sind weitere Projekte in einer Behinderteneinrichtung mit Internatsschule in Palästina.

Die Ökumenische Energiegenossenschaft Horb e.G. wurde im September 2009 gegründet und fördert, wie auch die ÖEG Bad Boll, sowohl lokale Energieprojekte als auch Projekte außerhalb Deutschlands in Afrika, Asien und Lateinamerika. Auch bei der ÖEG Horb steht nicht die Gewinnmaximierung der Anteile im Vordergrund, sondern die Realisierung einer möglichst vollständig nachhaltigen und regionalen Energieversorgung. Der Impuls für die Gründung der ÖEG ging von zwei Umweltgruppen der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in Horb aus; heute arbeitet die ÖEG Horb mit der internationalen Ökumenischen Genossenschaft Oikocredit zusammen, die sich Entwicklungsförderung zum Ziel gemacht hat und Kleinkredite an Genossenschaften vergibt, die in den ärmsten Ländern solche Projekte umsetzen möchten.

Ökumenische Energiegenossenschaften können mit ihrem Beitrag zum Aufbau einer regionalen Energieversorgung aus erneuerbaren Ressourcen einen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leisten. Der nachhaltige Umgang mit fossilen Energieressourcen bietet ihren Mitgliedern eine langfristige, ethisch vertretbare Anlegemöglichkeit für ihr Ersparnis und viele Möglichkeiten, eine zukunftsfähige Kirche nicht nur in Deutschland zu unterstützen. Eine Kooperation mit Kommunen und kommunalen Energieversorgern ist hier im „Betriebsalltag“ der Genossenschaften auf vielfältige Weise möglich.

Fair Planet – Internationale Genossenschaft für Klima, Energie und Entwicklung

Energiegenossenschaften können durchaus noch in einen weiteren Rahmen gestellt werden. So hat sich im Jahr 2007 die Internationale Genossenschaft für Klima, Energie und Entwicklung gegründet, bei der neben Expertinnen und Experten für erneuerbare Energien, Vertretern aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft schon bei der Grün-

dung auch Vertreter von Kirchen engagiert waren. Entstanden ist die fairPlanet eG aus dem früheren Süd-Nord-Ost-West-Netzwerk S-N-O-W und der Watt fair GmbH. Mittlerweile hat die Genossenschaft über 800 Mitglieder aus elf Ländern in vier Kontinenten. Die Genossenschaft investiert in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien, sowohl in Ländern des Nordens wie im Süden. Dabei wird die Kombination aus Klimaschutz, der Förderung internationaler Gerechtigkeit und der Förderung umweltgerechter Arbeitsplätze als wesentliches Merkmal der von der Genossenschaft betriebenen Projekte gesehen. Langfristig soll eine Dividende von 2 bis 3 Prozent erwirtschaftet werden, 2014 ermöglichte der Betrieb der Projekte eine Dividende von einem Prozent.



Die Genossenschaft betreibt ein gutes Dutzend eigene Photovoltaik-Anlagen in Deutschland – darunter eine Anlage auf der Trinitatis-Kirche in Hamm, die wiederum mit Förderung der örtlichen Stadtwerke errichtet werden konnte. Andere Anlagen befinden sich unter anderem auf dem Ludwig-Erhard-Berufskolleg in Münster, auf Gebäuden der Fachhochschulen in Münster und Aachen sowie auf Studentenwohnheimen und der Mensa in Münster. Projekte in Ländern des Südens befinden sich in Indien, den Philippinen, Kenia und Nigeria, auch Projekte zur Erzeugung von Energie aus Biomasse in Indien und Kenia, die Finanzierung von Solarleuchten, die Kerosinlampen ersetzen, und von Holz sparenden Öfen zum Kochen in Nigeria. Partner von fairPla.net sind außerdem, unter anderem:

- Decentralised Energy Systems for India Ltd. (DESI), ein Unternehmen, das die Umsetzung von Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien in ländlichen Regionen zum Ziel hat.
- EcoAndina Fundacion, der Projektpartner in Argentinien; im argentinischen Hochland hat fairPla.net ein Solarprojekt gefördert.
- Heimstatt Tschernobyl e.V.; mit dem Verein konnte fairPla.net eine Solar- und eine Windkraftanlage in einem neu gebauten Dorf finanzieren, das auf einem unverseuchten Gebiet entstanden ist.
- Partner in Kenia ist Sustainable Energy Strategies Ltd., ein Unternehmen, das sich auf die Verbreitung von Biogasanlagen konzentriert.

Im Jahr 2015 ist fairPla.net bei der Jahresveranstaltung der Klimaexpo NRW mit einem ersten Preis als Musterbeispiel für ein Klimaschutzprojekt in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden.

Solarenergie auf Kirchendächern

Im Jahr 1998 wurde vom Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) beschlossen, die Umweltaktivitäten der Kirchengemeinden in Deutschland verstärkt zu fördern. Damit sollte anerkannt werden, dass Umweltaktivitäten in einzelnen Kirchengemeinden bereits seit vielen Jahren eine große Bedeutung hatten. Als Projekt wurde dafür die Förderinitiative „Kirchengemeinden für die Sonnenenergie“ ins Leben gerufen. Zwischen den Jahren 1999 und 2001 konnten so Kirchengemeinden und Kirchenstiftungen sowie Ordensgemeinschaften öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften Anträge bei der DBU für die Förderung der Installation von Solaranlagen stellen.

Gerade im Hinblick auf den Klimawandel wurde schon damals erkannt, dass eine umweltfreundliche Erzeugung von Strom aus einer zudem nahezu unerschöpflichen und sauberen Energiequelle immer bedeutsamer wurde. Das Projekt sollte zudem eine Vorbildfunktion für private Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer haben, die damit angeregt werden sollten, ebenfalls die Nutzung von Solarenergie bei ihrer Energieversorgung mit einzubeziehen und so eine flächendeckende Verbreitung dieser Technologie der Energieerzeugung weiter voranzutreiben. Daher wurden begleitende öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt und gefördert, um die Vorteile der Nutzung von Solarenergie einer breiten Bevölkerung zugänglich zu machen; über besondere Schautafeln konnten bei jeder Anlage die Gesamtleistung, die bisher erbracht wurde, sowie die aktuelle Stromproduktion abgelesen werden.

Mehr als 700 Kirchengemeinden aus ganz Deutschland konnten durch die Förderinitiative „Kirchengemeinden für die Sonnenenergie“ der DBU zur Anschaffung von Solaranlagen für die Erzeugung von Strom als auch für die Warmwasserbereitung gewonnen werden. Nach Beendigung des Förderprojekts sind bis heute mindestens noch einmal so viele Kirchengemeinden dazu gekommen. Im Nachfolgenden werden exemplarisch die Sonnenenergie-Projekte von drei Kirchengemeinden vorgestellt. Viele weitere Kirchengemeinden präsentieren ihre Projekte auf einer gemeinsamen Internetplattform.

Im Jahr 2002 wurde auf dem Dach des Gemeindezentrums der evangelischen Kirchengemeinde Eixen eine Photovoltaik-Anlage (5 kWp) zur Stromerzeugung und eine solare Warmwasseranlage (6,3 qm) mit Unterstützung der DBU und des Landes Mecklenburg-Vorpommern installiert. Die Motivation für dieses Projekt lag insbesondere darin, Kohlendioxid bei der Energieerzeugung einzusparen und die Möglichkeiten einer Nutzung des Energieträgers Sonne der Öffentlichkeit vorzustellen. Der durch die Solaranlage erzeugte Strom wird in das örtliche Stromnetz eingespeist und von einem regionalen Energieversorgungsunternehmen über einen Zeitraum von 20 Jahren vergütet. Die projektierte Lebensdauer der nahezu wartungsfreien Solaranlage beträgt rund 25 Jahre. Durch die Warmwasseraufbereitungsanlage konnte im Sommer der Verbrauch von Heizöl stark reduziert werden.



Solkirchturm St. Augustinus in Hameln

Im Jahr 2000 wurde nach langer Planung mit dem Bau des Gemeindezentrums Dietrich-Bonhoeffer-Haus der evangelischen Kirchengemeinde in Finow begonnen. Dabei handelt es sich um einen auf einem weiträumigen Gelände errichteten Zweckbau mit Gemeindesaal, Jugendbereich, Büro, Küche und Dienstwohnung. Zeitgleich wurde von der DBU der Förderantrag zur Errichtung einer Photovoltaikanlage (1,1 kWp) und einer solaren Warmwasseranlage (11,54 qm) auf dem Dach des Gemeindezentrums bewilligt. Auch hier wird der erzeugte Strom der Anlage in das örtliche Stromnetz eingespeist und vom regionalen Energieversorger vergütet.

Das Gemeindehaus mit Kindertagesstätte der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Krummesse in Schleswig-Holstein wurde im

Jahr 2001 vollständig renoviert und auch erweitert. Dabei flossen ökologische und energetische Gesichtspunkte in den Umbau des Gebäudes mit ein, so dass es sich bei dem Gemeindehaus mittlerweile um ein Niedrigenergiehaus handelt. Daher wurden auch eine Photovoltaik-Anlage (4,99 kWp) und eine solarthermische Anlage (10,16 qm) auf dem Dach errichtet. Mit der Anlage wird nicht nur Brauchwasser erwärmt, sondern auch die Fußbodenheizung der Kindertagesstätte mitversorgt. Die Informationstafel am Gebäude zeigt hier nicht nur die Menge des erzeugten Stroms, sondern auch die Wärmeleistung an. Ein Zehntel der Gewinne aus der Einspeisung des Stroms in das örtliche Stromnetz wurde in den ersten fünf Jahren nach der Inbetriebnahme dem Umweltfonds Klimaschutz des Nordelbischen Missionszentrums gespendet.

Die Installation einer Solaranlage kann heute nicht mehr als außergewöhnliches Projekt begriffen werden. Heute muss nicht mehr „bewiesen“ werden, dass es sinnvoll ist, diese Technik in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen einzusetzen. Aber noch immer ist es gut, wenn öffentlich sichtbare Institutionen wie Kirchen und Religionsgemeinschaften hier aktiv werden, denn sie leisten nicht nur einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz und zur Einsparung nicht erneuerbarer Ressourcen, sondern haben auch Vorbildfunktion, die in vielen Fällen im lokalen Umfeld zahlreiche Nachahmer gefunden hat. Kooperationen mit kommunalen Einrichtungen und mit Akteuren der Zivilgesellschaften haben diesen Effekt häufig noch verstärkt, zum Beispiel bei einer aktiven Förderung der Beteiligung der Kommune am Wettbewerb der „Solar-Bundesliga“.

Elektromobilität auf dem Land – das Projekt „E-WALD“

Die Verbreitung der Elektromobilität in Deutschland hat bislang bei weitem noch nicht die gesteckten Ziele erreicht: Eine Million Fahrzeuge bis zum Jahr 2020 erscheint derzeit noch ziemlich unrealistisch. Auch hier würden sich Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Kommunen als Akteure bei gemeinsamen oder übergreifenden Projekten bieten. Eine einfache zu realisierende Variante bestünde darin, den Fuhrpark von Carsharing-Projekten (siehe Seite 35) ganz oder zum Teil mit Elektroautos zu bestücken.

Das vermutlich umfassendste Konzept zur Verbreitung der Elektromobilität findet derzeit in sechs Landkreisen im Bayerischen Wald statt: Cham, Freyung-Grafenau, Regen, Deggendorf, Passau und Straubing-Bogen. Nach einem Vorlauf und einer Testphase ab 2010 begann das Projekt „Modellregion Elektromobilität Bayerischer Wald“ (E-WALD) im Herbst 2013; dabei erfolgt parallel eine wissenschaftliche Evaluation des Projektverlaufs. Anfang 2015 betrieb die E-WALD GmbH bereits 180 Elektrofahrzeuge und 150 Ladestationen mit Schnell-Ladetechnik. Entwickelt wurden spezifische Nutzungskonzepte für Behörden, Hotels und Touristen sowie für einheimische Privatpersonen. Die „Bürgerautos“ stehen für Dienstfahrten der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bürgerinnen und Bürgern auch privat zur Verfügung. „Hotelautos“ können in Verbindung mit der An- und Abreise per Bahn genutzt werden; sie stehen den Touristen entweder für kurze Fahrten oder für den ganzen Urlaubsaufenthalt zur Verfügung. Hierfür wurde auch ein besonderes Angebot in Kooperation mit der Deutschen Bahn entwickelt. Darüber hinaus betreibt E-WALD weitere Carsharing-Stationen.

Für die Nutzung der Bürgerautos zahlt die Kommune einen monatlichen Fixbetrag, durch den alle Fahrten der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgegolten sind. Außerdem werden 50 Prozent des erwirtschafteten Umsatzes aus der Nutzung durch die Bürgerinnen

und Bürger vom monatlichen Fixbetrag abgezogen, wodurch sich die Kosten für die Kommune wiederum verringern können. E-WALD bietet lokalen Partnern Beratung und Kooperation beim Aufbau von Elektromobilitätssystemen an.

Im November 2014 hat E-WALD ein Angebot in Lauchheim in Baden-Württemberg begonnen, außerdem gibt es mittlerweile Systeme in drei Kommunen im hessischen Vogelsbergkreis, in Königswinter, Altenkirchen, Montabaur und Birkenfeld sowie auf der Insel Sylt.

In der Erzdiözese Freiburg sind 15 Elektrofahrzeuge für mobile Pflegedienste und Pfarreien im Einsatz. Deren Strombedarf wird über die kirchliche Energieversorgungsgesellschaft KSE gedeckt. Dieses Projekt, das als Teil der „InitiativeE-BW – Elektrische Flottenfahrzeuge für Baden-Württemberg“ – vom Bundesumweltministerium gefördert wird, wurde 2015 mit dem KVI-Innovationspreis ausgezeichnet.



Carsharing mit Elektroautos

Carsharing

Auch Carsharing hat vor allem seit dem Jahr 2011 in Deutschland eine rasante Entwicklung genommen. Seit diesem Jahr hat sich die Zahl der Carsharing-Fahrzeuge auf nunmehr 15.500 mehr als verdreifacht, die Zahl der eingetragenen Nutzerinnen und Nutzer auf über 1.000.000 mehr als verfünffacht. In knapp 500 Städten und Gemeinden gibt es Carsharing-Angebote, damit werden potenziell über 36 Millionen Menschen erreicht.

Die Umweltbilanz von Carsharing ist überwiegend positiv.

Kirchen und Kommunen können Carsharing einsetzen, um zumindest einen Teil ihrer dienstlich begründeten Mobilität abzudecken. Dazu können sie eigene Carsharing-Angebote entwickeln oder sich an lokal vorhandenen Carsharing-Systemen beteiligen. Auf der anderen Seite können sie ihre Grundstücke nutzen, um Carsharing-Stationen dort zu ermöglichen, wo immer dies sinnvoll ist und die Grundstücke dazu geeignet sind. Wenn sich Kommunen und Kirchen von vornherein beteiligen, erleichtert dies die Gründungsphase neuer Carsharing-Angebote vor allem in kleineren Städten.

Seit Dezember 2012 hat das Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und die Evangelische Schulstiftung Verträge zur Carsharing-Nutzung beim Erfurter Carsharing-Anbieter „teilAuto“ geschlossen. Das Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsen in Dresden ist diesem Beispiel gefolgt. Die Nutzung von

Carsharing-Angeboten soll den eigenen Fuhrpark verringern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerdem dazu motivieren, auch privat das Carsharing-Angebot zu nutzen. Beispiele dieser Art verbreiten sich zunehmend auch in anderen kirchlichen Bereichen: So nutzen auch das Diakonische Werk in Freiburg oder der Jesuitenorden in Hamburg ein Carsharing-Angebot; ein Parkplatz dafür wurde an der katholischen Innenstadtkirche eingerichtet.

Das Diakonische Werk im Kirchenkreis Moers hat das Carsharing vor Ort wesentlich mitinitiiert – in Zusammenarbeit mit dem Nachhaltigkeitsbeirat der Stadt und dem Stadtmarketing. In Gnötzheim in Unterfranken ist ein „Dorf-Auto“ als Carsharing-Projekt aus der lokalen Energiegenossenschaft heraus entstanden und wurde dann in Trägerschaft der Kirchengemeinde gestartet. Der eigens gegründete Dorf-auto-Ausschuss hatte das Projekt zunächst auf vier Jahre begrenzt; eine Fortführung ist aber mittlerweile fest vorgesehen.

Carsharing hat sich mittlerweile so etabliert, dass es auch zu einem profitablen Geschäftsmodell geworden ist. Das gilt jedoch nicht für kleinere Kommunen, in denen ein solches Modell oft nur durch ehrenamtliches Engagement zu starten oder aufrechtzuerhalten ist. Hier ist die Beteiligung von Kommunen und Kirchen weiterhin sehr sinnvoll. Darüber hinaus sollten Kommunen und Kirchen an allen Orten überlegen, wo Carsharing effektiv in ihr Mobilitätskonzept eingebaut werden kann.



Carsharing in Leipzig

Autofasten

Die Aktion Autofasten ist seit 1998 ein gemeinsames Projekt der Bistümer Trier, Mainz und Limburg, der Evangelischen Kirchen im Rheinland, in Hessen-Nassau und der Pfalz sowie mit der katholischen und der protestantischen Kirche in Luxemburg. Daneben wird die Aktion von verschiedenen Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie von Landesministerien und Kommunen unterstützt. Mittlerweile hat die Aktion auch in anderen Bundesländern und – seit zehn Jahren – in Österreich Fuß gefasst. Die Aktion Autofasten wurde in Thüringen in Kooperation zwischen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Bus & Bahn Thüringen e.V. veranstaltet und von 40 Partnern unterstützt, darunter auch verschiedene Landkreise und Städte.

Die Fastenzeit vor Ostern wird von vielen Christen als eine Zeit genutzt, in der sie sich über den eigenen Lebensstil Gedanken machen. Um in diesen Wochen bewusster zu leben, wird häufig auf Dinge wie Alkohol, Zigaretten oder auf bestimmte Nahrungsmittel verzichtet oder deren Konsum stark eingeschränkt. Dieser Verzicht auf sonst Alltägliches lässt diese Dinge in einem neuen Blickwinkel erscheinen und eigene Verhaltensweisen neu entdecken. Daher kann dieses Umdenken des eigenen Lebensstils auch in die Zeit nach Ostern – also über die Fastenzeit hinaus – mitgenommen werden.

Eine weitere, noch nicht übliche Möglichkeit zu fasten, besteht im Verzicht auf das Auto während der Fastenzeit. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Man kann Autofahrten völlig vermeiden oder lediglich auf Fahrten in der Freizeit verzichten oder man kann sich lediglich eines besonders energiesparenden Fahrstils befleißigen. Vom Straßenverkehr geht eine hohe Belastung für die Umwelt und des Klimas durch hohe CO₂- und Schadstoffemissionen sowie durch den Lärm und Flächenverbrauch aus, vor allem aber sind jedes Jahr viele Tote und Verletzte durch den Straßenverkehr zu beklagen.

Der Verzicht in der Fastenzeit soll daher zum Überdenken der eigenen Lebensgewohnheiten in Bezug auf die Nutzung des Autos führen und mögliche Alternativen aufzeigen, die dann, wo immer es geht, auch über die Fastenzeit hinaus beibehalten werden sollten. Allerdings soll das Ausprobieren neuer Mobilitätsalternativen immer auch Spaß machen und nicht etwa eine Art Selbstbestrafung im Vordergrund stehen. Im Rahmen der Aktion werden von den beteiligten Verkehrsverbünden Fahrkarten gestiftet und vergünstigte Zeitfahrkarten für die Teilnehmenden zur Verfügung gestellt, um den Umstieg vom Auto zu erleichtern.

Fast 2.000 Menschen haben im Jahr 2015 an der Aktion Autofasten in Süddeutschland teilgenommen. In Österreich haben nach einer Hochrechnung der Initiatoren 16.000 Teilnehmende 9,6 Millionen Autokilometer eingespart und damit etwa 1.900 Tonnen CO₂. Auch



2016 ist eine Aktion vom 21. Februar bis zum 20. März geplant. Eine Studie eines Saarbrücker Instituts, das die Autofasten-Aktionen der davorliegenden Jahre im Jahr 2012 untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass das Verkehrsverhalten vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch nach dem Ende der Fastenzeit positiv beeinflusst wird und sie ihr Verkehrsverhalten verändert haben, meist dadurch, indem sie nunmehr öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Die Beteiligung an der Fastenaktion wurde von vielen Teilnehmern zudem als eine Bereicherung angesehen.

Stadtradeln und die Vielfalt der Fahrradprojekte

Eine ressourcenleichte und klimafreundliche Art der Mobilität ist das Radfahren. So vielfältig Fahrräder sind, so bunt ist auch die Vielfalt der Projekte, mit denen Kommunen und Kirchen – zum Teil in Kooperation – versuchen, Bürgerinnen und Bürger zum Umsteigen auf das Fahrrad zu bewegen. Aber mindestens genau so wichtig wie die Projekte, die die Menschen zur Benutzung des Fahrrads im Alltag sensibilisieren sollen, sind die Ansätze, mit denen die Themen der Verkehrssicherheit bei der Fahrradnutzung und der Radverkehrsplanung oder des Ausbaus der Radwegenetze in die kommunale Planung eingebracht werden sollen.

Eine nach einem Projekt aus Nürnberg entwickelte Kampagne des Klima-Bündnisses ist das „Stadtradeln“. Es kann in ganz Deutschland von allen Städten, Gemeinden und auch von Landkreisen im Zeitraum zwischen dem 1. Mai und dem 30. September eines Jahres an 21 zusammenhängenden Tagen durchgeführt werden. Hier sollen dann Mitglieder der Kommunalparlamente in Teams mit Bürgerinnen und Bürgern „um die Wette“ radeln, um so die Möglichkeiten einer vermehrten Nutzung des Fahrrades publik zu machen. Vereine, Organisationen, Schulklassen und „freie“ Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern sind ebenfalls eingeladen, eigene Teams zu bilden – das steht auch haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Kirchengemeinden und ihren Gemeindegliedern offen. Während der drei Wochen bucht jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin die zurückgelegten Kilometer online in eine internetbasierte Datenbank. So sind Teamvergleiche, aber auch Vergleiche zwischen den Kommunen möglich. Um die Beteiligung zu erhöhen und die Wirkung des Projekts zu steigern, können weitere Events mit dem Basisprojekt kombiniert werden: Rad-Aktionstage, Radtouren oder Veranstaltungen anderer Art, die zur Förderung der nachhaltigen Mobilität durchgeführt werden. Stadtradeln prämiert jedes Jahr Gewinner in unterschiedlichen Kategorien: das fahrradaktivste Kommunalparlament, die fahrradaktivste Kommune mit den meisten Radkilometern oder die Kommune mit den meisten Radkilometern, bezogen auf ihre Einwohnerzahl. Das Jahr 2015 war das bisherige Rekordjahr mit 341 Teilnehmerkommunen, knapp 130.000 aktiven Radlerinnen und Radlern, davon über 2.500 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, und fast 25 Millionen geradelten Kilometern. In Bielefeld hat sich der Evangelische Kirchenkreis als Unterstützer beteiligt.



Kulturhauptstadt Ruhrgebiet: Aktion Sperrung der A40

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Umweltbeauftragten hat eine eigene Internetseite mit Informationen zu Mobilitätsprojekten eingerichtet; hier bilden Fahrradprojekte einen Hauptschwerpunkt. Die Projektpalette reicht hier vom Einsatz von Lastenfahrrädern beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, der in einem verallgemeinernden Leitfaden beschrieben wird, bis hin zu kirchlichen Angeboten von Fahrradtouren: So verbindet ein Fahrradweg durch den Kirchenkreis Unna 21 Kirchen zwischen Lippe und Ruhr, oder der „Hasberger Öko-Rundweg“, der von der Kirchengemeinde entwickelt wurde, führt zu ökologisch bewussten Einrichtungen in der Region.

Weitere Projekte bestehen auch hier in der Vermittlung des Nutzens von Elektromobilität oder der Anschaffung von Dienst-(Elektro-)Fahrrädern. Auch hier gibt es bereits zahlreiche Beispiele. Angeregt wird auch der Bau von Fahrradabstellplätzen bei Kirchen oder Gemeindehäusern. In Kindergärten und Kindertagesstätten kann die Verkehrserziehung zum Thema gemacht und die Nutzung von Fahrrädern durch die Kinder eingeübt werden.

Religionen für biologische Vielfalt

Erstmals in der deutschen Geschichte haben Verantwortliche von neun Religionsgemeinschaften eine „Gemeinsame Erklärung“ unterschrieben. Zwar gibt es bereits gemeinsame Stellungnahmen vor allem der Abrahamischen Religionen Judentum, Christentum, Islam und Bahaitum, doch noch nie haben Vorstände der Aleviten, Bahai, Buddhisten, Eziden, Hindus und Sikhi sowie Vertretungen der Allgemeinen Rabbinerkonferenz, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland ein gemeinsames Dokument unterzeichnet. Das war nicht selbstverständlich und könnte Ausdruck einer neuen Phase religiöser Kooperation sein.

Gelungen ist diese Zusammenarbeit, da es bei Themen des Naturschutzes kaum inhaltliche Differenzen gibt. Bei allen Unterschieden in Lehre und Praxis der Religionen gilt die Aussage in der Gemeinsamen Erklärung: „Die Bewahrung der Natur und ihrer Vielfalt ist für sie eine gemeinsame und bleibende Aufgabe.“

Die Religionsvertretungen betonen: „Menschen benötigen die mannigfaltigen Angebote der Natur als Lebensgrundlage für ein glückliches und sinnerfülltes Dasein. Die Fülle und Schönheit und die damit zusammenhängenden ökologischen Leistungen zu erhalten und zu bewahren, ist daher eine zentrale Aufgabe aller Menschen.“

Kritisiert wird der dramatische Rückgang bei der Vielfalt von Ökosystemen, Arten und ihren genetischen Ausprägungen. Als zentrale Gründe dafür werden Ressourcen überbeanspruchende Formen des Wirtschaftens, Produzierens und Konsumierens, soziale Ungerechtigkeiten und der Unfrieden in der Welt benannt. Auch der damit zusammenhängende Klimawandel wird hervorgehoben: „Menschen verlieren ihre Lebensgrundlagen und sind zur Flucht gezwungen.“ Es wird als wesentliche Botschaft der Religionen bezeichnet, die „Integrität der Natur zu achten und zu bewahren.“



St. Johannes Kirche in Seester

Die Gemeinsame Erklärung bleibt nicht bei grundsätzlichen Ausführungen stehen. Sie nennt konkrete Schritte, die gemeinsam und zeitnah umgesetzt werden können. Dabei ist bedeutsam, dass von staatlicher Seite dafür eine Förderung in Aussicht gestellt wurde. Erstmals im September 2016 soll in Bingen am Rhein eine Religiöse Woche durchgeführt werden, in der Themen des Naturschutzes und der biologischen Vielfalt auf der Agenda stehen. Ausgangspunkt dafür ist das jeweils am 1. September beginnende orthodoxe Kirchenjahr, dem sich am darauf folgenden Freitag der von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland angeregte Ökumenische Tag der Schöpfung anschließt. Am Sonntag soll dann die Religiöse Woche für den Naturschutz und die biologische Vielfalt beginnen. In Gottesdiensten, Gebeten, Feiern, Veranstaltungen und Festen werden die Lehren der Religionen und aktuelle Herausforderungen aufgegriffen. Dabei soll möglichst mit Kommunen und regionalen Naturschutzeinrichtungen zusammengearbeitet werden. Es ist erwünscht, dass diese Modellveranstaltungen im Folgejahr an anderen Orten aufgegriffen werden. Die Planungen haben bereits begonnen.

Ebenfalls im Jahr 2016 soll eine erste Religiöse Konferenz stattfinden, bei der die Ausgestaltung von Freiflächen um Gebäude wie Synagogen, Tempel, Kirchen, Moscheen und Cem-Häuser thematisiert wird. Solche Freiflächen können zu Orten biologischer Vielfalt werden und damit zur Sensibilisierung für ökologische Belange beitragen.

Aufzubauen sind religiöse Teams für Naturschutz und biologische Vielfalt. Zwei oder drei entsprechend qualifizierte Persönlichkeiten aus den Religionsgemeinschaften sollen in Schulen, Universitäten oder Religionsgemeinden gehen, um Positionen ihrer Religion zu diesen Themen darzustellen und dazu ins Gespräch zu kommen. Dies soll die Verständigung zwischen den Religionen verbessern und zum nachhaltigen Umgang mit der Natur beitragen. Diese Arbeit sollte durch ein Netzwerk der Religionen koordiniert werden. Dieses Netzwerk soll Grundsatzfragen behandeln und über die bisherigen Vorhaben hinausgehende Projekte entwickeln.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat das Dialogforum der Religionen mit 90 Teilnehmenden am 25. und 26. Februar 2015 in Bonn angeregt und finanziert. Organisiert wurde es durch das Abrahamische Forum in Deutschland. Die Broschüre mit der Gemeinsamen Erklärung und die Tagungsdokumentation „Religionen und Naturschutz – Gemeinsam für biologische Vielfalt“ können beim Abrahamischen Forum in Darmstadt oder dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) angefordert oder von den Homepages dieser Einrichtungen heruntergeladen werden.

Interkulturelle Gärten

Dank der „Gemeinsamen Erklärung“ zum Schutz der Natur und staatlichen Fördermaßnahmen entstanden gerade in den letzten Monaten und Jahren zahlreiche „Interkulturelle Gärten“, die sich zum Ziel gesetzt haben, Orte biologischer Diversität zu sein.

Im Mittelpunkt der interkulturellen Gärten steht nicht nur das Bestreben, etwas gegen den Rückgang der Artenvielfalt und sogar ganzer Ökosysteme zu tun, sondern auch einen Beitrag zu leisten zur Integrität der Beziehungen von Menschen untereinander und zur Natur. Das Bewusstsein der Menschen im Umgang mit natürlichen Ressourcen und in Hinblick auf ihr Konsumverhalten soll geschärft werden. Gleichzeitig soll der gemeinsame Prozess des Säens und Pflanzens vor allem Menschen mit Migrationshintergrund helfen, sich in ihrer Umgebung wohlfühlen, traumatische Erlebnisse zu verarbeiten und Kontakte zu knüpfen. Die interkulturellen Gärten bereichern seit Anfang der 1990er Jahre in Göttingen – und heute deutschlandweit mit über 200 Gärten – durch zusätzliche Projekte wie einer spielerischen Sprachförderung die Integrationsmöglichkeiten und den interkulturellen Austausch zwi-

schen den verschiedenen Bevölkerungsschichten. Zudem tragen die Gärten zu einem angenehmen Mikroklima im Wohnviertel bei und demonstrieren nahezu beiläufig den umweltbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Doch wie erreichen interkulturelle Gärten Menschen mit Migrationshintergrund oder Flüchtlinge? Es wird zwischen interkulturellen Gartenanlagen unterschieden, die direkt auf dem Unterbringungsgelände der Flüchtlinge angelegt sind, und solchen, bei welchen Parzellen für oder mit Flüchtlingen angelegt wurden. Je nach Lage des Gartens sind also gut ausgebildete Kommunikationsnetzwerke von großer Bedeutung. Wie es schon in der „Gemeinsamen Erklärung“ zum Schutz der Natur beschrieben ist, muss nach der Auswahl eines geeigneten Ortes eine Teambildung erfolgen. Ein Organisationsteam und verantwortliche Ansprechpartner sind unabdingbar, wenn es darum geht, in Verbindung mit Flüchtlingsaufnahmestellen zu kommen und ein Netzwerk zur Kommunikation mit anderen interkulturellen Gärten sowie den städtischen Kommunalverwaltungen aufzubauen. So können ungenutzte



Freiflächen von Kommunen oder Religionsgemeinschaften erfasst und in ertragreiche Gartenanlagen umfunktioniert werden. Die interkulturellen Gärten können dann durch Förderung von Nachhaltigkeit und Bewusstseinsbildung im Umgang mit der Natur ihren Beitrag zur Lokalen Agenda 21 leisten und für die Nachbarn und Bewohner des Viertels einen Ort der Begegnung bilden.

In Berlin-Lichtenberg wurde 2005 beispielsweise der „Liebenwalder Garten“ ins Leben gerufen, der mit etwa 13.000 m² größte interkulturelle Garten Berlins. Die Idee entstand 2004 in der interkulturellen Kinder- und

Jugendwerkstatt „Kinder EINER Welt“; mit der Umsetzung wurde im darauffolgenden Jahr mithilfe von Fördermitteln und dem Engagement einer Initiativplanungsgruppe begonnen. Im Zuge der Lokalen Agenda 21 und der Aktion „Besser Leben in Lichtenberg“ konnten die Bauarbeiten unter Leitung der Sozialdiakonischen Jugendarbeit e.V. (sozdia) im Jahr 2006 abgeschlossen und der „Liebenwalder Garten“ 2007 eröffnet werden. Die sozdia hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch den interkulturellen Garten vor allem Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund bei ihrer Lebensgestaltung zu begleiten und einen lebendigen Raum des Austausches und der Integration zu schaffen.

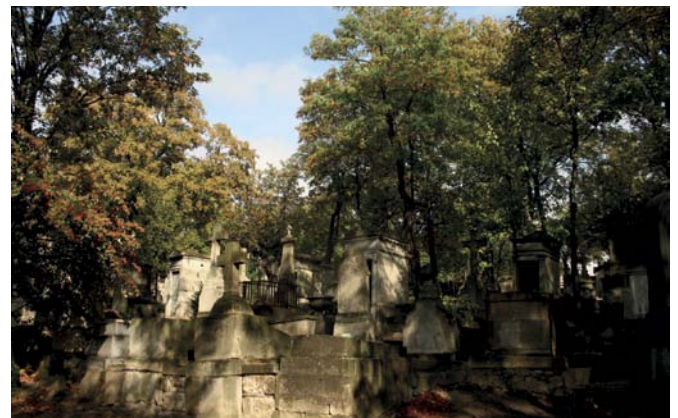
Biodiversität und Grüner Hahn auf Friedhöfen

Auch wenn der Flächenbedarf an Friedhöfen in den letzten Jahren bundesweit leicht zurückging, beträgt die Friedhofsfläche in Deutschland insgesamt immer noch 360 km², was einem knappen Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche entspricht. Nach Hochrechnungen der Deutschen Friedhofsverwaltung ist mit knapp 13.000 Friedhöfen ein gutes Drittel der Friedhöfe in Deutschland konfessionell. Friedhöfe sind Stätten der Ruhe und des Friedens und doch voller Leben. Große Vielfalt zeigt sich zwischen niedrig wachsenden Grabpflanzen, geschichteten Baum- und Strauchgruppen mit teilweise sehr alten Baumbeständen, Efeugrabern, Kompost- oder Reisighaufen und alten Friedhofsmauern. Viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten finden hier ein Refugium. Die Anzahl von Tier- und Pflanzenarten von großen Friedhöfen liegt häufig deutlich über der gleich großer Parkanlagen. Ein Erhalt von möglichst natürlichen und naturnahen Friedhöfen wirkt auch auf den Menschen, denn abwechslungsreiches Grün, ruhige Ecken und eine intakte Natur können im Trauerprozess wohlthuend und heilend wirken.

Das 2009 gestartete Projekt der NABU-Gruppe Oldenburger Land und der evangelisch-lutherischen Kirche Oldenburg macht es sich zum Ziel,

stabile Ökosysteme und wichtige Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern. Schwerpunkt der Arbeit ist der neun Hektar große Friedhof in Varel, in dem verschiedene Nistkästen für Höhlenbrüter und Fledermäuse und eine Insektenwand installiert wurde. Bei dem Aufbau waren Kinder und Jugendliche beteiligt.

Neben dem Friedhof Varel sind in diesem Projekt vier weitere Friedhöfe im Blick. Dort wurden Brutvogelkartierungen durchgeführt. Die Friedhöfe sind in Größe, Alter, Baumbestand und Vielfalt von Sträuchern sehr unterschiedlich. Entsprechend finden sich jeweils verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten, Artenschutz zu fördern. In dem Friedhof beispielsweise, in dem sich bisher kaum heimische Sträucher befinden, werden solche gepflanzt, um Kleinsäugern, Vögeln und Insekten als Ruhe-, Nist- und Nahrungsplatz zu dienen. Doch auch die chemikalienfreie Reinigung der Grabsteine gehört zum Konzept. Angebotene Veranstaltungen bieten Öffentlichkeitswirksamkeit und geben dem Projekt einen umweltpädagogischen Rahmen. Auch in anderen Regionen, beispielsweise in Leipzig, wurden ähnliche Projekte zum Thema Biodiversität auf Friedhöfen gestartet.



Hauptfriedhof Mannheim (links und rechts)

In der evangelischen Landeskirche Hannovers wurde ein Ausbildungskurs für Umweltmanagement auf Friedhöfen entwickelt, der aus insgesamt drei Schulungsveranstaltungen besteht. Die erste Ausbildungsstaffel läuft derzeit, ein zweiter Kurs beginnt im April 2016. Ziel der Schulung ist es, dass der Friedhof nach dem Aufbau eines Umweltmanagementsystems dann nach dem Standard des Grünen Hahns zertifiziert werden kann. Ähnlich wie bei dem Standard-Umweltmanagement, so wird auch hier ein Programm durchgeführt, das auch nach der Va-

lidierung dann regelmäßig wiederholt werden sollte. Hier gibt es eine erste Bestandsaufnahme, die Verabschiedung von ökologischen Leitlinien und die Entwicklung eines Umweltprogramms mit Verbesserungsvorschlägen für eine ökologisch optimierte Bewirtschaftung, die sich vor allem auf die Gestaltung der Freiflächen konzentriert. Auch ließen sich Kooperationen und Konvois von Friedhöfen unterschiedlicher – kirchlicher und kommunaler – Träger vorstellen, die dieses Programm parallel bewältigen.

Gärten und Ernährung in Kindergärten

42

Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung schon im Vorschulbereich zu beginnen, damit Kinder spielerisch lernen, Natur bewusst zu erleben und die Bereitschaft zu entwickeln, sie zu respektieren und zu schützen – dies kann zur Entscheidungsgrundlage für einen nachhaltigen Lebensstil werden. Dazu gibt es in Kindergärten vielfache Gelegenheit. An und in entsprechend gestalteten Außenanlagen können Kinder den Wandel der Natur im Jahreszeitenablauf erfahren und beobachten, sie können immer wieder Aktionen und Projekte in ihre Naturerlebnisse einbeziehen.

Besonders erfolgreich ist ein Projekt der Edeka Stiftung: „Gemüsebeete für Kids“. Das Projekt startete im Jahr 2008; bis 2015 hatten sich schon etwa 1.400 kirchliche und nicht kirchliche Kindergärten und Kindertagesstätten daran beteiligt. Für das Folgejahr kann man sich zwischen dem 1. April und dem 31. August eines Jahres bewerben.

Die Idee bei dem Projekt ist, dass Vorschulkinder ihr eigenes Gemüse säen, die Pflanzen bis zur Ernte pflegen, dann die Früchte ernten, gemeinsam zubereiten und essen. Damit erfahren sie den gesamten Entwicklungsverlauf, vom Saatgut bis zum fertigen Gericht auf

dem Teller. Das Projekt richtete sich zunächst vorrangig an Kindergärten und Kindertagesstätten in sozial benachteiligten Stadtteilen, ist jetzt aber durchgängig weit verbreitet. Im Projekt können auch sogenannte Patenschaften vereinbart werden, in denen jeweils ein Edeka-Einzelhändler in der Nähe des Kindergartens oder der Kindertagesstätte das Projekt begleitet und Saatgut und anderes Material zur Verfügung stellt. Die Anpflanzung selbst erfolgt in Hochbeeten, die die Edeka Stiftung den Kindergärten und Kindertagesstätten zur Verfügung stellt, die sich erfolgreich beworben haben.

Das Projekt könnte als Blaupause für die Übertragung auf viele andere Kindergärten und Kindertagesstätten dienen – auch auf solche, die nicht in den Genuss dieser Förderung kommen. Es lassen sich viele Weiterungen denken: etwa die Kooperation mehrerer, kommunaler und kirchlicher Kindergärten in einer Zusammenarbeit mit einem Kleingartenverein. Auch hier gibt es schon viele gelungene Beispiele, etwa die Kooperation des Kleingartenvereins Wathlingen mit der evangelischen Kindertagesstätte „Marienkäfer“ oder zwischen dem Kindergarten Langforthstraße und dem Kleingartenverein „Im Stichkanal“ in Herne.



Jugend und Naturschutz



43

JUNA – die Initiative Jugend- und Naturschutz – ist eine konfessions-, gemeinde-, vereins- und gruppenübergreifende Initiative, die als Ziel den Schutz und Erhalt der Natur, insbesondere durch Jugendliche und Kinder, im Blick hat. JUNA ist nicht als Verein organisiert, sondern ein lockerer Zusammenschluss von Aktiven, die von einem Kern-Team organisiert werden. Auf Initiative der BUND-Ortsgruppe Bruhrain sind unter anderem vier Ministrantengruppen aus drei Seelsorgeeinheiten bei JUNA aktiv, nämlich die Ministranten aus St. Maria in Philippsburg, St. Remigius in Hambrücken, St. Jodokus in Wiesental und aus St. Nikolaus in Graben. Vorrangig werden Naturschutzgebiete und Biotop in Graben-Neudorf, Wiesental, Philippsburg, Hochstetten und in Oberhausen betreut. Dazu gehören insbesondere das Niedermoor Gradnausbruch und das Gebiet um den ehemaligen Baggersee Kohlplattenschlag. Diese Gebiete werden gepflegt. Zudem stehen auch andere kleine Projekte, wie zum Beispiel der Bau von Schleiereulenkästen, oder Gruppenstunden zu verschiedenen Themen auf der Agenda.

JUNA wurde 2014 als Projekt der UN-Dekade biologische Vielfalt ausgezeichnet. Mit ihrem Projekt haben die Initiatoren den zweiten Preis des Umweltpreises 2012 der Erzdiözese Freiburg bekommen. Ende 2011 hat JUNA zudem den 3. Platz des Aggiornamento-Preises des Deutschen Katholikentags belegt. Neben vielen Einzelpersonen sind auch die

Jugendfeuerwehr aus Spöck und das Jugendzentrum Graben-Neudorf dabei. Dort trifft man sich auch zur Planung und Koordination der Naturschutzaktivitäten und wenn es darum geht, die vielfältigen Bildungs-, Werbe- und Spendenaktionen vorzubereiten und durchzuführen.

Durch konkrete praktische Maßnahmen sollen die Kinder und Jugendliche an den Naturschutz herangeführt werden. Die Informationen gibt es sozusagen nebenbei. Wichtiger Aspekt sind bei den gemeinsamen Pflege- und Rettungseinsätzen die damit verbundenen sportlichen und abenteuerlichen Aktivitäten und das Miteinander. Bei den konkreten Naturschutzaktionen wird darauf geachtet, dass die Verpflegung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit erfolgt.

Die Jugendlichen werden eingeladen, „JUNA-Teams“ zu gründen. Mehr noch: Auf ihrer Website laden die Initiatoren ausdrücklich dazu ein, die JUNA-Idee, die Vorgehensweise, Organisation und Ausrichtung von JUNA zu kopieren. JUNA könne überall entstehen und solle dann als JUNA-Initiative erkennbar sein. JUNA lebt davon, immer wieder neue Netzwerke zu knüpfen; als Erfolgsfaktor wird die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Naturschutzbehörden und -Verbänden, den Kommunalverwaltungen, Parteien und Kirchengemeinden auch mit Altenheimen und Jugendzentren gesehen.

Kirchen gegen Armut

Die Zahl der Menschen, die an der Armutsgrenze leben, hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Kirchen und Kommunen unterhalten traditionell viele Einrichtungen, die Armen Hilfestellungen und Unterstützung anbieten. Gerade im Blick auf die aktuellen Herausforderungen sind Kirchen und Kommunen gefordert, ihre Leistungen neu zu strukturieren (siehe auch Seite 60). Eine enge Kooperation ist hier unverzichtbar.

Wie eine solche Kooperation gut funktionieren kann, zeigt das Beispiel der ökumenischen Zusammenarbeit in Mainz. Hier haben das Evangelische und das Katholische Dekanat, der Caritasverband und das Diakonische Werk ein ökumenisches Projekt „7 Jahre gegen Armut in Mainz“ gestartet und hier im Jahre 2012 erstmals eine koordinierte Übersicht aller kirchlichen Angebote zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention in Mainz sowohl auf einer Internetseite als auch in Form einer Broschüre zusammengestellt. Insbesondere geht es dabei um die Verbesserung von Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und um die Überwindung von Vereinsamung und Ausgrenzung. Die Spanne reicht von Projekten hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Dekanats-ebene bis zu Stadtteilprojekten, in denen sich überwiegend ehrenamtliche Gemeindemitglieder engagieren. Es gibt Unterstützungs- und Beratungsangebote für Eltern, Treffpunkte für Erwerbslose, Sprachförderung und Hausaufgabenbetreuung sowie vieles andere: In einem Flyer sind wichtige Angebote nach den Kategorien Beratung und Information, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Schule und Ausbildung, Freizeitgestaltung, verbilligte oder kostenlose Mahlzeiten oder Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung und Unterkunft sowie Gesundheitsdienstleistungen aufgeführt. Im Internet sind die Angebote

zusätzlich noch nach Stadtteilen sortiert, etwa 85 Angebote aus den oben genannten Bereichen sind hier aufgelistet.

Die Broschüre und die Internetseiten zeigen nicht nur den von Armut Betroffenen, wo sie Hilfe bekommen können. Da die Kirche in enger Kooperation mit der Stadt arbeiten möchte, kann die Broschüre auch von Akteuren in kommunalen Institutionen und Behörden verwendet werden, um Betroffene adäquate Unterstützungsangebote nennen und sie dorthin weitervermitteln zu können. Nicht zuletzt zeigt sie auch den Bürgerinnen und Bürgern, wo sie sich ehrenamtlich engagieren können.

Eine strukturierte Darstellung der Hilfeangebote kann für Betroffene und Akteure selbst eine große Hilfestellung sein. Darüber hinaus kann sie dabei unterstützen, wenn es darum geht, auf der Basis einer strukturierten Ist-Aufnahme den Bedarf für weitere Hilfsangebote zu ermitteln und für diese Bereiche dann neue Projekte zu beginnen. Die Herausforderungen in diesem Bereich werden in der nächsten Zeit eher zunehmen.

Ein anderes Beispiel ist das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung, in dem derzeit 46 gesellschaftliche Institutionen und Gruppen Mitglied sind, darunter die evangelische und die katholische Kirche, Caritas und Diakonie, die Heidelberger Tafel, Gewerkschaften, kommunale Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Seit 2014 ist das Bündnis Mitglied der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg. Es will soziale Akteure in Heidelberg und Umgebung weiter vernetzen, gemeinsame Aktivitäten anregen und durch eine gemeinsame Verbesserung der sozialen Infrastruktur Armut und Ausgrenzung entgegenwirken.



Stromsparcheck für arme Haushalte

Das Projekt Stromspar-Check PLUS (SSC) ist ein gemeinsames Projekt des Deutschen Caritasverbands (DCV) und des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e.V. Es richtet sich an Menschen mit geringem Einkommen, die von Energiearmut bedroht sind. Hiervon sind insbesondere Bezieher von ALG II und Sozialhilfe betroffen. Häufig finden sich in diesen Haushalten sowohl eine geringe Energieeffizienz als auch ein niedriges Einkommen. Mithilfe des Stromspar-Checks sollen der Energieverbrauch und damit die monatlichen Ausgaben für Energie gesenkt und außerdem Treibhausgasemissionen eingespart werden. Das Projekt wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative seit Anfang 2013 durch das BMUB gefördert.

Auf das Angebot des Stromspar-Checks können so gut wie alle Menschen zurückgreifen, die auf das ALG II, Sozialhilfe oder auf andere soziale Unterstützungsleistungen – wie z. B. Wohngeld, Kinderzuschlag, oder im Falle einer geringen Rente – angewiesen sind. Der Check umfasst mehrere Hausbesuche durch geschultes Personal. Bei den Beratern handelt es sich überwiegend um ehemalige Langzeitarbeitslose, die so die Möglichkeit erhalten, nach einer entsprechenden Schulung den Weg zurück in eine geregelte Arbeit zu finden. Die Beratertätigkeit kann ein Sprungbrett in eine neue Anstellung oder für eine weitere Ausbildung und Umschulung im Bereich der Energieberatung sein.

Bei einem ersten Besuch wird der Strom- und Energieverbrauch erfasst und es wird ermittelt, an welcher Stelle sich Einsparpotenziale befinden. Die Klienten werden im Rahmen des ersten Besuchs über Einsparpotenziale sensibilisiert und informiert. Bei einem zweiten Besuch wird eine Soforthilfe im Wert von etwa 70 € geleistet, bei der es sich zum Beispiel um das Anbringen von ausschaltbaren Steckdosenleisten, Zeitschaltuhren, Raum- und Kühlschrankthermometern, Wassereinsparinstallationen oder den Austausch von Glühlampen durch Energiesparlampen handelt. Auf diese Art und Weise lassen sich günstig Energieeinsparerfolge verzeichnen. Ein Zuschuss für einen energieeffizienteren Kühlschrank ist auch möglich.

In einem dritten Hausbesuch, ein Jahr später, werden Strom- und Energieverbrauch nochmals gemessen. Die Werte werden mit denen des Vorjahres verglichen, um den Erfolg zu ermitteln. Hier werden häufig noch weitere Einsparpotenziale aufgedeckt und verwirklicht. Der komplette Service ist kostenlos.

Zwischen 2008 und 2010 wurden die Ergebnisse von 43.311 Haushalten, die im Rahmen des Stromspar-Checks beraten und versorgt wurden, vom Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin (FFU) evaluiert. Danach ergab sich eine Stromeinsparung von insgesamt 14,5 Millionen kWh/a (335 kWh/a pro HH), eine Heizener-

DIE Energiespar-Aktion für Haushalte mit geringem Einkommen



gieeinsparung von rund 8 Millionen kWh/a (180 kWh/a pro HH) und eine CO₂-Einsparung von 86,5 Millionen kg (1.997 kg pro HH). Jährlich sparen die Haushalte auf diese Weise durchschnittlich 133 € an Energie- und Wasserkosten ein. Damit sparen gleichzeitig die Kommunen, die die Kosten für Bezieher des ALG II tragen müssen. Im Bereich der Aufklärung zur Wärmeenergieeinsparung lassen sich laut FFU allerdings noch mehr Potenziale nutzen.

Insgesamt handelt es sich bei dem Stromspar-Check um ein äußerst erfolgreiches Projekt, das die Erwartungen teilweise sogar überstiegen hat und vor allem durch die Installation von Energiesparlampen große Einspareffekte hervorbringt. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung und zur Umsetzung der Klimaschutzziele, die sich Deutschland gesetzt hat, und verbindet dies mit der Reintegration von Langzeitarbeitslosen, die durch ihre Beratertätigkeit wieder einen Fuß in eine geregelte Erwerbstätigkeit setzen können. Im Juni 2012 gewann das Projekt den Europäischen Umweltpreis.

Schuldnerberatung



Nach Angaben der Creditreform hat sich in Deutschland im Jahr 2014 – trotz allgemeiner Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und der Einkommen – die Überschuldungssituation kaum merklich verbessert. So waren Ende des vorigen Jahres 6,7 Millionen Einwohner Deutschlands über 18 Jahren verschuldet, das entspricht etwa jedem zehnten Erwachsenen in Deutschland. Von Überschuldung wird dann gesprochen, wenn die Zahlungsverpflichtungen – selbst bei Einschränkungen des Lebensstils – aus den Einkünften nicht mehr erfüllt werden können. Überschuldung kann betroffene Haushalte wirtschaftlich und psychosozial weitreichend destabilisieren und schließlich zu einem Zustand führen, der nicht ohne Hilfe von außen überwindbar ist. Aus diesem Grund wird bei der Schuldnerberatung nicht nur Unterstützung hinsichtlich finanzieller Planung und rechtlicher Formen angeboten, sondern auch Hilfestellungen hinsichtlich einer psychosozialen Stabilisierung und einer Aktivierung des Selbsthilfepotenzials gegeben; Ziel ist letztlich immer eine vollständige Schuldenregulierung. Neben Verbänden wie der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldenberatung“ (BAG-SB e.V.) existiert auch ein weites Netz an Schuldnerberatungsstellen, die von Kirchen geleitet werden. Der „Deutsche Caritasverband e.V.“ (DCV) und die „Diakonie Deutschland“ bieten nahezu flächendeckend in Deutschen Schuldner- und Insolvenzberatung an; die Zweigstellen sind dabei in der Regel als Beratungsstelle nach der Insolvenzordnung anerkannt.

Der katholische Wohlfahrtsverband Caritas und der Evangelische Bundesverband Diakonie Deutschland setzen sich als größte deutsche Wohlfahrtsverbände im Auftrag der Kirchen allgemein für eine gerechte und solidarische Gesellschaft ein und verfolgen das Prinzip, soziale Probleme und Ursachen zu benennen, verborgene Not aufzudecken und als Anwalt derer aufzutreten, die ihre Interessen nicht selbst vertreten können.

Als Ausgangspunkt und Grundlage für das Unterstützungsangebot der Schuldnerberatung sehen die kirchlichen Beratungsstellen das christliche Menschenbild, nach dem den Menschen unabhängig von seinen Fähigkeiten und Leistungsvermögen eine unverlierbare Würde gegeben wurde. Deswegen stehen allen Menschen gleiche Rechte, Chancen und Lebensbedingungen zu. In diesem Sinne wird Schuldnerberatung insbesondere als Hilfe für benachteiligte und ausgegrenzte Menschen gesehen. Das Beratungsangebot ist prinzipiell für alle Menschen offen, unabhängig von deren Konfessionszugehörigkeit. Schulden werden nicht als isoliertes Problem, sondern als Teil einer Gesamtsituation gesehen, weswegen häufig auch die psycho-soziale und familiäre Situation in die Beratung mit einbezogen werden muss, teilweise durch die Vermittlung weiterer Beratungsangebote. Insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bieten einige der Beratungsstellen auch spezielle Informations- und Schulungskurse zum Umgang mit Geld und Kredit an.

An vielen Orten besteht eine intensive Vernetzung der kirchlichen Schulden- und Insolvenzberatungsstellen untereinander und mit kommunalen und anderen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen dieser Art sowie mit den einschlägigen Behörden. Zum Teil werden im Wechsel so genannte „offene Sprechstunden“ für Menschen durchgeführt, die sehr kurzfristig Hilfe brauchen; die Behörden wie Job Center oder Gerichtsvollzugsstellen vermitteln Betroffene an die Beratungsstellen. Häufig werden auch erst bei diesen Beratungsstellen Ansprüche auf Sozialleistungen in Kooperation mit den entsprechenden Ämtern geklärt und Hilfe bei der Antragstellung gegeben. Kooperation und interdisziplinäre Zusammensetzung der professionellen Teams ist hier in den letzten 20 Jahren zum Standard geworden.

Obdachlosenzeitung

Gerade in den letzten Jahren haben immer mehr Menschen aufgrund zunehmender Inflation und Migration keine andere Möglichkeit, als in Armut und im schlimmsten Fall auf der Straße zu leben. Um etwas Geld zum Leben zu verdienen, verkaufen viele Menschen weltweit in sozialen Schwierigkeiten Straßenzeitungen. Deutschlandweit gibt es mittlerweile etwa 30 verschiedenen Zeitschriften, die meist von freien Journalisten und Redaktionen vertrieben und von Obdachlosen verkauft werden. In seltenen Fällen dürfen die Wohnungslosen selbst die Zeitung mitgestalten. In manchen Fällen wird die Straßenzeitung auch an festen Standorten, wie an einem Kiosk, verkauft. Das Grundprinzip der Straßenzeitungen ist, dass deren Verkäuferinnen und Verkäufer mindestens die Hälfte des Verkaufspreises behalten dürfen und somit frei über ihr verdientes Einkommen entscheiden können. Auch Kirchen, Kommunen und Religionsgemeinschaften unterstützen Straßenzeitungen als Selbsthilfeprojekt für Obdachlose und sind oft an der Gründung und dem Vertrieb der Zeitungen beteiligt. Als Beispiel für besonders erfolgreiche Straßenzeitungen in Deutschland werden hier kurz die Straßenzeitungen „Hinz & Kunzt“ aus Hamburg und „Asphalt“ aus Hannover näher betrachtet.

Die Straßenzeitschrift „Hinz & Kunzt“ wurde 1993 in Hamburg als Kooperationsprojekt vom damaligen Leiter des Diakonischen Werkes und von Obdachlosen mit dem Ziel gegründet, Anerkennung, Würde und Geld für die Wohnungslosen zu erhalten. Vorbild hierfür war die Londoner Straßenzeitung „The Big Issue“, die eine „soziale Stimme“ in der Stadt abbildete und schnell sehr erfolgreich wurde. Die erste Ausgabe des Magazins „Hinz & Kunzt“ erschien im November 1993 in Hamburg und kostete damals 1,50 Mark, wovon eine Mark dem Verkäufer zustand. Nach zehn Tagen waren alle 30.000 Exemplare verkauft, heute sind es pro Monat im Schnitt 64.000 Exemplare. In der Redaktion des Straßenmagazins arbeiten professionelle Journalisten, die mittlerweile nicht nur monatlich in Druckform, sondern auch täglich über das Internet informieren. Der Verlag „Hinz & Kunzt“ ist als gemeinnützige GmbH organisiert, und der Gesamtbetrieb wird zur einen Hälfte durch Spenden, zu anderen Hälfte durch Verkaufs- und Anzeigenerlöse finanziert. „Hinz & Kunzt“ ist eine der ersten und auflagenstärksten Straßenzeitungen in Deutschland und Mitglied im weltweiten Dachverband „International Network of Streetpapers“ (INSP), dem inzwischen etwa 112 Zeitungen aus 40 Ländern angehören.

In Hannover wurde 1994 das Selbsthilfeprojekt „Asphalt“ von der Diakonie und dem hannoverschen Verein Hiob, der Obdachlose unterstützt, nach hamburgischem Vorbild gegründet. Durchschnittlich 27.000 Exemplare werden heute monatlich von über 160 sozial benachteiligten oder obdachlosen Menschen in etwa 15 Städten Niedersachsens ausschließlich auf der Straße für 1,60 Euro verkauft, wovon



die Verkäufer 80 Cent behalten dürfen. Seit 1997 ist auch dieser Verlag als gemeinnützige GmbH organisiert.

Trotz der zunehmenden Popularität der Straßenmagazine ist anzumerken, dass die Zahl der sozial benachteiligten und obdachlosen Menschen in Deutschland stetig steigt und insbesondere die Zahl der Wohnungslosen in den vergangenen zwei Jahren deutlich zugenommen hat. Die Straßenmagazine sind Hilfe zur Selbsthilfe für die Obdachlosen und können nicht nur über finanzielle Möglichkeiten, sondern auch durch Austausch und Dialog mit den Käuferinnen und Käufern zur Milderung ihrer Lebensumstände beitragen.

Spendenparlament

Das erste Spendenparlament in Deutschland, das Hamburger Spendenparlament, wurde vom damaligen Landespastor Dr. Stephan Reimers Anfang 1996 ins Leben gerufen. Mit einer Spende von 60 Euro jährlich oder mehr erhält man Sitz und Stimme im Spendenparlament. Förderschwerpunkte sind Projekte und Hilfsinitiativen, die gegen Armut, Obdachlosigkeit und Einsamkeit in Hamburg aktiv sind. Mehrmals im Jahr treffen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, um darüber abzustimmen, wie die eingegangenen Spenden verteilt werden sollen, dort stellen auch die Bewerber um Fördergelder ihre Projekte vor. Rund 3.400 Bürgerinnen und Bürger waren im Jahr 2015 Mitglied im Spendenparlament.

Alle sozialen Projekte, die gegen Armut, Einsamkeit, soziale Isolation und Obdachlosigkeit aktiv sind, können finanzielle Hilfe beim Spendenparlament beantragen. Dabei werden insbesondere die Projekte und Initiativen berücksichtigt, die beim Ringen um private Spenden und um öffentliche Fördermittel zu kurz kommen. Eine Finanzkommission prüft die Anträge gründlich vor Ort; die Finanzkommission ist auch angehalten, nach der Verteilung der Gelder deren zweckgebundene Verwendung zu überprüfen. Bislang wurden über 1.100 Projekte mit einem Volumen von über 10 Millionen Euro gefördert.

Die Projektanträge sind sehr vielfältig. In seiner letzten Arbeitssitzung im Juli 2015 wurden dem Parlament zwölf Anträge vorgelegt, darunter ein Antrag zur Unterstützung eines intergenerativen Theaterprojektes, ein Antrag zur Schulung von Ehrenamtlichen als Hospizhelfer, zur Einrichtung von Sommer-Containern für Obdachlose sowie Anträge einer Beratungsstelle für Migranten und Flüchtlinge sowie eines Projektes zur Hilfe für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Das Spendenparlament gehört zu den erfolgreichsten Einrichtungen bürgerlicher Selbsthilfe in Hamburg und ist wichtige Anlaufstelle von sozialen Organisationen, die für den Fortbestand ihrer Arbeit dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Das Spektrum der Projekte ist sehr groß, sowohl im Hinblick auf die Zielgruppen als auch auf die konkreten Hilfsangebote und die weltanschauliche Ausrichtung der Projektträger. Rund 50 ehrenamtliche Kräfte investieren Zeit und Arbeitskraft, damit die Organisation reibungslos funktioniert. Die Möglichkeit der Mitbestimmung ist für viele ein Grund zum Mitmachen. Die Spender wissen, wohin ihr Geld fließt. Sie können die Projekte besuchen, um sich vor Ort über die Verwendung der Mittel zu informieren und lernen dadurch die Vielfalt der sozialen Initiativen in Hamburg kennen.

Die Medien erweisen sich als wichtiges Instrument, die Öffentlichkeit mit den Problemen dieser Randgruppen zu konfrontieren und die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf diese Probleme zu lenken, sie zu sensibilisieren und ihre Vorurteile abzubauen. Eben ein solches Einfühlungsvermögen hat zur Gründung des Ausschusses „Neue



Spendenparlament Hamburg

Projekte“ geführt. In diesem Ausschuss werden insbesondere Ideen in Projekte umgesetzt, die den Menschen helfen, die keine Hilfe beantragen. Eines dieser Projekte war der Mitternachtsbus, der die „Platten“ Hamburgs abfährt und die Obdachlosen mit dem Nötigsten versorgt. Ein anderes Projekt war der Bau von 26 „Kirchenkaten“ auf Grundstücken von Hamburger Kirchengemeinden, um Obdachlosen Wohnraum anbieten zu können. Gefördert wurde auch der Freundeskreis Ochsenzoll e.V., der Schuldnerberatung für psychisch Kranke macht, sowie der Verein Such(t)- und Wendepunkt, der Hilfe für Kinder von Alkoholkranken anbietet.

Die Idee hat mittlerweile an vielen Orten Nachfolger gefunden – 16 deutsche und acht ausländische Spendenparlamente haben sich mittlerweile nach dem Hamburger Vorbild gegründet. Die Kooperationen sind vielfältig: Oft arbeiten Mitarbeiter kirchlicher Träger auch in den Organisationen und Gremien der Spendenparlamente, und viele kirchliche Projekte – gerade auch aus dem kirchlich-ehrenamtlichen Bereich –, sind durch die Finanzbeiträge der Spendenparlamente gefördert worden.

Tafeln und Vesperkirche

Im vor 20 Jahren gegründeten Bundesverband Deutsche Tafel e.V. sind mittlerweile über 900 Tafeln als Netzwerk verbunden. Etwa die Hälfte der Tafeln sind als gemeinnütziger Verein organisiert, die andere Hälfte sind in der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Einrichtungen und Stiftungen. Die Tafeln bemühen sich, das Spannungsverhältnis zwischen Lebensmittelverschwendung und großer Armut zu lindern. Geholfen werden soll damit den vielen bedürftigen Menschen im jeweils lokalen Umfeld, gerade auch jenen, die „versteckt bedürftig“ sind. Angeboten werden einwandfreie Lebensmittel, die vom Groß- und Einzelhandel nicht verkauft werden können oder anderweitig gespendet werden. Bäckereien geben die Ware vom Vortag ab, teilweise auch Ware aus Überproduktion; Obst und Gemüse kommen unter anderem auch von Großmärkten, Lebensmittelketten spenden zum Teil auch Produkte mit kurzem Mindesthaltbarkeitsdatum.

Mittlerweile sind die Tafeln eine der größten sozial-ökologischen Bewegungen in Deutschland. Insgesamt engagieren sich über 60.000 Menschen bei den Tafeln, deren Verteilung von einwandfreien, aber überschüssigen Lebensmitteln bis zu 1,5 Millionen Menschen erreicht.

Ende September 2015 hat der Bundesverband Deutsche Tafel einen Förderfonds zur Integration und Teilhabe von Flüchtlingen und Asylsuchenden eingerichtet. Damit unterstützt der Bundesverband jene Tafeln, die besondere Flüchtlingsprojekte durchführen oder deren Besucherzahl in den vergangenen Monaten stark zugenommen hat. Dialog und Verständigung werden auch durch Begegnungscafés, gemeinsame Kochabenden und die Integration von Flüchtlingen in die ehrenamtliche Mithilfe bei den Tafeln gefördert.

Vom 6. Januar bis zum 31. Januar 2015 fand zum achtzehnten Mal in der Konkordienkirche in der Innenstadt Mannheims die sogenannte „Vesperkirche“ statt. Ursprünglich war das Angebot überwiegend für Obdachlose gedacht, die hier mitten im Winter zwischen 11.00 Uhr und 15.00 Uhr einen warmen Kirchenraum, dazu ein Mittagessen und Getränke, aber auch eine freundliche Bedienung und das Angebot von Gesprächen und einer Andacht erhalten sollten. Zum Abschluss eines jeden Tages versammeln sich Besucher und Helfer, die daran teilnehmen möchten, zu einem kurzen Gottesdienst. Das Angebot wird aber mittlerweile von weit mehr armen und an den Rand gedrängten Menschen wahrgenommen:



Menschen mit sehr geringem Einkommen, darunter Alleinerziehende mit ihren Kindern, Menschen, die Alkohol- oder Drogenprobleme haben, aber auch einsame Menschen, die besonders wegen der Gesprächsmöglichkeiten in die Vesperkirche kommen. In dieser Zeit wurden im letzten Jahr rund 14.100 Gäste bewirtet, deutlich über 500 pro Tag – unter anderem mit mehr als 1.000 selbstgebackenen Kuchen. Über 500 Ehrenamtliche wirken bei der Vesperkirche mit.

Aus der Mannheimer Bevölkerung gehen mittlerweile viele Lebensmittel- und Geldspenden für die Vesperkirche ein. Nach einem besonderen Aufruf wurden auch über 200 Schlafsäcke für Wohnungslose gespendet; erstmals wurde in der Vesperkirche auch eine Notfallberatung für Wohnungslose angeboten. Im Januar 2016 wird die 19. Vesperkirche durchgeführt werden.

Integration und Inklusion

Hans Wocken schrieb 2009 in einem Beitrag über Integration und Inklusion: „Es gibt kaum eine Verhältnisbestimmung der beiden Begriffe, die nicht auf dem Markt gehandelt würde. Die einen sagen ‚und‘ und unterstellen, dass beide Begriffe inhaltlich durchaus Unterschiedliches meinen und daher auch beide Begriffe sinnvoll und notwendig seien. Die anderen sagen ‚statt‘ und legen eine vollständige Ersetzung von Integration durch Inklusion und eine ersatzlose Streichung des ausgedienten Begriffs Integration nahe. Wiederum andere reden von ‚Inklusion und Integration‘ und interpretieren die Konjunktion ‚und‘ im Sinne von ‚gleich‘: Integration und Inklusion stehen für den gleichen Sachverhalt und werden ganz nach Belieben unterschiedslos gebraucht. Einiger Beliebtheit erfreut sich auch die Variante Integration/Inklusion; der Schrägstrich steht dabei für eine eher offene Position, die es mit keiner verderben will.“ Im Alltag der Kirchen finden sich alle Varianten dieser Begriffsverhältnisse – und eine große Vielfalt praktischer Ansätze und Projekte, die hier wiederum nur an sehr wenigen Beispielen vorgestellt werden kann. Inklusion und Integration bedeutet nicht Gleichheit für

alle, sondern dass eine differenzierte Förderung, in der Gemeinsamkeiten aktiv unterstützt werden, ohne dass die Individualität der Lernwege aus dem Blick geraten darf. So wird „ein Leben und Lernen in allen Lebens- und Lernbereichen ermöglicht, deren Vielfalt durch unterschiedliche Entwicklungsniveaus, unterschiedliche Wahrnehmungsfähigkeiten, unterschiedliche Sprachen, Religionen, Nationalitäten und Kulturen geprägt ist“ (Stefanie Tomberge, Kirchenkreis Münster).

In sehr vielen christlichen Kindergärten und Kindertageseinrichtungen ist Integration und Inklusion in den letzten Jahren zum Programm geworden. Sie leisten damit einen Beitrag, dass alle Kinder, mit oder ohne Behinderung, eine Betreuung nahe an ihrem Wohnort erhalten können. Unter anderem sieht das Kinderbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vor, dass die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern mit Behinderung als kombinierte Maßnahme der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe erfolgt; Kindertageseinrichtungen können hier finanzielle Förderungen erhalten.

Das Diakonische Werk Baden hat die Regionen Freiburg und Breisgau-Hochschwarzwald als „Modellregion Inklusion“ ausgewählt und arbeitet hier besonders an der Vernetzung mit anderen Projekten. Inklusionsprojekte werden in verschiedenen Tätigkeitsbereichen durchgeführt: in Kindertagesstätten, in Projekten des betreuten Wohnens, in Integrationsunternehmen und im Freizeitbereich. Eltern mit Migrationshintergrund und deren Kinder oder Angehörige mit geistiger und Mehrfachbehinderung finden in Freiburg im Rahmen des Arbeitskreises Behinderte an der Christuskirche (ABC) einen thematischen und praktischen Treffpunkt, um sich auszutauschen, Informationen zu erhalten und sich gegenseitig zu ermutigen und zu unterstützen. Im Rahmen des Diakonischen Werks Freiburg findet ein inklusives Theaterprojekt für Menschen mit und ohne Behinderung statt: „Die Schattenspringer“. Das Hofgut Himmelreich hat den ersten Landesinklusionspreis in der Kategorie „Arbeit“ bekommen. Das Hofgut betreibt mit Behinderten und Nichtbehinderten zusammen ein Hotel und Restaurant, einen Kiosk sowie eine „Integrative Akademie“, um selbst ein Bildungsangebot zu schaffen, um „Menschen mit außergewöhnlichen Fähigkeiten bei der Integration in die Arbeitswelt zu unterstützen.“ Im Hotel werden regionale, ökologisch angebaute und fair gehandelte Produkte verwendet.



Kirchliche Nachhaltigkeitsfonds

In Deutschland gibt es eine Reihe von Kirchenbanken, die meist in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft (eG) arbeiten und zu deren Eigentümern katholische oder evangelische Einrichtungen wie Bistümer und Kirchengemeinden zählen. Ihre Dienstleistungen bieten diese kirchlichen Banken teilweise nur Kunden aus Kirche, Diakonie und Caritas an, zum Teil gibt es aber auch keine Beschränkungen. Durch ihre Nähe zu den Kirchen spielt die „Bewahrung der Schöpfung“ eine besondere Rolle bei der Ausrichtung der Geschäftspolitik dieser Institute und bildet die Grundlage für das Verständnis der eigenen Arbeit. Seit mehreren Jahren beschäftigen sich immer mehr Kirchenbanken mit dem Thema ethischer beziehungsweise nachhaltiger Geldanlagen. Zu den Vorreitern in diesem Bereich zählen dabei die Bank für Kirche und Caritas eG und die Bank für Kirche und Diakonie eG.

Die meisten Kirchenbanken berücksichtigen beim Umgang sowohl mit angelegten Kundengeldern, etwa im Bereich von Girokonten und Spareinlagen, als auch bei fast allen Eigenanlagen spezielle Nachhaltigkeitskriterien. Dazu wird oftmals auf Nachhaltigkeitsfilter mit Ausschluss- und Positivkriterien zurückgegriffen. Zu den nachhaltigen Anlageprodukten, die von den Kirchenbanken vertrieben werden, gehören unter anderem auch verschiedene Fonds mit einer Ausrichtung auf ökologische, soziale und ethische Kriterien.

Im Jahr 2010 wurde beispielsweise von der GLS Bank, Bank für Kirche und Diakonie sowie Brot für die Welt der so genannte FairWorld Fonds ins Leben gerufen. Dieser basiert thematisch auf den Werten „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Zur Anwendung kommt eine Reihe von Brot für die Welt und dem Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene entwickelten ethischen, sozialen und ökologischen Ausschluss- und Positivkriterien für Unternehmen und Staaten, die in einem Kriterienkatalog ausführlich dargestellt werden. Zu den Ausschlusskriterien für Unternehmen, in die nicht investiert wird, zählen etwa Produzenten von Rüstungsgütern und Agrogentechnik, außer-



dem Kriterien wie etwa Kinderarbeit und Korruption. Als Positivkriterien, also in Unternehmen, in deren Aktien bewusst Gelder investiert werden, gehören unter anderem das Vorhandensein eines Umweltmanagements, Entwicklungsförderung sowie generell ökologisch sinnvolle Produkte. Der Fonds hatte im Sommer 2015 ein Fondsvolumen von rund 290 Millionen Euro und macht damit eindrucksvoll deutlich, dass auch ein Fonds mit strengen sozialen und ökologischen Kriterien durchaus gut in der Praxis funktionieren kann und entsprechende Nachfrage findet. Neben dem FairWorldFonds existiert noch eine Reihe weiterer Fonds, die von kirchlichen Einrichtungen oder Kirchenbanken mit initiiert wurden. Dazu zählen beispielsweise BKC Aktienfonds, LIGA-Pax-Rent-Union, Steyler Fair und Nachhaltig-Aktien sowie KCD-Union Nachhaltig. Aber auch hier gilt, dass Anleger immer genau hinsehen sollten, um festzustellen, ob das jeweilige Anlageprodukt ihren Vorstellungen von Nachhaltigkeit entspricht.

Richtlinien ethische Geldanlagen

Die Nachfrage nach sogenannten nachhaltigen Geldanlagen hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Neben den klassischen ökonomischen Kriterien – Sicherheit, Liquidität und Rendite – interessieren sich die Anleger bei dieser Form der Geldanlage insbesondere dafür, wo und wie ihre investierten Gelder Verwendung finden. Berücksichtigt werden dabei überwiegend Ausschluss- und Positivkriterien, die über die übliche betriebs- und volkswirtschaftliche Optimierung hinausgehen und Aspekte aus den Bereichen Ökologie, Soziales und Ethik beinhalten. Es ist jedoch nicht verbindlich festgelegt, was eine nachhaltige Geldanlage genau beinhalten sollte. In Deutschland sind es insbesondere die Kirchen, die Gelder in nachhaltige Anlagen investieren. In vielen Landeskirchen und Bistümern spielen daher heute vermehrt soziale, ökologische und ethische Kriterien bei der Geldanlage eine wichtige Rolle. Allerdings ist die konkrete Umsetzung in die Anlagepraxis recht unterschiedlich weit vorangeschritten und eine flächendeckende Realisierung noch lange nicht erfolgt. Es sind jedoch vielfache Bestrebungen erkennbar, dem Thema „nachhaltiges Investment“ vermehrt Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Herbst 2011 wurde vom Kirchenamt der EKD erstmals der „Leitfaden für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche“ herausgegeben. Der Leitfaden, der inzwischen in der zweiten Auflage vorliegt, stellt die Ergebnisse des Arbeitskreises Kirchliche Investments der EKD – seit September 2015: Arbeitskreis Kirchlicher Investoren –

vor und ist neben hauptsächlich kirchlichen Anlegern auch gut für andere institutionelle Anleger und für Privatpersonen geeignet. Ausführlich dargestellt werden in dem Leitfaden sowohl Ausschluss- als auch Positivkriterien, die bei einem Investment in Unternehmen oder auch in Staaten Hilfestellung geben sollen. Die in dem Leitfaden enthaltenen Kriterien werden regelmäßig durch den Arbeitskreis weiterentwickelt und aktuellen Entwicklungen angepasst.

Zur Erlangung einer wirklichen Vorreiterrolle beim nachhaltigen Investment sollten die Kirchen ihre bestehenden Finanzanlagen auf Basis der im Leitfaden der EKD definierten Anlagekriterien einer kontinuierlichen Analyse unterziehen und diese bei Bedarf anpassen. Insbesondere für kirchliche Anleger sollten nachhaltige Geldanlagen und die damit verbundene Beachtung sozialer, ökologischer und ethischer Auswahlkriterien von besonderer Bedeutung sein. Diese stellen einen entscheidenden Aspekt gerade hinsichtlich der Glaubwürdigkeit und den Erwartungen dar, die gegenüber den Kirchen bei diesem Thema allgemein herrschen. In den Kirchengemeinden sollten die Vorteile nachhaltiger Geldanlagen mehr als bisher bekannt gemacht werden. So kann das Thema auch in der Fläche weiterverbreitet und ein gewisser Multiplikatoreffekt bei Privatanlegern erreicht werden. Eine gute Übersicht und Hilfestellung bieten neben dem genannten Leitfaden zahlreiche Publikationen, die im Raum der Kirchen in den letzten Jahren erschienen sind.



Bildung für nachhaltige Entwicklung und Kirchen/ Religionsgemeinschaften



Ausbildungsgruppe im Klostergut Steinerskirchen

Die im letzten Jahr abgeschlossene UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung hat in Deutschland sehr vielfältige Aktivitäten hervorgebracht. Über 1.900 Projekte, 49 Maßnahmen und 21 Kommunen wurden im Rahmen der Dekade ausgezeichnet; sie sind zum Teil untereinander vernetzt und werden auf unterschiedliche Weise fortgesetzt. Die UN-Dekade findet ihre Fortsetzung durch das so genannte Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung, das in Deutschland im September 2015 offiziell vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit der Gründung einer Nationalen Plattform gestartet wurde. Jährlich wird es einen partizipativ ausgerichteten Agendakongress geben; der Nationalen Plattform sollen sechs Fachforen zuarbeiten, die nach Bildungsphasen strukturiert sind: frühkindliche Bildung, Schulen,

berufliche Bildung, Hochschulen, informelles und nonformales Lernen, mit einem zusätzlichen Fachforum für Kommunen.

Mit den Aktivitäten der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung sind damit auch weiterhin Kommunen, Kirchen und Religionsgemeinschaften angesprochen, ihre Projektideen einzubringen. Besonders erwünscht ist dabei der Aufbau von Verbindungen zu „Partnernetzwerken“, die als Multiplikatoren von Projektideen dienen, um dem eigenen Anspruch vom Projekt zur Struktur gerecht zu werden.

Kirchen und kirchliche Einrichtungen können hier vor allem in zwei Richtungen aktiv werden: Sie können zum einen eigene Fortbildungsangebote entwickeln und durchführen, wie zum Beispiel die von HIMA e.V. und Jews go green in Kooperation durchgeführten Öko-Frühstücke (siehe Seite 17). Dazu gehören auch die Aktivitäten von evangelischen und katholischen Bildungseinrichtungen; so bietet die Evangelische Landjugendakademie in Altenkirchen Seminare in diesem Bereich an, etwa zur „Bauernhofpädagogik“, bei der Bauernhöfe als Lernort entwickelt werden, oder zur „tiergestützten Pädagogik“ im Elementarbereich, bei der es um Tierhaltung in Kindergärten geht.

Die zweite Möglichkeit ist die – zum Teil auf lange Zeiträume angelegte – Durchführung von Praxisprojekten, in denen der Bildungsaspekt weit im Vordergrund steht. Als ein Beispiel für viele steht hier das Klostergut Steinerskirchen mit 135 Hektar land- und forstwirtschaftlichen Flächen und einem Bildungshaus. Das Projekt dient einerseits als Beispielsbetrieb für ökologischen Landbau und andererseits als Übungs- und Beobachtungsfeld zur Erhaltung und Wiederherstellung eines intakten



Klostergut Steinerskirchen

Agrarökosystems. Die Arbeit am Projekt begann hier schon im Jahre 1991, damals waren die Agrarabteilungen der Staatlichen Berufsschulen Eichstätt und Pfaffenhofen beteiligt. Seit der Zusammenlegung mehrerer Berufsschulstandorte zu einem Kompetenzzentrum im Jahr 2001 wird die Arbeit mit den gleichen Zielen von der Staatlichen Berufsschule in Pfaffenhofen weitergeführt. Die Arbeit wird zum größten Teil von den Klassen des Berufsgrundschuljahres (BGJ) Agrarwirtschaft und den landwirtschaftlichen Fachklassen ausgeführt. Seit 1991 hat jeder landwirtschaftliche Auszubildende – bisher über 600 Jugendliche – aus der Region während seiner Ausbildung mehrmals an Arbeiten des Projekts, in der Regel zwei bis vier Tage, teilgenommen.

Auszubildende Landwirte, die später fast alle Betriebsleiter auf ihrem eigenen Hof werden, sehen und erfahren hier ganz konkret einen Gegenentwurf zur konventionellen Landwirtschaft. Den verantwortlichen Lehrern geht es um einen ganzheitlichen Bildungsansatz, bei dem zum

Beispiel auch Meditationen und Spiele einen breiten Raum einnehmen. Durch ihre Tätigkeit auf dem Klostergut lernen die angehenden Landwirte, langfristig Verantwortung für Natur und Umweltschutz zu übernehmen. In den Anfangsjahren ging es vor allem darum, die vorhandenen schützenswerten Naturräume, die zwei Jahrzehnte lang nur noch teilweise genutzt wurden und zumeist brach lagen, zu sichern und zu verbessern. Mit der Umstellung des Gutsbetriebes nach Bioland-Richtlinien sollte gleichzeitig das Landschaftsumfeld gestaltet werden. Es wurden Feuchtbiotope angelegt und besonders schützenswerte Feucht- und Trockenflächen freigelegt, so dass sich die ursprüngliche vielfältige Vegetation wieder zeigt. Mittlerweile ist ein Biotopverbundsystem entstanden, auf Flächen mit wenig Struktur wurden Feldhecken und Feldgehölze gepflanzt, alte Streuobstwiesen wurden gepflegt und erweitert. Schautafeln erklären dem Besucher des Klostersgutes wichtige ökologische Zusammenhänge. Nach den „Aufbaujahren“ stehen nun Erhalt und Pflege der einmal initiierten Maßnahmen im Vordergrund. Die „Oase Steinerskirchen“ lädt alle Interessierte ein, bei einem Rundgang oder einer Veranstaltung im Bildungshaus die Arbeit kennenzulernen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wanderausstellungen

Eine hervorragende Möglichkeit, ein großes Publikum in vielfältigen Kooperationen zu erreichen, ist die Erstellung von Wanderausstellungen und deren Verleih. Anspruchsvolle Varianten bestehen nicht nur aus Informationseinheiten, die auf Tafeln gelesen und betrachtet werden können, sondern reihen Stationen aneinander, bei denen die Besuche-

rinnen und Besucher aktiv werden können. Auch hier können nur beispielhaft zwei Projekte vorgestellt werden.

In einem Gemeinschaftsprojekt der Arbeitsgemeinschaften der Umweltbeauftragten der evangelischen Landeskirchen und der katholischen (Erz-)Diözesen wurde eine Wanderausstellung mit großformatigen Tafeln von Biodiversitätsprojekten erstellt. Die 15 Farbtafeln mit beispielhaften Naturschutzmaßnahmen aus der Broschüre „Vielfalt als Gewinn“ wurden zunächst für den gemeinsamen Stand beim ökumenischen Kirchentag in München erstellt. Derzeit werden die Tafeln von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft als Wanderausstellung zur Verfügung gestellt. Nach dem ökumenischen Kirchentag hingen die Tafeln im Rahmen der Schöpfungszeit im September 2011 nach der Präsentation während der Feier des Schöpfungstags in Hessen im Foyer des Bischöflichen Generalvikariats Fulda. Anschließend hat die katholische Pfarrgemeinde St. Joseph in Kassel die Tafeln für einige Zeit in ihren Räumen ausgestellt, später auch zum Beispiel die Heiliggeistkirche in Heidelberg.

Das „Klimobil“ ist Teil der Umweltbildungsarbeit des KJG-Hauses in Schonungen der Diözese Würzburg. Es ist mehrfach als Projekt der Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE, siehe Seite 55) ausgezeichnet worden. Das Klimobil ist ein umgebauter Kleinbus mit Solaranlage, Windrad und vielen Bausteinen und Experimenten zu den Themen Klimaschutz, Energie und Ernährung: Durch die Solar-



Wanderausstellung *Vielfalt als Gewinn*



Experiment: kleine Plastikteilchen im Wasser

zellen und das Windrad wird Strom erzeugt, mit dem zum Beispiel einfache Küchengeräte betrieben oder eine Zeltlagerdisko versorgt werden kann. Mit dem Energie-Fahrrad kann nachvollzogen werden, wie viel Körper-Energie man eigentlich braucht, um ein Radio oder mehrere 50-Watt-Birnen zum Leuchten zu bringen. Beim Energiecheck wird vermittelt, wo sich etwa in der Schule oder dem Gruppenraum Stromfresser befinden und was man dagegen machen kann. Und der Solarkocher bringt ganz ohne komplizierte Technik bei genügend Sonneneinstrahlung Wasser zum Kochen. Außerdem wird ver-

mittelt, wie viel CO₂ im Essen steckt und woher die Nahrungsmittel kommen. In weiteren Stationen wird zum Beispiel über das Problem des Plastikmülls und andere Umweltfragen informiert.

Kooperationen sind auch hier vielfältig denkbar. Kirchen und Agenda-Gruppen oder kommunale Dienststellen können bei der Erarbeitung der Projekte zusammenarbeiten. Noch einfacher ist die Zusammenarbeit bei der Präsentation, indem man sich gegenseitige Ausstellungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt.

Lessons (to be) Learnt

„Ein Fluss wird größer durch seine Nebenflüsse.“



56

Auf den vorhergehenden Seiten konnte nur ein Ausschnitt dessen vermittelt werden, was an Projekten, an Kooperationen und guten Ideen möglich ist, um Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene voranzubringen. Einige Eindrücke und Überlegungen bleiben.

- Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit, dauerhaft umweltgerechte Entwicklung: Auch auf der lokalen Ebene findet das allgemeine Ziel breite Zustimmung. Dass die Gesellschaft neue Wege gehen muss, um die ökologischen Grenzen dieses Planeten nicht zu überschreiten, wird kaum mehr bestritten. Es geht mittlerweile um die Ausgestaltung der Transformation, nicht mehr um die Frage, ob sie überhaupt erforderlich ist.
- Auch weil die Fortschritte auf der internationalen Ebene sich nicht so zügig einstellen, wie es erforderlich wäre, kommt der lokalen Ebene eine steigende Bedeutung zu. Dies wird durch die Erkenntnis verstärkt, dass sich viele Probleme eben am besten lokal bewältigen lassen. Ohne die Beteiligung der Menschen vor Ort lassen sich keine passgenauen Lösungen entwickeln – und schon gar nicht nachhaltig umsetzen.
- Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteuren sind fast immer von großem Wert. Sie helfen, frühzeitig die verschiedenen Aspekte eines Problems zu erfassen und die unterschiedlichen positiven, aber auch die negativen Effekte von Lösungsstrategien zu erkennen. In Kooperationen können unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten der Beteiligten fruchtbar werden. Oft sprechen Kooperationspartner unterschiedliche Personengruppen an; sie erreichen mit ihren Aktivitäten damit eine höhere Wirkung. Vernetzungen können zu Synergieeffekten führen, die vorher überhaupt nicht im Blick sind.
- Kommunen, Kirchen und Religionsgemeinschaften sind hier keine fest umrissenen Begriffe. Wenn es um Kooperationen geht, können die Institutionen und ihre hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv sein, es können aber auch Menschen und Gruppen sein, die vorwiegend ehrenamtlich tätig sind und die sich als Lokale-Agenda-Gruppen begreifen oder in den Kirchen oder Religionsgemeinschaften vor Ort beheimatet sind.
- Bestimmte Projekte zur Förderung der Nachhaltigkeit haben sich in den letzten Jahren, teilweise sogar schon in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten, enorm verbreitet. Ob Energiegenossenschaften oder Tafeln, Obdachlosenzeitungen oder interkulturelle Gärten: Die ersten Ansätze von Vorreitern haben sich professionalisiert und konnten quasi als Blaupausen, jeweils mit lokalen Anpassungen, auf andere Orte und Regionen übertragen werden. Aber diese Entwicklungen sind noch nicht abgeschlossen, die Möglichkeiten von Kooperationen auch hier noch lange nicht erschöpft.
- Andere Projektideen sind noch in der Phase, in der Vorreiter über gelungene Erfahrungen berichten können: Nacht der Religionen oder Nachhaltigkeit, Elektromobilität, Konvoiprojekte zum Umweltmanagement sind solche Beispiele. Auch die Entwicklung von neuen Ideen für Vorreiter-Projekte zeigt eine starke Dynamik. Gerade hier sind Vernetzungen und Kooperationen zum Ideenaustausch besonders wichtig, dass das Rad nicht zu oft neu erfunden werden muss.
- Kooperationen können ganz verschiedene Formen annehmen. Sie können hier zum einen die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kirchen oder zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften

begründen. Zum anderen können Kirchen und Religionsgemeinschaften mit nicht kirchlichen beziehungsweise nicht religionsbasierten Akteuren, Gruppen oder Institutionen kooperieren: mit Kommunen und ihren Gremien oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Schließlich können breite Bündnisse entstehen, die möglichst viele Akteure vor Ort in ein Vorhaben einbeziehen wollen. Für alle diese Varianten finden sich Beispiele in der vorliegenden Broschüre.

→ Es gibt keine einfache und eindeutige Handlungsanleitung dafür, für welche Projekte welche Kooperationspartner oder -formen am ehesten geeignet sind. Dennoch scheinen einige allgemeine Aussagen möglich.

- Je weiter die Partner ursprünglich voneinander entfernt sind, desto mehr bietet es sich an, neue Kooperationen zunächst an eher überschaubaren Aufgaben zu erproben. Kleine Erfolgserlebnisse zu Beginn sind besser als ein frühes Scheitern an einem zunächst zu komplexen Problem.
- Immer bietet es sich an, aus Erfolgen und Misserfolgen anderer Kooperationen zu vergleichbaren Aufgaben an anderen Orten zu lernen. Ein Austausch mit anderen Akteuren, die ähnliche Vorhaben schon längere Zeit betreiben, kann viele Umwege ersparen.

- Je größer und komplexer eine Aufgabe erscheint, desto wichtiger kann es sein, von vornherein die Kooperation auf einer breiten Basis vieler Akteure zu gestalten. Eine solche Vernetzung erfordert manchmal einen längeren Vorlauf und immer ein bestimmtes Maß an Organisationsarbeit, für die Ressourcen eingeplant werden müssen.
- Wenn Partner kooperieren, die Vorkenntnisse und Erfahrungen bei bestimmten Projekten in sehr unterschiedlichem Ausmaß einbringen, kann es lohnen, der Kooperation von vornherein die Organisationsform einer „Zwillings-Partnerschaft“ zu geben: In der Europäischen Union wurden „Twinning“ bei der Übertragung von Organisationsformen und institutionellen Strukturen von einem EU-Land auf ein anderes entwickelt, was von dem European Christian Environmental Network schon mit großem Erfolg als Kooperationsform übertragen wurde.

Jede Kooperation beginnt mit dem ersten Schritt, einem Zugehen auf einen möglichen Partner, der Einladung zu einem Dialog. Erst in einem Gespräch kann die Erkenntnis wachsen, dass sich Ziele ähneln, und dass man seine Kräfte bündeln kann, um sie gemeinsam besser zu erreichen. Wo dies geschehen kann auf dem gemeinsamen Weg zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft, dazu sollte das vorliegende Heft Anregungen geben.



Ansprechpartnerinnen und -partner und „zum Weiterlesen“

S.5: Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen kooperieren für Nachhaltigkeit

Diefenbacher, Hans (2005): Kirchen und lokale Agenda 21 – Der Beitrag von Kirchengemeinden für eine nachhaltige Entwicklung. Karlsruhe: Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg. URL: https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/41630/arbeitsmaterialie_040.pdf?command=downloadContent&filename=arbeitsmaterialie_040.pdf

Wegweiser Bürgergesellschaft: <http://www.buergergesellschaft.de/mitteilen/news/archiv-des-eneletters/eneletter-archiv-2015/eneletter-wegweiser-buergergesellschaft>

58

S. 6: UNCED und Lokale Agenda: Wie alles begann

Brundtland-Bericht in Deutsch;: Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Grevén: Eggenkamp; Nachhaltigkeitsdefinition vgl. S. 46. Die deutsche Übersetzung verwendet hier jedoch den Begriff der „dauerhaften“ anstelle der „nachhaltigen“ Entwicklung.

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro (Hrsg.) (1992): *Agenda 21*. Ausgabe Bonn: Bundesumweltministerium 1992, Zitate Kap. 28, 231 f.

Abschlussdokument von Rio+20, „The future we want“: <http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html>

S. 8: Nachhaltigkeit, Agenda 21, (große) Transformation

Rockström, Johan et al. (2009): „Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity“, in: *Ecology and Society*, Vol. 14, No. 2. URL: http://pdxscholar.library.pdx.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1063&context=iss_pub

Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation – politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Ausg. Frankfurt: Suhrkamp 1978

Hafner, Sabine/Miosga, Manfred (Hrsg.) (2015): *Regionale Nachhaltigkeitstransformation*. München: oekom

S.9: Sustainable Development Goals

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.) (2015): *Menschliche Entwicklung stärken*. URL: <http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/menschliche-entwicklung/ziele-fuer-nachhaltige-entwicklung-sdgs/>

Open Working Group Proposal for Sustainable Development Goals,

2014. URL: <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgsproposal>
Compendium of statistical notes for the Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG), 2014, URL: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3647Compendium%20of%20statistical%20notes.pdf>
European Sustainable Development Network, 12th ESDN Workshop „Monitoring and reviewing sustainable development goals in Europe – current debates in EU member states and on the European level, Bruxelles, 16. Juni 2015, Material unter URL: <http://www.sd-network.eu/?k=ESDN%20workshops&s=workshop%20documentation&year=2015>

S. 10: Kirchen, Religionsgemeinschaften und Nachhaltigkeit

Birch, Charles (1975): „Creation, Technology, and Human Survival“, *Proceedings of the World Council of Churches Assembly, Nairobi, Kenya 1975*. Geneva: WCC.

Fachstelle Umwelt und Entwicklung Wittenberg (Hrsg.) (2002): „Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen – Wittenberger Memorandum. Wittenberg: Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Abdruck in: *epd-dokumentation* 30/2002, 7 – 22.

Diefenbacher, Hans/Moos, Thorsten (Hrsg.) (2013): *Schöpfung bewahren – theologische Ethik der Ökologie im interdisziplinären Gespräch* [Texte und Materialien, Reihe A, Bd. 55]. Heidelberg: FEST
Diefenbacher, Hans (Hrsg.) (2011): *Nachhaltigkeit und Klimaschutz – Beiträge zu einem Gespräch zwischen den Religionen* [Texte und Materialien, Reihe B, Nr. 37]. Heidelberg: FEST

Papst Franziskus (2015): *Enzyklika Laudato si*, http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2015/2015-06-18-Enzyklika-Laudato-si-DE.pdf

Evangelische Kirche in Deutschland, Kammer für nachhaltige Entwicklung (2015): „... damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen“ – ein Beitrag zur Debatte über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung. http://www.ekd.de/download/ekd_texte_122.pdf

International Islamic Climate Change Symposium (Hrsg.) (2015): *Islamic Declaration on Global Climate Change*. <http://islamicclimatedeclaration.org/islamic-declaration-on-global-climate-change/>

S. 12: Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen und Kirche

Landesarbeitsgemeinschaft: www.lag21.de

Klimaschutzplan NRW: www.klimaschutz.nrw.de/klimaschutz-in-nrw/klimaschutzplan/

Nachhaltigkeitsstrategie Nordrhein-Westfalen: www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDFs/naturschutz/nachhaltigkeitsstrategie_nrw_entwurf.pdf

Klima-Diskurs NRW: www.klimadiskurs-nrw.de

S. 13: Lokale Agenda Treptow-Köpenick:

Ansprechpartner: Dennis Lumme, Ökumenisches Büro Treptow-Köpenick, Rudower Straße 23, 12557 Berlin, oe_k_trep_koep@gmx.de
<http://www.agenda21-treptow-koepenick.de/foerderverein>

S. 14: Kooperationsvereinbarungen zwischen Kirchen und Kommunen: Beispiel Speyer

Ansprechpartnerin: Bärbel Schäfer, Evangelische Kirche der Pfalz, Arbeitsstelle Frieden und Umwelt, Große Himmels-gasse 3, 67346 Speyer, umwelt@frieden-umwelt-pfalz.de, www.frieden-umwelt-pfalz.de

S. 15: Lange Nacht der Religionen – Lange Nacht der Nachhaltigkeit

Ansprechpartner über <http://nachtderreligionen.de/>,
<http://nacht-der-nachhaltigkeit.de/>

S. 16: Institutionen der Nachhaltigkeit in Kirchen und Religionsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen in der EKD: www.ekd.de/agu
Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-)Diözesen: www.kath-umweltbeauftragte.de
Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit: www.aktionstage-nachhaltigkeit.de
EKD Kammer für nachhaltige Entwicklung: http://www.ekd.de/ekd_kirchen/gremien/nachhaltige_entwicklung.html
HIMA e.V.: <http://www.hima-umweltschutz.de/>
Projekt Ökocan: http://alevi.com/de/?page_id=134
Yeşil Çember: <http://yesilcember.eu/de/>
Jews go green: www.jewsgogreen.de

S. 17: Nachhaltigkeitsaktionen in Moscheen

Ansprechpartner: Hacı Bayram Moschee: Merve Ören, merveoren4@gmail.com, Sehittlik Moschee: Pinar Cetin, cerin.pi@googlemail.com, Merkez Moschee: Yasemin Aydemir, y.aydemir@ymail.com

S. 18: „Jews go green“

Informationen und Kontakt über www.jewsgogreen.de

S. 19: House of One Berlin

<http://house-of-one.org/de>
<http://www.taz.de/!5040598/>
<https://www.berlin.de/aktuell/ausgaben/2014/dezember/ereignisse/ein-haus-fuer-drei-religionen-das-house-of-one-am-petri-platz-222812.php>
<http://www.berliner-historische-mitte.de/petriplatz.html>

S. 20: Klimaschutzkonzepte für Kirchen

Ansprechpartner: Dr. Oliver Foltin, Projektbüro Klimaschutz der EKD, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg, oliver.foltin@fest-heidelberg.de; hier Informationen zu den Fördermöglichkeiten und Linksammlung zu kirchlichen Klimaschutzkonzepten und Ansprechpartnern: www.projektbuero-klimaschutz.de
„Kirchen für gutes Klima – Klimaschutz in den evangelischen Landeskirchen“, Download unter: www.ekd.de/agu/download/Broschuere_Kirchen_fuer_gutes_Klima.pdf
„Klimaschutz in kirchlichen Gebäuden – Auswertung von Klimaschutz-Teilkonzepten katholischer und evangelischer Kirchengemeinden in Deutschland“, erhältlich beim Projektbüro Klimaschutz

S. 21: Umweltfreundliche (Groß-)Veranstaltungen

„Zukunft veranstalten – Eine Orientierungshilfe zur Vorbereitung und Durchführung klimafreundlicher Veranstaltungen in Kirchengemeinden und Kirchenkreisen“, Download unter: www.zukunft-einkaufen.de/fileadmin/ZE%20II/Arbeitshilfen/Zukunft_veranstalten_EKvW_2013.pdf
Umweltmanagement von Großveranstaltungen, FEST Für die Praxis, Bd. 1, Die Broschüre kann bei der FEST bestellt werden; E-Mail an: oliver.foltin@fest-heidelberg.de
Leitfaden – Einführung eines Energie- und Umweltmanagementsystems bei Großveranstaltungen“, Download unter: www.bmubund.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/emas_leitfaden_umweltmanagementsystem.pdf
Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen“, Download unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/leitfaden_fuer_die_nachhaltige_organisation_von_veranstaltungen.pdf

S. 22: Klima-Kollekte

Ansprechpartnerin: Rike Schweizer, Klima-Kollekte, schweizer@klima-kollekte.de

S. 23: Klimapartnerschaften der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Kirchen

Partnerschaft kath. Bistümer Hildesheim und Trier und Bistümer in Bolivien: http://www.bistum-hildesheim.org/bho/dcms/sites/bistum/gesellschaft/weltkirche/bolivienpartnerschaft/klimawan-del/netz_klima_partnerschaft.html
 Projektverzeichnis der Partnerschaft: <http://cms.bistum-trier.de/bistum-trier/Integrale?SID=3C2178A3E906DDA952FAC2744E26E5C9&MODULE=Frontend&ACTION=ViewPage&Page.PK=7694>

S. 24: Partnerschaft Aschaffenburg – Villavicencio

Stiftung Camino de la Esperanza – Weg der Hoffnung: <http://www.wegderhoffnung.de/>
 Städtepartnerschaft Aschaffenburg – Villavicencio: http://www.aschaffenburg.de/de/Kultur__Tourismus/Partnerstaedte/Staedtesolidaritaet__Patenschaft/normal/cgd/index_405.html

S. 25: Fair Trade Towns

Ansprechpartner über <https://www.fairtrade-towns.de/nc/startseite/>
 Engagement Global (Hrsg.) (2010): 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Vorstudie. Bonn: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

S. 26: Faire Gemeinden

Leitfaden „Faire Gemeinde“: https://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/Pdf/10-06-14_Flyer-FaireGemeinde_V4-einzeln.pdf
 Projekt „Faire Gemeinde, nachhaltig und gerecht“: <http://www.faire-gemeinde.de/faire-gemeinde/>

S. 27: Zukunft einkaufen, öko-faire Beschaffung in Kirchen

Ansprechpartnerin: Claudia Mahneke, Initiative Zukunft einkaufen, Institut für Kirche und Gesellschaft, Ev. Kirche von Westfalen, Nordwall 1, 58239 Schwerte, claudia.mahneke@kircheundgesellschaft.de, www.zukunft-einkaufen.de, www.vubn.de

S. 28: Kirchlicher Besitz: landwirtschaftliche Flächen und Kirchenwald

Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen in der EKD/Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-)Diözesen et al. (Hrsg.) (2013): Biodiversität und Kirchen – eine Empfehlung der kirchlichen Umweltbeauftragten. URL: http://www.ekd.de/agu/download/BIODIV_Kirchen.pdf

Arbeitsgemeinschaft Kirchenwald: www.kirchenwald.de
 „Keine Gentechnik auf Kirchenland“: <http://www.ekd.de/agu/gentechnik-mitteldeutschland.html>

S. 29: Kirchliches Netzwerk Umweltmanagement

Kirchliches Netzwerk Umweltmanagement: <http://www.kirum.org/index.php>

S. 30: Umweltmanagement im Konvoi

Förderprogramm in Baden-Württemberg: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/wirtschaft/betrieblicher-umweltschutz/foerdermoeglichkeiten/foerderprogramm-umweltmanagement-im-konvoi/> oder auch <http://www.foerderdatenbank.de/FoerderDB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=views;document&doc=11638&typ=RL>

S. 31: Weiterbildung zum/r kirchlichen Umweltberater/in oder Umweltauditor/in

Evangelische und katholische Umweltberatung: <http://www.kirchliche-umweltberatung.de/>
 Umweltauditor-Ausbildung: evangelisch: http://www.frieden-umwelt-pfalz.de/fileadmin/user_upload/asfu/dateien/Umwelt/Flyer_OEko-Audit_neu.pdf katholisch: <http://www.lvhs-niederaltich.de/ausbildung-kirchlicher-umweltauditor/416/115/1482>

S. 32: Energiegenossenschaften:

Übersicht über Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg: <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/231989/>
 Ökumenische Energiegenossenschaften: Bad Boll: <http://www.oekumenische-energiegenossenschaft.de/home/> Horb: <http://www.öeg-horb.de/>

S. 34: Solarenergie auf Kirchendächern

www.kirchendaecher.de
www.solarbundesliga.de

S. 35: E-Mobilität

Projekt E-WALD: <http://e-wald.eu/>
 Projekt der Erzdiözese Freiburg: <http://www.emobilserver.de/elektro-magazin/emobil-nachrichten/aktuelles/2015/juli/elektromobilitaet-und-kirche-projekt-elektrisch-mobil-der-initiative-bw-erhaelt-kvi-innovationspreis-2015.html>

S. 36: Carsharing

Bundesverband CarSharing: <http://www.carsharing.de/>
Nutzung durch die Evangelische Kirche Mitteldeutschlands: http://www.teilauto.net/presse_info_artikel.php?f=1&id=37
Dorfauto Gnötzheim: http://www.sonntagsblatt-bayern.de/news/aktuell/2013_02_16_01.htm und <http://www.mainpost.de/97340-Gnoetzheim~artikel/Carsharing-Ford-Ka-Sponsoren;art773,8603463>

S. 37: Autofasten

<http://blog.bistum-trier.de/autofasten/>
<http://www.autofasten-thueringen.de/>
<https://www.autofasten.at/>

S. 38: Stadtradeln und Fahrradprojekte:

Informationsseite der AGU zu Fahrrädern: <http://www.ekd.de/agu/mobilitaet/verkehrsmittel/fahrrad.html>
Leitfaden Lastenfahrräder: https://dxz7zkip528hul.cloudfront.net/production/htdocs/fileadmin/dateien/zzz_NEUER_BAUM/Ueber_uns/Umweltengagement/PDF/Lastenrad/DEKT34_Leitfaden_Lastenraeder_einsetzen.pdf
Fahrradrundweg in Unna: <http://www.evangelisch-in-unna.de/glauben-leben/kirche-erleben/fahrradrundweg/>
Hasberger Rundweg: <http://www.kirche-hasbergen.de/umwelt.htm>
Fahrräder in Kindergärten und Kitas: http://www.radschlag-info.de/kita_roller_rad.html

S. 39: Religionen für biologische Vielfalt

Ansprechpartner: Jürgen Micksch, Abrahamisches Forum in Deutschland e.V., Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt, mk@interkultureller-rat.de

S. 40: Interkulturelle Gärten

<http://anstiftung.de/urbane-gaerten/interkulturelle-gaerten-ig>
<http://www.sozdia.de/Interkultureller-Garten.484.0.html>
Müller, Christa, 2012: Interkulturelle Gärten als innovative Antwort auf soziale Entwurzelung In: Beck, Gerald (Hrsg.) 2012: Gesellschaft innovativ: Wer sind die Akteure? Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften
<http://anstiftung.de/urbane-gaerten/praxisseiten-urbane-gaerten/1750-wie-erreichen-interkulturelle-gemeinschaftsgaerten-fluechtlinge-und-asylbewerberinnen>
http://www.sozdia.de/fileadmin/projekte/garten/Konzeption_IKG.pdf
http://www.suedost-ev.de/veroeffentlichungen/dok/laura_nosetti-Interkulturelle_Gaerten.pdf

S. 41: Artenvielfalt und Grüner Hahn auf Friedhöfen

Ansprechpartner: M. Albrecht, Verband der Friedhofsverwalter, albrecht@vfdorg.de
<http://www.nabu-oldenburg.de/projekte/friedhof.php>
<http://www.lebendiger-friedhof.de/>
Ansprechpartner für Umweltmanagement auf Friedhöfen: Reinhard Benhöfer, Umweltreferent der Evangelischen Landeskirche Hannovers, benhoefer@kirchliche-dienste.de
<http://www.kirchliche-dienste.de/projektsites/gruenerhahn-de/Aktuelles-Veranstaltungen/Ueberhangflaechen-auf-kirchlichen-Friedhoefern>

S. 43: Jugend- und Naturschutz

Ansprechpartner: Johannes Groß, johannes.gross1@googlemail.com
<http://www.ju-na.de/>

S. 44: Kirchen gegen Armut

Projekt 7 Jahre gegen Armut in Mainz: <http://www.mainzer-kirchen-helfen.de/>
Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung: <http://www.das-heidelberger-buendnis.de/>

S. 45: Stromspar-Check für arme Haushalte

DCV (Hrsg.) (2013), neue Caritas spezial, Eckpunkte und Position des DCV zur Bekämpfung von Energiearmut, spezial 2, September 2013, Freiburg: Lambertus-Verlag GmbH. PDF: http://www.stromspar-check.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Hintergrund/neue_caritas_spezial_Energiearmut_2-2013.pdf
DCV (Hrsg.) (2015), Stromspar-Check, Freiburg: Deutscher Caritasverband. URL: <http://www.stromspar-check.de/>
Tews, Kerstin (2012), Evaluierung des Projektes „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“, Berlin: Forschungszentrum für Umweltpolitik/FU Berlin. PDF: http://www.stromspar-check.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Hintergrund/Stromspar-Check_Evaluation_2012.pdf

S. 46: Schuldnerberatungen

<https://www.bag-sb.de/index.php?id=16>
<http://www.schuldnerberatung-berlin.de/index.php?id=106>
<http://www.caritas.de/diecaritas/wofuerwirstehen/die-caritas-eine-internationale-bewegung>
<http://www.caritas.de/hilfeundberatung/ratgeber/schulden/professionelle-hilfe-statt-schlauer-tipp>
<http://www.diakonie.de/zahlen-und-fakten-9056.html>
<http://www.diakonie-sh.de/assets/PDF/Schuldnerberatung/>

Publikationen/DW-EKD-Texte-08-2007-Schuldnerberatung-als-Dienstleistung.pdf

http://www.creditreform.com/fileadmin/user_upload/crefo/download_de/news_termine/wirtschaftsforschung/schuldneratlas/Analyse_Schuldneratlas_2014.pdf

S.47: Straßenzeitungen

<http://www.hinzundkuntz.de/das-magazin/fakten/>
<https://www.landeskirche-hannovers.de/evlka-de/presse-und-medien/nachrichten/2009/08/29-11154>
<http://www.asphalt-magazin.de/de/41807-Die-Zeitung>
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-10/deutschland-studie-obdachlosigkeit>

S. 48: Spendenparlamente

Hamburger Spendenparlament: <http://www.spendenparlament.de>
 Weitere Informationen: Hamburger Spendenparlament e.V., Königstr. 54, 22767 Hamburg

S. 49: Tafeln, Vesperkirche

Bundesverband Deutsche Tafel e.V.: www.tafel.de
 Vesperkirche Mannheim: www.vesperkirche-mannheim.de

S. 50: Integration und Inklusion

Wocken, Hans (2009): Integration und Inklusion, Frankfurt.
<http://www.ev-kirchenkreis-muenster.de/arbeitsfelder/bildung-und-erziehung/kindertageseinrichtungen/integrationinklusion/paedagogik-der-vielfalt/>
<http://www.dieschattenspringer.de/>
<http://www.diakonie-breisgau-hochschwarzwald.de/index.php/unsere-themen/projekt-inklusion>
<http://www.hofgut-himmelreich.de/de/>

S. 51: Kirchenbanken und Nachhaltigkeitsfonds

Kriterienkatalog für Nachhaltigkeitsfonds: www.fairworldfonds.de/fairworldfonds/entwicklungspolitische-kriterien.html
 Entwicklungspolitische Kriterien im ethischen Investment – Geldanlagen entwicklungspolitisch und nachhaltig wirksam machen, www.fairworldfonds.de/fileadmin/USER/Download/produktinformationen/2015/03/2015-03-Brot-fuer-die-Welt-Entwicklungspolitische-Kriterien.pdf
www.ekd.de/kirchenfinanzen/finanzen/sonstiges/kirchliche_banken.html

S. 52: Ethische Geldanlagen

EKD-Kriterien für ethische Geldanlagen: www.aki-ekd.de/publikationen/leitfaden-fuer-ethisch-nachhaltige-geldanlage-in-der-evangelischen-kirche/
 Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (Hrsg.) (2008): Stand und Perspektiven ethischen Investments in der evangelischen Kirche, epd-Dokumentation Nr. 37/2008, Frankfurt am Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik
 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.) (2011): Leitfaden für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche. Hannover: Eigenverlag
 Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen (Hrsg.) (2006): Leitfaden zu nachhaltigen Geldanlagen in kirchlichen Haushalten. Bielefeld: Ev. Medienhaus
 Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (2010): Mit Geldanlagen die Welt verändern? Eine Orientierungshilfe zum ethikbezogenen Investment. Bonn: Eigenverlag
 Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) (Hrsg.) (2007): Ethisches Investment – Mit Geldanlagen Verantwortung übernehmen! Bonn: Eigenverlag
 Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.) (2015): Ethisch-nachhaltig investieren – Eine Orientierungshilfe für Finanzverantwortliche katholischer Einrichtungen in Deutschland. Bonn: Eigenverlag

S. 53: Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kirchen und Religionsgemeinschaften

Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung: <http://www.bne-portal.de>
 Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen: <http://www.lja.de/programm/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-bne/>
 Klosterhof Steinerskirchen: <http://www.oase-steinerskirchen.de/http://www.bne-portal.de/auszeichnungen/ausgezeichnete-projekte/dekade-projekte-der-woche-20072008/klostergut-steinerskirchen/>

S.54: Bildung für nachhaltige Entwicklung: Wanderausstellungen

Wanderausstellung „Biodiversität – Vielfalt als Gewinn“: http://www.ekd.de/agu/themen/biologische_vielfalt/ausstellung_vielfalt_als_gewinn.html
 Klimobil: <http://www.kjg-wuerzburg.de/projekte/klimobil>



„Weiter so, Deutschland!“ hat die „Welt Kompakt“ am 7.9.2015 zu Bildern von Ankömmlingen am Münchner Hauptbahnhof getitelt. In den Wochen, in denen diese Broschüre fertig gestellt wurde, gab es jeden Tag neue, zum Teil überraschende Wendungen der europäischen Staaten im Umgang mit den Flüchtlingen. Um den Menschen in ihrem Elend beizustehen, steht die Zusammenarbeit von Kirchen, Religionsgemeinschaften und Kommunen vor einer neuen Herausforderung. Ihre Kooperation ist hier ganz unverzichtbar.

